

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Monnments-Preis: braunmetall: Vierteljahr 2.50 Mk., monat 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Umgefragt in die Post-Verlags-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich: 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepolte Kolonietabelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verbreiter: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 19. April 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verbreiter: Amt IV. Nr. 1984.

Unsere auswärtige Politik.

Es ist noch gar nicht so lange her, daß Herr Wassermann, seiner Majestät und insbesondere des Kaiserlichen Wilhelms getreuester Oppositionsmann, seine Lippen gegürtet und jene Rede gehalten hat, die Fürst Bülow Gelegenheit gab, der ungläubigen Welt zu versichern, daß es so etwas wie ein persönliches Regiment gar nicht gäbe. Darauf trat allgemeine Stille in Parlament und Presse ein und bald darauf brach dann jene nationale Begeisterung los, die sich gegen die Hereros, den auswärtigen Feind, und gegen die Sozialdemokratie, den inneren Feind, richtete. Da der neue Reichstag glücklich beisammen ist, gestattete sich Herr Wassermann von neuem das Vergnügen, die Politik der Regierung zu kritisieren, dem deutschen Volke die auswärtige Politik zu erklären und es aufzufordern, unter Herrn Wassermanns Führung dieses ihm bis dahin so fremde Gebiet mit einem Besuche zu beehren. Einige bürgerliche Blätter scheinen auch nicht übel Lust zu haben, Herrn Wassermann in dieser selbstgewählten Führerrolle zu bestätigen. Es ist also nötig darauf hinzuweisen, daß die ganze Rede des Herrn Wassermann nur in der Wiederholung der Gedankengänge der letzten zwei Artikel der „Gardenischen Zukunft“ bestand, Artikel, die in öbster, chauvinistischster Weise Neppolitik treiben. Auch Herrn Wassermann ist unsere auswärtige Politik offenbar noch nicht herausfordernd genug. Er verurteilt natürlich das viele Reden und Telegraphieren und sagt hier nur das selbe, was wir Sozialdemokraten von Anfang an gesagt haben, als die Herren Wassermann und Konsorten sich in byzantinischen Lobeshymnen auf den jungen, energischen, temperament- und talentvollen, genialen Monarchen nie genug tun konnten. Uebrigens hoffen wir, daß Herr Wassermann das Reden und Telegraphieren nicht nur gegen den äußeren Feind verurteilen wird, sondern auch dann, wenn es sich gegen die größte Partei des deutschen Volkes richtet. Sonst aber ist es uns nur recht, wenn wir Profelanten machen, und Herr Wassermann kann versichert sein, daß er im Kampfe gegen das persönliche Regiment unsere Unterstützung finden wird. Hoffentlich erschrickt er nicht wieder sofort über seine Kühnheit und ergreift nicht wieder das Hasenpanier. Dagegen hat Herr Wassermann in unverantwortlicher Weise gegen England und Frankreich gehetzt. Er wirft, die allerhöchste deutsche Außenpolitik tut sehr geschäftig, und diese Geschäftigkeit ist ebensowenig dem Frieden förderlich, wie die jetzt ja etwas eingeschränkte Geschäftigkeit des Königs Eduard. Es würde vielleicht ganz nützlich sein, wenn unsere Genossen im englischen Parlament über diese Neppolitik ein ernstes Wort sprächen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß diese Politik Eduards nur möglich war durch die Fehler unserer auswärtigen Politik, durch jene großsprecherischen Panzaronaden, die uns in der ganzen Welt nur Mißtrauen gebracht haben, obwohl kein Volk der Welt friedliebender ist als das deutsche, und kein Volk eine so starke sozialdemokratische Partei hat, die unter allen Umständen über die Erhaltung des Friedens wacht.

Diese Wachsamkeit ist aber jetzt dringender nötig als jemals, und je ungeschickter das Spiel ist, das die Diplomatie betreibt, desto nötiger ist es, daß die Völker selbst sich um die auswärtige Politik bestimmen, die von immer größerer Bedeutung auch für die innere Politik wird. Der Sozialdemokratie erwächst die dringende und äußerst wichtige Aufgabe, fortgesetzt das Proletariat über die Motive und Triebkräfte der auswärtigen Politik aufzuklären und die Interessen des Proletariats auch auf diesem Gebiete gegenüber den Interessen der herrschenden Klasse zur Geltung und energischen Vertretung zu bringen. In dieser Politik zeigt sich zugleich die Interessensolidarität der Arbeiterklasse aller Länder. Wie die britischen Arbeiter einstimmig den Burenkrieg und den Imperialismus Englands verurteilt und durch ihre Haltung bei den Wahlen das konservative Regime beseitigt, wie die französischen Sozialdemokraten durch ihre mutige und entschlossene Haltung in der Marokkofrage zur Erhaltung des Weltfriedens beigetragen haben, so muß auch die deutsche Sozialdemokratie mit aller Schärfe gegen eine Politik auftreten, die, seit Jahren von Mißerfolg zu Mißerfolg stolpernd, für ihre selbstgeschaffenen Verlegenheiten keinen Ausweg weiß.

Die Stellung Deutschlands in der auswärtigen Politik hängt aufs Engste zusammen mit seiner verderblichen Handelspolitik. Die Schutzpolitik Deutschlands zwingt die übrigen Staaten gleichfalls zum Schutzzoll und hat den Abschluß vorteilhafter Handelsverträge mit den übrigen Staaten unmöglich gemacht. Sie erweist in der deutschen Bourgeoisie dadurch, daß ihr die Handelspolitik die Möglichkeit industrieller Expansion nicht genügend gesichert hat, den Drang nach kolonialer Expansion, die sie für die Erleichterung der Absatzmöglichkeiten entschädigen soll. Die Schutzpolitik Deutschlands ist der mächtigste Förderer des britischen Imperialismus, des Zusammenschlusses des englischen Weltreiches, der größten Gefährdung für die deutsche Industrie. Aus Furcht vor der Sozialdemokratie und aus dem Streben nach Erhöhung der Kartellprofite hat die deutsche Industrie sich mit den Agrariern verbündet und jene Schutzpolitik ermöglicht, die selbst den englischen Feinden des Imperialismus die Stielung erschwert. Sie hat somit selbst die Gefahr vergrößert, die ihr droht. Zudem aber hat

der dadurch beförderte koloniale Expansionsdrang Deutschland in Gegensatz gebracht zu allen Mächten, denen es um ihren Kolonialbesitz bange zu werden beginnt. So fern dem deutschen Volke irgend eine Bedrohung anderer Mächte auch liegt, so wenig es hier auch eine Kriegspartei gibt, so hat doch die Art und Weise, in der manche Rede gehalten wurde, einen solchen Eindruck im Auslande hervorgerufen und verstärkt. Ein gut Teil Schuld an der Verschlechterung unserer auswärtigen Stellung hat der feige Byzantinismus, der die bürgerlichen Parteien des Parlaments verhindert hat, dieser Politik des persönlichen Regiments entgegenzutreten, wenn nicht der Reichskanzler sich die alleinige Leitung der Politik, für die er verantwortlich ist, zu wahren wußte.

Dieses Mißtrauen des Auslandes mußte noch vermehrt werden durch die törichte Art, wie man den Konflikt herbeiführte, der die Reichstagsauflösung zur Folge hatte. War die Politik, die zur Reichstagsauflösung führte, vom Standpunkt der inneren Politik eine durchaus unwahre, so vom Standpunkt der äußeren Politik eine völlig sinnlose. Man denunzierte die Mehrheit des deutschen Volkes als antinational, man entfesselte eine nationale Demagogie, von der das Ausland glauben mußte, daß sie nur die Vorbereitung sei für die Erzeugung einer Stimmung, die auch einen Krieg nicht scheuen würde. Es wußte ja ebensowenig, wie die bisher indifferenteren deutschen Wähler, die sich zur Urne treiben ließen, daß dieser ganze Coup nur ein Mittel war, um den Blick von den Verlegenheiten und Mißerfolgen der äußeren Politik Wilhelms auf die innere abzulenken. Es ist daher kein Wunder, daß die Geschäftigkeit König Eduards sich in den letzten Monaten noch steigerte.

Die Haager Konferenz soll nun Klarheit schaffen über die deutsche auswärtige Politik. Verfolgt Deutschlands auswärtige Politik keine kriegerischen Absichten, will sie den bestehenden Zustand aufrechterhalten, so kann sie dem englischen Vorschlag, die Flottenrüstungen nicht weiter zu vermehren, ruhig zustimmen. Tut sie es nicht, so erscheint Deutschland als Störer des Weltfriedens. Dies ist der Plan Englands.

Wir möchten sofort bemerken, daß diese Schlussfolgerung durchaus nicht zwingend ist. Eine Flotte wird nicht nur gebaut, weil man Krieg führen will. Am Bau der Flotte hängen die wichtigen Interessen der Eisenindustriellen, der Geschütz- und Panzerplattenfabrikanten, der Schiffswerften und so fort. Dazu kommt das Interesse der militärischen und adeligen Kreise nach Vermehrung ihrer Machtphären. Wie mächtig diese Interessen bei uns sind, welche großen Einfluß sie auf die Regierung ausüben, ist bekannt; weniger bekannt sind diese Tatsachen im Auslande, das die Weigerung Deutschlands in der Tat als ein wenig friedensfreundliches Bekenntnis ansehen würde. Eine Weigerung Deutschlands würde also seine internationale Stellung nur verschlechtern.

Wir haben wiederholt dargelegt, daß der englische Vorschlag bestimmten Interessen entspringt. England ist kolonial gefättigt, seine politischen Probleme bewegen sich weniger um die Erweiterung, als um den engeren Zusammenschluß seiner Kolonien. Die Vernichtung der russischen Flotte und die Schwächung der russischen Landmacht hat es von seinem gefährlichsten Gegner befreit. Es kann auf eine Vergrößerung seiner Flotte verzichten, wenn ihr Verhältnis zu der der anderen Mächte das gleiche bleibt. In ähnlicher Lage ist Frankreich, dessen geringe Bevölkerungszunahme allein schon eine weitere Ausdehnung der Rüstungen erschwert, sowie die der Mittelmeerstaaten. Sie alle sehen mit steigendem Unwillen und Besorgnis auf die Vermehrung der deutschen Flotte, die auch sie zum Beitritts zwingt.

Die deutsche Diplomatie hat sich in dieser Lage, wie es scheint, gespalten. Sie ist zwar darin einig, vom englischen Vorschlag nichts wissen zu wollen, aber sie ist uneinig, wie sie ihn vereiteln soll, ob durch offene Ablehnung von Beginn an oder durch eine versteckte Ablehnung nach vorausgegangener Diskussion. Um dieses edle Problem scheinen sich unsere diplomatischen Meister herumzutreiben unter Assistenz der bürgerlichen Presse, von denen die der Junker und Scharfmacher für ihre geliebte Offenheit, die der Liberalen für ihre nicht minder geliebte versteckte Methode eintreten. Man sieht, von einer einheitlichen Politik ist in Deutschland auf dem Gebiet der auswärtigen Politik ebensowenig die Rede, als auf dem der inneren. Das gehört eben zum Wesen des persönlichen Regiments. Aber diese Dinge mögen die bürgerlichen Politiker in Unruhe versetzen. Wir wissen, daß sie nicht anders zu beseitigen sind, als durch die Erziehung des persönlichen Regiments durch eine wirkliche Demokratie.

Wir haben uns vielmehr zu fragen, welche Interessen das deutsche Volk in seiner überwogenen Mehrheit auf der Haager Konferenz und in der auswärtigen Politik überhaupt zu wahren hat, und müssen ohne weiteres zu der Antwort kommen, daß weder die Politik der versteckten und vorsichtigen noch die Politik der offenen und herausfordernden Ablehnung im geringsten den Interessen der arbeitenden Klassen entspricht. Auch die Arbeiterschaft muß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die Ausdehnung der Industrie wünschen. Aber wir fördern diese Expansion auf dem friedlichen Wege einer guten und freiheitlichen Handelspolitik und nicht durch den gewalttätigen Weg kolonialer Expansion. Wir verlangen daher eine auswärtige Politik der Verständigung, nicht der Provokation. Ein Aufhören der Vermehrung der Rüstungen liegt durchaus im Interesse des deutschen Volkes. Nicht

zum englischen Vorschlag auf der Konferenz ist daher die Forderung, in der sich das deutsche Proletariat einmündig mit dem Proletariat aller Länder, insbesondere auch mit der antimilitaristischen und ant imperialistischen Politik der englischen und französischen Arbeiterpartei. Wir vertreten mit dieser Forderung nicht nur das Interesse der Arbeiter, sondern das der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes — auch das Interesse der Mittelschichten, die mit am schlimmsten unter einer gewalttätigen Politik leiden müßten.

Aber die Zustimmung zum englischen Vorschlag ändert auch durchaus nichts an der Machtstellung Deutschlands. Es ist das offene Programm Englands, für jedes neue deutsche Kriegsschiff zwei englische zu bauen. England ist reich genug, um dieses Programm durchzuführen zu können. Die Vermehrung der deutschen Flotte kommt so allein den an dem Bau interessierten Kapitalisten zugute, ohne Deutschland eine größere Sicherheit zu bieten.

Dagegen macht eine Zustimmung Deutschlands zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Standes den Besürchungen und Verleumdungen des Auslandes ein für allemal ein Ende. Es nimmt der imperialistischen Politik des Auslandes ihr wichtigstes und zugkräftigstes Argument und stärkt den Einfluß der immer mehr erstarkenden antimilitaristischen und ant imperialistischen Politik, die von den Arbeitern aller Länder getragen wird.

Aber freilich, diese auswärtige Politik des Friedens und der Verständigung kann nicht getragen werden von einer diplomatischen Adelskaste, sie kann nur geführt werden von einer energischen, zielbewußten Demokratie. Die deutsche Arbeiterklasse muß alles daran setzen, auch die auswärtige Politik der Kontrolle des Volkes zu unterwerfen!

Die Internationale am Grabe Auer's.

Den bereits veröffentlichten Beileidtelegrammen des sozialistischen Auslandes sind noch die folgenden anzufügen:

Bern.

Beim Hinscheiden Auer's wünschen wir der deutschen Bruderpartei, daß in ihr die von Auer bewiesene Treue an der Partei und ihren Grundfragen stets lebendig bleiben möge.

Sozialdemokratische Parteileitung. Zraggen, Moor.

Nervi.

Die deutschen Genossen bitte ich die tiefste Teilnahme der russischen Sozialdemokraten am Tode des Genossen Auer entgegenzunehmen.

Pleschanov.

Petersburg.

Die Demaskation der Sozialisten-Revolutionäre drückt ihr tiefes Bedauern aus über den Verlust, den die deutsche Sozialdemokratie und der internationale Sozialismus erlitten hat durch den Tod des bedeutenden Praktikers und tätigen parlamentarischen Vertreters Iguaz Auer.

Der Präsident des Komitees: Schiochy.

Der Maifeieraufruf des Parteivorstandes.

Ist von dem weitaus größten Teil der Parteipresse ohne Kommentar abgedruckt worden. Nur zwei Parteiorgane, das „Harburger Volksblatt“ und die „Frankische Tagespost“ haben gegen den Aufruf Einwendungen erhoben.

Das „Harburger Volksblatt“ nennt den Rat des Parteivorstandes, dort, wo die Gewisheit einer Aussperrung besteht, „unter den obwaltenden Umständen“ von der Arbeiterruhe abzusehen, eine „ungeheuerliche Empfehlung“. Das Blatt bemerkt dann weiter:

„Damit ist die Maifeier einfach hinfällig geworden und vom Parteivorstand einfach zu einer Farce herabgewürdigt. Denn das Unternehmertum wird jetzt selbstverständlich zu der Arbeiterschaft sagen: „Wenn Ihr den 1. Mai feiert, so sperren wir Euch aus; und nach dem Willen Eures Parteivorstandes habt Ihr auf die Maifeier zu verzichten, weil wir Euch ja aussperren.“ Damit ist dann die Maifeier endgültig begraben.“

Unserer Ansicht nach verkennt unser Harburger Bruderorgan durchaus die Absichten und auch die Wirkung des Aufrufs des Parteivorstandes. Er übersieht völlig, daß die Empfehlung des Parteivorstandes gerade durch die in der augenblicklichen Situation „obwaltenden Umstände“ motiviert wird. Diese besonderen Umstände kennzeichnet der Parteivorstand deutlich genug durch die Sätze:

„Wie wenig der soziale Frieden heute möglich ist, dafür legen klassisches Zeugnis ab die gewaltigen Kämpfe, die in diesem Augenblick in Deutschland innerhalb der verschiedensten Verufe sich abspielen und hunderttausend deutsche Arbeiter auf die Straße geworfen haben. Die angehäufte einer Hochkonjunktur fast sondergleichen und ungeheurer der mächtig gestiegenen Mieten und Lebensmittelpreise nur zu gerechtfertigten Forderungen zahlreicher Arbeiterschichten hat das Unternehmertum in einer langen Reihe von Fällen mit der Aussperrung der Fordernden beantwortet. Für diese einzutreten und ihnen zu einem Siege zu verhelfen, ist die vornehmste Aufgabe der organisierten Arbeiter. Schwere finanzielle Opfer, schwere Opfer an Familien-

Die russische Revolution.

Erregung unter der Arbeiterschaft.

Petersburg, 18. April. Die Arbeiter des Güter- und Rangierbahnhofes der Nikolaibahn haben mit dem sogenannten „italienischen Streik“, d. h. der passiven Resistenz, begonnen. Statt 2000 Wagen sind nur 200 in Dienst gestellt worden. Die Angestellten auf den benachbarten Stationen der Nikolaibahn sind dem Streik beigetreten. Ein Versuch, den Verkehr mit Hilfe der Gendarmen in vollem Umfange wiederherzustellen, ist mißlungen.

Petersburg, 18. April. Nach Meldungen hiesiger Blätter aus Odessa ist die Arbeiterschaft über die Ausschreitungen des Verbandes der wahrhaft russischen Leute in außerordentlicher Aufregung. Der Hafen ist mit Kosaken und Polizeimannschaften angefüllt.

Bedenkliche Rüstungen.

Petersburg, 18. April. Auf Weisung des Verkehrsministers sind an allen Knotenpunkten der Bahnen die Straßeneisenbahnhänge mobilisiert, welche bisher auf Reservegleisen bereit gehalten waren. Wo es nötig erscheint, wird die Schutzwache verhöfct. Auch werden neue Straßhänge angeschafft. Einer, der in der Station Wensa ausgerüstet wurde, besteht aus 25 Wagen; 13 davon enthalten Material für den Fall von Beschädigungen des Gleises oder der Wagen, die übrigen 12 sind von 178 Unteroffizieren und 6 Offizieren eingenommen. Im Zuge befinden sich 8 Maschinengewehre!! Das Telegraphenbureau der Station Wensa ist militärisch besetzt.

Märtyrer.

Petersburg, den 18. April. (Privat-Depesche des „Vorwärts“) Wie mir aus Kufuis in Sibirien telegraphiert wird, werden die dort eingekerkerten „Politischen“ furchtbar mißhandelt. Auf Befehl Porodulies drangen 60 Soldaten ins Gefängnis ein und schlugen die Gefangenen mit Gewehrkolben nieder, so daß der Fußboden im Blute schwamm. Die Gefangenen wurden an den Füßen die steinernen Treppen herabgeschleppt oder auf die Steine hinuntergeworfen.

Unter den Mißhandelten befinden sich viele bekannte Genossen.

Die Agrarfrage in Bauenköpfen.

Petersburg, 18. April. (Reichsduma.) Das Haus beschließt zunächst, aus Anlaß des Osterfestes die Sitzungen vom 30. d. M. bis zum 12. Mai ausfallen zu lassen.

Hierauf werden die Verhandlungen über die Agrarfrage fortgesetzt, in deren Verlaufe zwei bäuerliche Mitglieder der Rechten heftige Angriffe gegen die Polen und Israeliten richten und erklären, der Grundbesitz müsse den Grundeigentümern gegen Wegnahme, aber nicht gegen zu hohe, abgenommen und unter die Bauern verteilt werden. Was die Behauptungen betrifft, so führten die Rechten weiter aus, daß die Bauern ungebildet sind, so muß man sich der Ansicht der Eigentümer anschließen; aber ist es des Abels würdig, die Erde zu bearbeiten? Der Kaiser hat nicht Land genug, deshalb muß es den Grundeigentümern abgenommen werden, und wenn sie die Hergabe verweigern, muß eine ungeheuer hohe Grundsteuer eingeführt werden, um die Grundeigentümer anderen Sinnes zu machen.

Die Rechten riefen auf der Rechten und auf der Linken Beifall hervor.

Die Korruption.

Petersburg, 18. April. Der Senat hat in seiner gestrigen Sitzung verfügt, daß der Gouverneur von Nischni-Nowgorod, Baron Frederiks, der in die Lidwall-Angelegenheit verwickelt ist, wegen Untätigkeit, Kompetenzüberschreitung und Mißbrauch der Amtsgewalt zu eigenmächtigen Zwecken und ebenso der Vizegouverneur Nischni-Nowgorod vor Gericht gestellt werden. Für die gerichtliche Verfolgung der übrigen Mitglieder der Verpflegungsbehörde des Gouvernements liegt nach Ansicht des Senats ein Grund nicht vor.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 18. April 1907.

Anlagen vor tauben Ohren.

Vor teilnahmslosem Hause hielten in der heutigen Reichstags-Sitzung, in der der Etat des Reichsamts des Innern weiter beraten wurde, unsere Genossen Sebering und Hengsbach scharfe Angriffe wider die führenden der deutschen Industriellen, die Gruben- und Hüttenmagnaten. Sie leuchteten hinein in die Höllen, darin Walzwerk- und Hüttenarbeiter Arbeitskraft und Gesundheit verschleichen müssen, in die vollsbedrohenden gesundheitswidrigen Wohnungsverhältnisse, in die die Typhus- und Maserngenossen die Arbeiter des Ruhrreviers zwängen, in die Brutstätten des Typhus und der Genickstarre. Nur der Staatssekretär Pofadowsky antwortete mit seinem gewohnten Ja — Aber; die bürgerlichen Parteien hüteten sich, auf die gefährlichen Materien einzugehen.

Die Debatte verlief sich in allerlei Einzelheiten; man beilegte sich, in Raufsch und Wogen eine Anzahl von Kapiteln und Resolutionen anzunehmen. Die Sitzung wurde übermäßig ausgedehnt, bei skandalöser Besetzung des Hauses wurde der Etat heruntergepeitscht, mehrere Verzögerungsanträge wurden abgelehnt. Schließlich mußte beim Kapitel „Ausbau der Pöhlkönigsburg“ die Sitzung wegen Verschlussunfähigkeit des Hauses abgebrochen werden. Freitag 1 Uhr geht die Staatsberatung weiter.

Schuldenswirtschaft. — Schiffahrtsabgaben.

Im preussischen Abgeordnetenhaus gab heute beim Etat der Staatsschuldverwaltung der Finanzminister Freiherr von Rheinbaben eine längere Erklärung über die vorgestern abgeschlossene Finanzoperation des Reiches und Preußens ab, die darin besteht, daß, weil jeder von ihnen 200 Millionen Mark brauchte, sie die 400 Millionen zusammen gepumpt haben. Dabei sagte der Finanzminister des reichen Preußens, der dem Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel gegenüber wirklich ein Krösus ist, über seine ständige Geldnot so beweglich wie ein Wälzfischer „Schmorzer“. Die Reichsanleihen und die des Staates Preußens erfreuen sich zumeist an der Börse und bei den übrigen Kapitalisten einer höchst geringen Wertschätzung; sie sinken unaufhörlich in Kurs, so daß die mittleren Kapitalisten daran Hunderttausende verloren hätten. Der Erklärungsgrund für diese Erscheinung ist in der Tat so leicht zu finden, daß selbst der Finanzminister, der so elegant die Last der indirekten Steuern wegdiskutieren versteht, nicht umhin konnte, ihn einzugestehen. Während England heute nicht mehr Schulden hat als vor 60 Jahren, Frankreich 1901 gegen 1881 seine Schulden um keinen Pfennig vermehrt hatte, haben das Deutsche Reich und Preußen allein in den letzten 10 Jahren 4 Milliarden 133 Millionen Mark neue Anleihen aufgenommen. Freiherr v. Rheinbaben will nun natürlich nicht mit dieser Schuldenswirtschaft ein Ende machen und der wahnsinnigen Verschwendung des deutschen Nationalvermögens für die Weltmacht- und Kolonialträume entgegenreten, sondern sucht die Hilfe in allerlei höchst kleintlichen Maßregeln, zum Beispiel in dem Zwang auf die Sparasseln, einen Teil ihres Vermögens in Staatspapieren anzulegen. Einsteilen hat sich die Regierung dazu verstehen müssen, den Zinsfuß wieder auf 4 Proz. zu erhöhen. Um den Kurs der übrigen Staatspapiere mit niedrigeren Zinsfüßen nicht allzu

sehr zu drücken, hat sie allerdings nur Schatzanweisungen auf die Dauer von fünf Jahren ausgegeben. Aber es besteht natürlich keine Aussicht, daß sie in fünf Jahren finanziell irgendwie besser bestellt sein wird. So hat sie sich durch diese Zeitbeschränkung nur selbst ein Damoklesschwert über dem Haupte aufgehängt, das ihr einmal leicht in einer kritischen Zeit auf den Kopf fallen kann. Das Abgeordnetenhaus nahm diese Mitteilung kritisch entgegen; nur der freisinnige Berliner Abg. Kreitzing jammerte noch rasch etwas über die Befehle einer Erhöhung der Einkommensteuer. Daß diese Steuer auf die Wohlhabenden nicht zu straff angepaßt wird, ist die Hauptfrage des Freisinn.

Das Abgeordnetenhaus bewilligte dann eine Reihe kleinerer Etats. Unter anderem auch die unnützen Ausgaben für den Landtag selbst und das Privatkabinett des Königs. Dann kam man zum Etat der Bauverwaltung, bei dem man die Schiffahrtsabgaben vorweg nahm. Die Geschichte dieser Schiffahrtsabgaben ist ein klassisches Beispiel für die Haltlosigkeit und zugleich für die agrarische Rücksichtslosigkeit der preussischen Regierung. Als zuerst der Gedanke an die Schiffahrtsabgaben in den Köpfen einiger agrarischer Reichsleute aufkam — es war in der Zeit, wo es vom Mittelstandslan noch hieß: „Gebaut wird er doch!“ — da erklärte der Ministerpräsident Fürst Bismarck sie für verfassungswidrig. Inzwischen trotz er demügnigt unter das laubdünne Joch der Agrarier, und jüngst erklärte der Eisenbahnminister in der Budgetkommission, daß die Frage der Verfassungsmäßigkeit dieser Abgaben für die Regierung dadurch erledigt sei, daß beide Häuser des Landtages mit Zustimmung der Regierung sie beschlossen hätten. Er verkündete also den Grundgesetz, daß die preussischen „Volksvertretungen“ das Recht hätten, Reichsverfassungsbestimmungen aufzuheben. Darauf interpellierte unsere Reichstagsfraktion durch den Genossen Dr. Frank wegen der Schiffahrtsabgaben die Regierung im Reichstage. Die Regierung versahob die Verantwortung mit der Begründung, daß sie erst ein Gutachten des Reichsjustizrates einholen müsse, das sie also noch nicht hatte, obwohl die Frage seit mehr als fünf Jahren schwebt. Heute endlich stand der sogenannte Verkehrsminister im Abgeordnetenhaus, daß vor Einführung der Schiffahrtsabgaben der Artikel 54 der Reichsverfassung geändert oder, wie er ausweichend sagte, „authentisch interpretiert“ werden müßte. Es scheint also der preussischen Regierung tatsächlich gelungen zu sein, durch allerlei Schlitane die sächsischen Staaten und Sachsen zur Einwilligung in diese Verfassungsänderung gezwungen zu haben. Die Konservativen und das Zentrum waren über diese Mitteilung natürlich hocherfreut. Der nationalliberale Dr. Krause fand sich mit der Tatsache der bevorstehenden Einführung dieser Abgaben auf den Verkehr leicht ab, ja stimmte ihm sogar direkt zu. Vor 2 Tagen hat der nationalliberale Abgeordnete für Leipzig Dr. Jund im Reichstage den Beschluß verlesen, die Freiheit der deutschen Ströme mit Klauen und Zähnen zu verteidigen. Heute stimmte sein nationalliberaler Fraktionskollege Krause, der noch abend vorstehend des Vereins für Kanal- und Flußschiffahrt ist, der Einführung von Schiffahrtsabgaben unbedenklich zu. Das ist die nationalliberale Fraktion!

Die Freisinnigen ärgerten sich über ihren neuesten Heroinfall nicht wenig; sie hatten nämlich gehofft, daß sich im Bundesrat keine Mehrheit für diesen Lieblingswunsch der preussischen Junker finden werde. Jetzt sind sie enttäuscht und die Handelskreise und Schiffahrtsinteressenten werden es an ihrem Geldbeutel zu spüren bekommen, daß sie bei den Hottentottwahlen wieder eine agrarische Mehrheit in den Reichstag gewählt haben, der nun allein noch die Schiffahrtsabgaben von ihnen abwenden könnte. So zeigt sich wieder einmal an diesem Beispiel drastisch, daß in Deutschland nur die Sozialdemokratie die Interessen des Handels und der Industrie, die Verkehrsfreiheit zu schützen versteht.

Morgen wird die Beratung des Etats der Bauverwaltung fortgesetzt.

Sozialpolitik für höhere Töchter.

Der „Vorwärts“ veröffentlichte vor einiger Zeit den Aufsatz einer Potsdamer Volksschülerin über die Sozialdemokratie, der nach dem Diktat der Lehrerin angefertigt worden war. Als Beweis, daß in den höheren Mädchen-schulen nicht weniger gegen die Wahrheit gesündigt und politische Verbummung getrieben wird, sei hier der Aufsatz aus einer höheren Mädchenschule in einer rheinischen Großstadt mitgeteilt. Das Thema lautete „die Fürsorge der Hohenzollern für den Arbeiterstand“. Die Lehrerin gab genaue Anweisung über den Inhalt und den Gedankengang des Aufsatzes; den Erfolg ihrer sozialpolitischen „Aufführungsarbeit“ sieht man an der Art, wie eine der besten Schülerinnen der Klasse sich ihrer Aufgabe erledigte. Nämlch so:

Die Fürsorge der Hohenzollern für den Arbeiterstand. Im Jahre 1870/71 nach dem deutsch-französischen Kriege nahmen Industrie, Handel und Verkehr einen ungeahnten Aufschwung. Manche Waren, die früher vom Ausland bezogen wurden, wurden jetzt in Deutschland selber verfertigt, mit deutschem Kapital, deutschem Fleiße und von deutschen Arbeitern. Viele Fabriken wurden errichtet. Tausende von Arbeitern fanden darin leichte und lohnende Beschäftigung. Männer, Frauen und Kinder wurden zur Arbeit herangezogen und vielen Arbeiterfamilien gelang es, einen gewissen Wohlstand zu erlangen. Im ersten Eifer wurden zu viele Waren fabriziert, es fand sich kein genügender Absatz dafür. In den Fabriken wurde oft Tag und Nacht ohne Unterbrechung gearbeitet. Es entstand eine allgemeine Reaktion. Viele Fabrikbesitzer waren genötigt, ihre Fabriken zu schließen, andere mußten eine große Anzahl von Arbeitern entlassen. Dadurch entstand Not und Elend in der Arbeiterklasse. Viele waren auf öffentliche Wohlthaten angewiesen, um ihren Lebens zu können. Große Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse war naturgemäß zu erwarten. Kaiser Wilhelm I. richtete sein größtes Trachten danach, den Stand der Arbeiter möglichst zu verbessern. Auf des Kaisers Veranlassung wurden in den Fabriken Inspektoren angestellt, die dafür Sorge tragen mußten, daß die Arbeiter nicht überanstrengt wurden. Auch wurde die Arbeit der Frauen und Kinder eingeschränkt und Sonntagsruhe eingeführt. Bisher arbeiteten Männer, Frauen und Kinder ohne Unterbrechung, was aber gesundheitschädlich ist. Das Schiedsgericht wurde eingeführt, und somit waren Arbeiter und Arbeitgeber nicht immer darauf angewiesen, bei Streitigkeiten das Gericht zu Rate zu ziehen. Aber die niedriggesinnten Arbeiter waren mit all den Wohlthaten des Kaisers noch nicht zufrieden und beschloßen, ihn zu töten. Sie übten ein Attentat auf den Kaiser aus. Aber trotz seines hohen Alters erholte sich der Kaiser wieder zum großen Jubel des Volkes. Er konnte somit den Wohlstand der Arbeiter weiter verfolgen.

Das Volk sann lange darüber nach, wie es dem Kaiser seine Freude über dessen Wiedergenesung bezugehen solle. Endlich kam es zu dem Allgemeinbeschlusse, eine Geldsammlung zu veranstalten. Der Kaiser bestimmte das erhaltene Geld dazu, erwerbsfähige Arbeiter zu versorgen. Im Jahre 1881 erließ der Kaiser eine Volksschule an den Reichstag und gab den Befehl, die Abgeordneten sollen sich hauptsächlich damit befassen, ein Gesetz zum Wohle der

Arbeiter und Kinderwohl werden den Arbeitern aufgebungen, um die Gewaltstreiche der Unternehmerrasse zurückzuweisen. Und nach neuen Gewaltstreichen giebt diese.

Dort, wo solche Gelfäfte vorhanden sind, dürfen wir nicht die Befriedigung derselben ermöglichen. Das gebietet die Klugheit und das Interesse der beteiligten Arbeiter.

Das „Harburger Volksblatt“ überschätzt aber auch die Wirkung des Aufstus, wenn es bespricht, daß dadurch die Widerstandskraft des Unternehmertums gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai gestärkt und die Energie der Arbeiterschaft für die Erringung der Arbeitsruhe gelähmt werde. Wir haben bereits vorgestern der freisinnigen Presse gegenüber nachgewiesen, daß die Partei stets — so zum Beispiel durch den Mund des Ministerreferenten Fischer in München 1902 — offen ausgeprochen hat, daß die Arbeiter nicht um jeden Preis als wirtschaftliche Machtprobe zwischen Unternehmertum und Proletariat zu betrachten sei. So nachdrücklich die Partei eine möglichst umfassende Arbeitsruhe anstrebt — sie hat niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß auch in dieser Frage die Taktik von den jeweiligen Umständen abhängt. Wir besuchten deshalb von dem Aufstus des Parteivorstandes weder eine Ernüchterung der Parteigenossen, noch eine Stärkung der Position des Unternehmertums. In einer günstigeren Situation wird die Arbeiterschaft wieder einen um so energischeren Vorstoß unternehmen, sofern nur, was wir hoffen und wünschen, der nächste internationale Kongress in Stuttgart die bisherige Form der Arbeiteraufstus erhält.

Die „Frankl. Tagespost“ schreibt:

„Der Aufstus des Parteivorstandes ist ein weiterer erfreulicher Schritt auf dem Wege des vollständigen Ausgleichs zwischen Partei und Gewerkschaften. Der Parteivorstand stellt sich jetzt mit der denkbar größten Entschiedenheit auf den noch vor kurzem so leidenschaftlich umstrittenen Standpunkt der Gewerkschaften. Freilich vermögen wir den besonderen Zweck einer ausführlichen Kundgebung in dieser Form nicht einzusehen.“

Die Partei kann dieses Jahr mit um so größerer Berechtigung das deutsche Proletariat zu einer würdigen Feier des 1. Mai anfeuern, als sie ja jetzt bereit ist, auch an den finanziellen Aufstus, die Maßregelungen infolge der Arbeitsruhe notwendig machen, zu ihrem Teil beizutragen. Darum hat der Vorstand wohl auch diesmal entgegen dem früheren Brauch sich für verpflichtet gehalten, in einer besonderen Kundgebung im voraus die Parteigenossen zu einer eindrucksvollen Kundgebung zu veranlassen.

Der Aufstus bringt ja infolgedessen nichts Neues, als es seit jeher selbstverständlich, daß wir nicht leichtsinnig das Proletariat in Opfer stürzen, die in seinem Verhältnis zum Wert des Erreichbaren stehen. Um so weniger aber sehen wir ein, warum eine Form des Aufstus zur Arbeiteraufstus wurde, die eine Warnung vor der Arbeiteraufstus in einigen Sätzen derzweifelhaftlich sieht. Wenn die Gewerkschaft einer Ausdehnung künftiger einzwingender Grund zur Unterlassung der Arbeiteraufstus sein soll, so geht diese Auffassung nicht nur über den Mannheimer Beschluß hinaus, sondern sie bedeutet die Beseitigung der Arbeiteraufstus überhaupt, soweit die Arbeitsruhe in Betracht kommt. Denn die Unternehmer werden dann natürlich immer mit der Ausdehnung drohen und jede Arbeiteraufstus dadurch unmöglich machen.

Wir würden eine solche — gewiß nicht beabsichtigte — Abkündigung der Arbeiteraufstus bedauern. Aber noch unetraglicher als der völlige Verzicht auf die Arbeiteraufstus ist die verwirrende Unsicherheit des jetzigen Zustandes. Nimmt man die warnenden Sätze wörtlich, so hat die deutsche Sozialdemokratie die Verpflichtung, dem nächsten internationalen Kongress, der in Deutschland stattfindet, dem Stuttgarter Kongress, die Aufhebung der Arbeiteraufstus vorzuschlagen. Wir dürfen keine Spannung zwischen Wort und Tat dulden, das ist der Tod jeder politisch ernsthaften Partei.

Hat man aber nur gemeint, vor Unüberlegtheiten warnen zu müssen, so hätte man das einmal klarer sagen sollen, und dann meinen wir: Gerade das deutsche Proletariat steht am allerwenigsten im Verdacht, unbesonnen, unruhig, leidenschaftlich, impulsiv zu handeln; es bedarf wahrlich nicht der Mahnungen zur Selbstbeherrschung und Mäßigkeit nachsternem Erwägung.“

Diese Auslassungen scheinen uns verschiedene unüberbrückbare Widersprüche zu enthalten. Die eigene Stellungnahme der „Frankl. Tagespost“ zur Frage der Arbeitsruhe erscheint uns zudem sehr wenig deutlich ersichtlich.

Die „Frankl. Tagespost“ nennt den Aufstus einen „erfreulichen Schritt auf dem Wege des vollständigen Ausgleichs zwischen Partei und Gewerkschaften“. Er stellt sich auf den, noch vor kurzem so leidenschaftlich umstrittenen Standpunkt der Gewerkschaften. Was versteht aber die „Frankl. Tagespost“ unter diesem „Standpunkt der Gewerkschaften“? Die Rücksichtnahme auf die gewerkschaftliche Situation? In dieser Rücksichtnahme hat es die Partei niemals fehlen lassen. Schon 1895 empfahl ja Weber, nach dem Vorbild Berlins die Durchführung der Arbeiteraufstus den Gewerkschaften zu überlassen! Oder identifiziert die „Frankl. Tagespost“ den Standpunkt der Gewerkschaften mit dem Standpunkt des Genossen Robert Schmidt, der auf dem Kölner Gewerkschaftskongress im Jahre 1905 unter Zustimmung zahlreicher Delegierter eine Resolution empfahl, die den Verzicht auf die Arbeitsruhe forderte? Dieser Annahme widerspricht wiederum der Satz: „Wir würden eine solche — gewiß nicht beabsichtigte — Abkündigung der Arbeiteraufstus bedauern.“ Dann freilich erklärt unser Rünberger Bruderorgan wieder, daß ihm noch unetraglicher als der völlige Verzicht auf die Arbeiteraufstus die „verwirrende Unsicherheit des jetzigen Zustandes“ dünke.

Die „verwirrende Unsicherheit des jetzigen Zustandes“ wird scherzhaft durch ein in der grauen Theorie ja leicht zu stellendes „Entweder — oder“ zu beseitigen sein. Auch wenn man — wie bisher — die möglichste Durchführung der Arbeitsruhe erstrebt, wird man auch künftig nicht umhin können, den besonderen Umständen jedes Jahres Rechnung zu tragen. Man wird in dem einen Jahre mit allem Nachdruck für die Arbeitsruhe eintreten können, während man ein anderes Mal eine durch die Umstände gebotene Vorsicht übt. Diesen Standpunkt hat die Partei bisher eingenommen, und trotzdem hat unseres Erachtens die Arbeiteraufstus zwar langsam aber stetig an Boden gewonnen. Wir können uns nur den Ausführungen, die Genosse Fischer in Jena über die Arbeitsruhe am 1. Mai gemacht hat, vollinhaltlich anschließen.

Bekanntlich erstrebt gleichwohl eine Anzahl Gewerkschaftler — eine einheitliche Stellungnahme hat sich bis jetzt auch innerhalb der Gewerkschaften nicht ergeben — den völligen Verzicht auf die Arbeitsruhe und die ausschließlich Verlegung der Feier auf den Abend des 1. Mai. Diese Frage wird ja den internationalen Kongress in Stuttgart eingehend beschäftigen. Vorläufiglich wird dieser Erörterung auch noch eine ausdehnende Diskussion in der Presse vorausgehen. Soll diese Diskussion zur Klärung der Frage beitragen, so darf die Frage nicht etwa gestellt werden: entweder Arbeitsruhe auf jeden Fall oder Verzicht auf die Arbeitsruhe, sondern: Aufrechterhaltung des bisherigen Aufstus oder Preisgabe der Arbeitsruhe zugunsten einer einheitlichen Abendfeier.

Arbeiter zu beraten und zu beschließen. Nach mannigfachen Vorarbeiten kam 1883 das Krankenversicherungsgesetz zur Beschlußnahme. Die erkrankten Arbeiter werden seitdem auf Kosten der Krankenkasse wiederhergestellt. Der wohlthätige Kaiser war aber noch nicht befriedigt. Bald darauf wurde das Unfallversicherungsgesetz eingeführt für diejenigen Arbeiter, welche einer das Leben gefährdenden Beschäftigung obliegen. Ereignet sich ein Betriebsunfall, so wird der Verunglückte durch eine Summe entschädigt, stirbt er an den Folgen der erlittenen Verletzung, so wird der Witwe und den Waisen eine Summe ausgezahlt.

Aber dem Kaiser war dies alles noch nicht genug; er wollte auch für diejenigen Sorge tragen, die wegen Alter und Schwäche nicht mehr arbeiten konnten. Er bereitete ein Alters- und Invaliditätsgesetz vor, aber leider konnte er sein Vorhaben nicht vollenden, da der Tod seinem Leben und Wirken ein Ziel setzte. Sein Sohn Friedrich bestieg den Thron mit der besten Absicht, in die Fußstapfen seines Vaters zu treten. Aber nur zu kurze Zeit hatte er das Glück, als Kaiser zu herrschen. Er regierte nur 99 Tage. Sein Nachfolger ist unser jetziger Kaiser Wilhelm II. Schon in seiner Thronrede erklärte er, für das Wohl des Volkes Sorge tragen zu wollen. Unter ihm trat das Alters- und Invaliditätsgesetz in Kraft. Jeder Arbeiter, der das 70. Lebensjahr vollendet hat und auch der, der dauernd arbeitsunfähig wird, erhält von der Invalidenversicherung eine Rente. Kaiser Wilhelm berief eine internationale Arbeiterversammlung nach Berlin. Es wurde nun bewiesen, daß in Deutschland am meisten für das Wohl der Arbeiter getan wird. Aber die Sorge unseres Kaisers für den Arbeiterstand ist bis heute noch nicht erschöpft. Er veranlaßte, daß gesunde Arbeiterwohnungen gebaut wurden, auch richtete er Volksbibliotheken ein, um die Bildung der Arbeiter zu heben.

Somit ist ganz besonders der Arbeiterstand den Hohenzollern zum Danke verpflichtet, weil sie ihnen immerdar väterliches Wohlwollen entgegenbrachten.

Der Zweck eines Unterrichts, der solche Früchte zeitigt, liegt auf der Hand: Verherrlichung des Kaiserhauses, Pflege der „guten Gesinnung“ — auf Kosten der Wahrheit! Wenn nur die Hohenzollern glänzend dastehen, dann darf nach der Meinung solcher Volkserzieher die ganze Arbeiterklasse verleumdert, herabgewürdigt und beschimpft werden. Bei der Jugend der Volksschule, die später zum guten Teil in die Arbeiterklasse aufgeht, tut ja nun die Erfahrung des Lebens, tut die Aufklärung im Verkehr mit den Klassen Genossen das Nötige, um die verdummenden und irreleitenden Wirkungen des Volksschulunterrichts auf diesem Gebiete wieder aufzuheben. Anders bei der Jugend der sogenannten höheren Stände. Sie sind und bleiben abgeschlossen von der Arbeiterklasse, kennen das Leben nur nach den Anschauungen ihrer Umgebung und denken vom Volk, so wie sie es in der Schule gelernt haben. Nach dieser Vorstellung leben die Arbeiter auf Grund der hohenzollernschen Fürsorge herrlich und in Freuden, nicht nur ihre Väter, sondern auch ihre Kompottschüssel ist gefüllt bis oben hin, aber sie sind dennoch nicht zufrieden, und niedriger Gesinnung voll, wie sie nun einmal sind, töten sie die Fürsten, die ihre ganze Sorge auf das Wohl der Arbeiter verwendet haben. Je albernere das ist, umso größer aber auch die Schmach für eine Gesellschaft, die nach solchen Grundsätzen ihre Jugend erzieht.

Deutsches Reich.

Säbelrakler!

Die Scharfmacherpresse setzt ihre beispiellos frivole Hege gegen England mit beispielloser Unverschämtheit fort. Das „Berliner Tageblatt“ hatte erklärt, daß der gestern von uns zitierte Scharfartikel der „Kölnischen Zeitung“ nicht offiziösen Ursprungs sei. Demgegenüber setzt die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ ihr schändliches Verhöhnungshandwerk folgendermaßen fort:

„Das Berliner Tageblatt“ hält sich für berufen und verpflichtet, heute nochmals hervorzuheben, daß der vielerörterte Artikel der „Kölnischen Zeitung“, der die Bedeutung und Wirkung eines kalten Wasserstrahles nach England hin hatte, nicht offiziös sei. Das kampfthätige Streben des genannten Blattes, den Artikel seiner angeblichen Offiziösität zu entkleiden, macht einen geradezu spasshaften Eindruck. Wir möchten dem „Berliner Tageblatt“ raten, sich einmal das wieder anzusehen; was Fürst Bismarck über den Gebrauch der offiziellen Presse gesagt und geschrieben hat. Wir unterseits halten es unter den obwaltenden Umständen nicht für zweckmäßig, diese Ansprüche wiederzugeben, weil man sie unmittelbar auf den vorliegenden Fall anwenden könnte. Daß der Artikel keine offizielle oder offiziöse Verlautbarung der deutschen Regierung war, liegt auf der Hand; das erklärt die „Köln Ztg.“ heute selbst, und das hat auch kein verständiger Mensch angenommen. Es liegt aber ebenso auf der Hand, daß die in dem Artikel entwickelten Anschauungen in allen nationalen Kreisen, und zwar sowohl bei den Regierenden, als auch bei den Regierten, geteilt werden. Ob das „Berliner Tageblatt“ zu diesen Kreisen gehöre, möchten wir dahingestellt sein lassen.“

Wie unnüßig gebärdet sich das Zeitungsgeschwiffler „Reichsbote“ — „Staatsbürger-Zeitung“. In einem handwurmartigen Heftartikel heißt es:

„Vor allem aber tut gegenüber dem Udräftungsstummel, der die Probe unserer Feinde auf die allmählich offenbar gewordene Schwäche Deutschlands darstellt, eine klare und entschiedene Stellungnahme der Reichsregierung not. Wenn sich das Schauspiel von Algeras wiederholt, daß wir, über die Stellung der sogenannten befreundeten Staaten durch eine dapierte Diplomatie schlecht informiert, völlig vereinsamt und vor Europa als Friedensförderer gebrandmarkt sind, so würde eine derartige Niederlage den letzten Rest von Prestige tilgen, über den wir aus vergangenen besseren Zeiten uns noch herübergerettet haben. Deshalb kann hier nur ein freudiges: eine blühende Absage, die Hörner und Jähre hat.“

Toller hat es seinerzeit auch die Boulanger-Presse nicht getrieben!

Das Scharfmacherthum leidet seit den Gottentottenwahlen nicht nur an Lobsuchtsanfällen gegenüber der Arbeiterklasse, sondern es ist auch dem Ausland gegenüber von einem herberferrenden raptus teutonius befallen! Und das alles, weil schlimmstenfalls den Panzerflottenpatrioten das Geschäft ein wenig verdorben werden konnte! Deshalb spielt man mit einem Weltkrieg! Und das entrußt sich dann über das Blutvergießen der russischen Revolutionäre! —

Die Kolonialkassabale nicht erledigt!

Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt über den famosen Bericht der Untersuchungskommission über die Kolonialkassabale: „Wer da geglaubt hatte, daß in diesem Bericht ausführlich auf die Beschuldigungen eingegangen sein würde, und daß nachgewiesen worden wäre, wie weit sie berechtigt sind, wie weit nicht, der irrt sich ganz gewaltig. Es sind über die einzelnen Fälle nur ganz kurze Notizen angegeben, in denen der Gegenstand der Beschuldigung und der Ausgang der

Untersuchung mitgeteilt wird. Ein einigermaßen zutreffendes Bild darüber, ob die Anklage begründet und ob die Untersuchung erschöpfend gewesen ist, kann man sich aus dem Schriftbild absolut nicht machen.“

Bei verschiedenen Gelegenheiten, beispielsweise bei der Disziplinaruntersuchung gegen den Gouverneur v. Ruitkammer ist unwiderprochen von mehreren Seiten behauptet worden, daß der richterliche Beamte seine Untersuchung nur auf bestimmte Anklagepunkte ausdehnt, alle übrigen Punkte aber unberücksichtigt gelassen habe. Hierüber finden sich in dem Bericht absolut keine Angaben. Es kann also gar keine Rede davon sein, daß mit der Veröffentlichung dieses Dokuments die Sache auch für diejenigen Beamten abgeklommen sein kann, deren Fälle als „erledigt“ angegeben werden.“

Man wird ja sehen, welche Haltung die freisinnigen Herren Abgeordneten in der Kommission und im Plenum einnehmen werden! —

Die Radwahl im Wahlkreise Glauchau-Neerane.

Neerane, 18. April.

(Privatelegramm)

Die heutige Kreisversammlung der Sozialdemokratie hat einstimmig als Kandidaten für die Reichstagsradwahl den Genossen Parteisekretär G. Mollenbuhr aufgestellt.

Die Genossen des 17. sächsischen Wahlkreises haben sich also die Aufgabe gestellt, den Genossen Mollenbuhr dem Reichstage zuzuführen. Der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird mit dem Wiedereintritt des aus dem Gebiete der Sozialpolitik hervortretenden Sachkundigen eine wertvolle Kraft zuzugewonnen. Die Genossen des Wahlkreises werden dafür sorgen, daß Genosse Mollenbuhr mit imponanter Majorität der Nachfolger Kuerst im Mandat wird.

Die Aussperrung der Schauerleute vor der Hamburger Bürgerschaft.

Wie schon telegraphisch berichtet, beschäftigte sich dieses illustre Privilegierten- und Geldsackparlament in seiner Sitzung vom Mittwochabend mit einer Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion über die Aussperrung und deren das Gesamtinteresse berührende Begleiterscheinungen. Nach der Verlesung der Elbepublikum braucht der Senat bei solchen Dingen nicht Rede und Antwort zu stehen, wie er sich überhaupt nicht vertreten zu lassen braucht. Dazu sind die Deputationen da, deren bürgerlich-kleinliche Mitglieder, größtenteils aus Interessenten bestehend, Rede und Antwort stehen. Wie die Interpellationen von sozialdemokratischer Seite beantwortet werden, davon haben wir schon verschiedentlich Mitteilung gemacht.

In eingehender Rede begründete Genosse Fischer die Interpellation. Er wies auf die schweren sanitären Gefahren hin, die durch die Ansammlung von ausländischen Streikbrechern auf den Koffenschiffen und die damit in Verbindung stehende Verunreinigung der Elbe der Gesamtheit drohen und geistliche das unsoziale Empfinden des Reedereikreises und dessen sozialpolitische Rücksichtslosigkeit. Den Unternehmern Vernunft beizubringen, gegen sie die gesetzlichen Bestimmungen in Anwendung zu bringen, wäre Sache der Behörden gewesen, die aber, wie immer, gegen die Arbeiter Partei ergreifen. Die Deputation für Schifffahrt und Handel hätte längst eingegriffen sollen, wenn die Lohnpreisung unserer sozialen Gesetzgebung Verachtung haben sollte.

Der offizielle Vertreter der genannten Deputation, Großkaufmann Sisse, schilderte die Ursachen des Streiks, daß seinen Klassengenossen das Herz im Leibe lachte und hielt die Kasernen- und Schiffe zum Schutz der Arbeitwilligen für notwendig, weil die Polizei ihnen sonst nicht den nötigen Schutz hätte gewähren können. Die Unterzeichnung der festen Jahreskontrakte für Schauerleute würde zu geordneten Zuständen geführt haben. Dem Reaktor (dieser ist Staatsbeamter), den Herr Stollen in der vorigen Sitzung angegriffen habe, werde man nicht wehren, „ungeeignete Elemente“ vom Kaiser zu halten. Auch die famose Zwangslasse der Reeder hielt dieser Herr für den Ausfluß hoher sozialpolitischer Reederweisheit.

Diese Beantwortung der Interpellation ging auch Herrn Petersen, einem Enkel des früheren Bürgermeisters von Hamburg, über die Hufeisen. Herr Petersen verlangte von den Behörden Unparteilichkeit und wandte sich gegen die Reederpresse. Dafür wurde er von den anderen Rednern aus dem kapitalistischen Lager ein „Idealist“ genannt, der von dem praktischen Leben nichts verstehe.

Der Syndikus der Amerika-Linie, Dr. Muffsen, will nicht, daß ein paar Schauerleute den Hafen beherrschen. (Zuruf: Aber ein Dollin!) Dann sprach dieser Verächter der Reederinteressen von der „Legende“ der 30tägigen Arbeitszeit im Hafen, die nur — eine Verweilungszeit sei.

Herr Ufert von der Linken verlangte ein Verbot des Raufschuges, weil ja alles mögliche passieren könne. „Denken Sie an die Schopenhückerjasse!“ — Herr Reimer, verunglückter Scharfmacherkandidat bei der letzten Reichstagswahl für Hamburg II, möchte dem Streikposten stehen zu Leibe gegangen wissen. — Die Genossen Stollen und Hoffmann gingen mit diesen Vertretern des Pallinismus scharf ins Gericht.

Wie immer, verlief auch diese Verhandlung „programmatisch“: durch Schlußanträge wurde die weitere Debatte abgemurzt!

Vom polnischen Schulkreis. Die Erwartung, der polnische Schulkreis werde nach den Osterferien ganz erlöschen, hat sich nicht erfüllt. Nach amtlichen Ermittlungen kreisen noch im Regierungsbezirk Danzig 298 Kinder in 83 Schulen und im Regierungsbezirk Marienwerder 388 Kinder in 50 Schulen; das sind nach 81 Prozent der Gesamtzahl der ursprünglich in Westpreußen streikenden Schulkinder. In Karlsruhe verurteilte der Kreisgericht als Disziplinargericht vierzehn Gemeindeglieder, welche trotz des Dienstalters ihre Kinder am Schulkreis teilnehmen lassen, teils zu Geldstrafen von 15—80 Mark, teils zur Amnestierung.

Gemeindesteuerreform in Elsaß-Lothringen.

Die Finanzverhältnisse der Gemeinden des Reichslandes berufen nach den alten französischen Gesetzen in der Hauptsache auf Verbrauchsabgaben, dem Diktio und den Zuschlägen zu den staatlichen direkten Steuern. Dieses Finanzsystem reicht schon heute bei den immer mehr gesteigerten Anforderungen an die Gemeinden, besonders an die großen Städte, nicht mehr zur Deckung der Bedürfnisse aus, so daß in den meisten größeren Gemeinden eine Finanzmisere eingetreten ist. Diese Kalamität wird noch verstärkt durch den Wegfall eines erheblichen Teiles der Verbrauchsabgaben vom 1. Januar 1910 ab durch Inkrafttreten des § 18 des Zolltarifgesetzes. Es ist daher eine unbedingte Notwendigkeit, den Gemeinden anderweitige Möglichkeiten der Steuererhebung zu eröffnen. Die Regierung hat bisher nichts getan, den Gemeinden neue Wege zu weisen. Aber auch die Gemeinden haben bisher jede Initiative, zu neuen Einnahmequellen zu gelangen, vermissen lassen. Jetzt, nachdem die Not sehr hoch gelegen ist, haben sie sich endlich aufgerafft, um der Regierung ihre Wünsche auszudrücken. Auf dem ersten elsaß-lothringischen Städtetage, der am 14. April in Straßburg abgehalten wurde, besprach man verschiedene Vorschläge zu einer Reform der Gemeindesteuererhebung in Elsaß-Lothringen. Inlaß dazu gab ein Denkschrift der

Stadt Mühlhausen über die Einführung der Wertzuwachssteuer im Reichslande. Nach eingehender Debatte, in der sich alle Vertreter prinzipiell mit einer Wertzuwachssteuer einverstanden erklärten, wurde nachfolgende Resolution angenommen:

Die Finanzlage eines sehr erheblichen Teiles der elsaß-lothringischen Gemeinden ist eine wenig günstige. Während die Ausgaben in fortwährendem Wachsen begriffen sind, weisen die Einnahmen keineswegs eine entsprechende Steigerung auf. Dazu kommt, daß durch das im Jahre 1910 bevorstehende Inkrafttreten des § 18 des Zolltarifgesetzes, welches die Verbrauchssteuern auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl- und andere Mähdarfrüchte, Getreide, Vieh, Fleischwaren und Fett aufhebt, für eine größere Anzahl von Gemeinden ein sehr beträchtlicher Ausfall von Einnahmen entstehen wird.

Bei dieser Sachlage scheint es geboten, eine Reform der Gemeindesteuererhebung in der Richtung ins Auge zu fassen, daß den Gemeinden in Bezug auf das Besteuerungsrecht weitgehende Befugnisse und größere Bewegungsfreiheit, als die jetzt bestehende, eingeräumt werden. In erster Linie dürfte dabei den Gemeinden die Befugnis zu einer selbständigen stärkeren Besteuerung des Grundbesitzes zu gewähren sein, da der Grundbesitz in der heute bestehenden Form der Zuschläge zu der staatlichen Grundsteuer in ganz unzureichenden und gegenüber den anderen Steuerquellen — Gewerbebetrieb, Kapitalbesitz, Lohn und Besoldung — abnorm geringen Maße zu den Gemeindefinanzherangezogen ist, während gerade dem Grundbesitz aus einer Reihe von Einrichtungen, welche die Gemeinden infolge ihrer fortschreitenden Entwicklung und räumlichen Ausdehnung auf Kosten aller Steuerzahler treffen müssen, besondere Vorteile durch eine mehr oder minder große Steigerung seines Wertes erwachsen.

Die Form der Besteuerung anlangend, so dürfte in erster Linie eine Besteuerung des unverbienten Wertzuwachses (indirekte Steuer), daneben auch die Besteuerung der Grundstücke nach dem gemeinen Wert in Betracht zu ziehen sein. Ebenso muß es als wünschenswert bezeichnet werden, daß der Artikel 80 des Gesetzes vom 16. September 1807, welcher den Gemeinden die Befugnis erteilt, die durch die Vornahme gemeindlicher Arbeiten in besonderem Maße begünstigten Grundeigentümer zu Beiträgen heranzuziehen, eine Umänderung erfährt, durch welche bei Anwendung dieser Bestimmung eine größere Wirkung zugunsten der Gemeindefinanz erzielt wird, als dies bis jetzt erfahrungsgemäß der Fall gewesen ist.

Als weiteres Mittel, die Finanzlage der Gemeinden zu verbessern, betrachte der Städtetag eine Erhöhung der Grundsteuer, die denn auch beschlossen wurde. —

Gemischte.

In dem meiningischen Dorfe Leislaue bei Tamburg wirkte bis vor kurzem der Pfarrer D. R. Vogl. Klüglich wurde er seines Amtes enthoben. Ueber die Ursache dieser Maßregelung teilen thüringische Blätter folgenden Sachverhalt mit:

Am 6. Februar (also nach den Reichstagswahlen hatte D. Vogl einen Familienabend veranstaltet und bei dieser Gelegenheit einen Vortrag über die politischen Parteien des Reichstags gehalten. Der Vortrag sollte, wie der Redner in der Einleitung und am Schluß betonte, dazu beitragen, daß die Parteien einander verstehen lernen und sie mit den christlichen Werten der Wahrheit und Gerechtigkeit den Kampf führen könnten. Wiederholt wurde von dem Vortragenden betont, daß er lediglich referieren, seine eigene politische Überzeugung also für sich behalten und niemand zu nahe treten wolle. . . .

Obwohl die Ueberzahl der Anwesenden konfessionell gesonnen war, wurde der Vortrag mit Beifall belohnt. Nur der Rittergutsbesitzer Schläter (jetzt Rentner in Raumburg) trat sofort an D. Vogl heran und belehrte ihn, daß der Pfarrer die Sozialdemokratie zu bekämpfen habe. Er verlangte, der Redner solle nachtragen, daß die Sozialdemokratie die Ehe und Familie zerstören und das Christentum abschaffen wolle. D. Vogl wies das Ansuchen mit dem Bemerkten zurück, daß von Ehe und Familie gar nichts im sozialdemokratischen Programm enthalten sei, von Religion bloß: Religion ist Privatsache. Darauf verließ Herr Schläter mit seiner Frau ostentativ den Saal. Niemand von den Anwesenden folgte ihm, obwohl er sich Mühe gab, die Leute von der Ungehörigkeit des Vortrages zu überzeugen. Ungefähr 14 Tage darauf wurde vom Oberkirchenrat in Meiningen das Konzept des Vortrages mit Beschlag belegt, der Pfarrer seines Amtes enthoben und ihm zugleich ein Drittel seines Gehaltes entzogen. . . . Nach langem Verhör wurde die Sache an den Oberkirchenrat verwiesen, dessen Ausschluß noch aussteht.

Es wird alles bezahlt!

rief der Rittergutsbesitzer Brauns dem erregten Publikum in Weimar zu, als er mit seinem Automobil einen 64jährigen Mann totgefahren hatte. Der notleidende Rittergutsbesitzer ist nämlich nebenbei auch Kohlenbaron und nahm als solcher an der in Weimar stattgefundenen Sitzung des sächsischen Kohlenyndikats teil. Dabei mag es ganz animiert zugegangen sein. In recht fidele Stimmung freuerte der Notleidende sein Automobil selbst, um abends gegen 9 Uhr noch einige notleidende Kohlenaktionäre von Weimar über Erfurt, Gotha, nach Eisenach zu kutschieren. Keum von dem Hotel weg, an der nächsten Straßenkreuzung fuhr der notleidende Autolenker bereits dem Kunstmalter Schulte aus Weimar den Schädel entgegen. Nach kurzem Aufenhalt brachte es der Rittergutsbesitzer und Kohlenbaron fertig, höchst eigenhändig seine Gesellschaft nach Eisenach zu fahren. Von dort aus leitete er dann der Staatsanwaltschaft in Weimar mit, daß er sich ihr zur Verfügung stelle.

Wie würde die bürgerliche Presse über die Verletzung der Arbeiter losziehen, wenn sich ein Angehöriger der Arbeiterklasse einer nur annähernd gleichen Handlungsweise schuldig machte. —

Gräbel—Walter.

In der erneuten Verhandlung des Prozesses Gräbel—Walter vor der Berufungsinstanz der Gothaer Landgericht ereignete sich ein heiterer Zwischenfall. Walter, der frühere Redakteur des „Gothaischen Tageblatts“, ist wegen Verleumdung des Kommerzienrats Gräbel, des Vorsitzenden des Thüringer Webervereins, vom Gothaer Schöffengericht zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden. In dem Urteil des Schöffengerichts heißt es, daß das Verhalten des Klägers Gräbel bei Leitung des Thüringer Webervereins „zu moralischem Bedenken mehr oder minder Anlaß gebe“. Hiergegen hat Gräbel Berufung eingelegt, so daß sich auch die Strafkammer mit der Angelegenheit zu befassen hatte. In der Verhandlung wurde wiederum ein umfassendes Bild des Wirlens des der agrarischen Partei angehörenden Herrn Gräbel entworfen. In seinem Schlußwort äußerte der Angeklagte Walter u. a. folgendes:

„Eine sehr angesehene und einflussreiche Persönlichkeit sprach sich seinerzeit auf Anfrage des gothaischen Staatsministeriums dagegen aus, daß Herr Gräbel der Kommerzienratstitel verliehen werde. Derselbe Persönlichkeit äußerte einmal im Kreise von Landtagsabgeordneten: „Den Gräbel, diesen Menschen, hoffe ich nicht bloß, den verachte ich!“ (Zwischenruf Gräbels: „Das war Ihr Freund!“)

Herr Gräbel schien auf den sozialdemokratischen Abgeordneten Bod anzuspielen. Walter: „Nein, Herr Gräbel, das war nicht mein Freund, sondern Herr Freund, mit dem Sie jetzt freundschaftliche Händedrucke wechseln. Es war der Landtagspräsident Liebetrau.“

Herr Gräbel lehnte sich erstaunt an seinen Stuhl und ließ die Arme sinken. —

Das Urteil in dem Prozeß, der im Herzogtum Gotha viel Staub aufgewirbelt hat, wird nächsten Sonnabend verkündet.

Reichstag.

32. Sitzung vom Donnerstag, den 18. April, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowski.

Die zweite Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern wird beim Kapitel Reichsgesundheitsamt fortgesetzt.

Abg. Prinz Schönaich-Carolath (nall.): In den Vertretern der Regierung, speziell den Mitgliedern des Reichsgesundheitsamts, etwas Näheres über die Versuche bekannt, welche von der Automobilindustrie zur Einschränkung der Dampf- und Staubentwicklung gemacht werden? Das Reichsgesundheitsamt mühte sich um diese Dinge ernstlich kümmern; es ist bereits dahin gekommen, daß man den Tiergarten und den Grunewald kaum noch als Erholungsstätten für die Bevölkerung bezeichnen kann. (Lebhafte Zustimmung auf vielen Seiten.)

Abg. Severing (Soz.):

Der Abgeordnete Fleischer forderte die Anstellung von Ärzten bei der Gewerbeinspektion. Um einer Legendenbildung vorzubeugen, stelle ich fest, daß die Sozialdemokraten schon seit 10 Jahren auf diese Notwendigkeit hingewiesen haben. Im November vorigen Jahres hat der Reichstag bereits eine von den Sozialdemokraten eingebrachte Resolution gegen wenige Stimmen angenommen, welche die

Einschränkung der Arbeitszeit in den Walz- und Hüttenwerken

forderte. Hierauf hat die Regierung erst am letzten Sonnabend etwas hören lassen. Der Staatssekretär für das Reichsamt des Innern erklärte nämlich, es liege die Absicht einer Enquete über die einschlägigen Verhältnisse in der Eisenindustrie vor; er habe sich deshalb an den preussischen Handelsminister gewandt und müsse abwarten, welchen Erfolg diese Enquete haben werde. Diese Antwort befriedigt und nicht. Wir fordern nicht Erhebungen, sondern Verordnungen zum Schutze der Arbeiter, die in den Walz- und Hüttenwerken beschäftigt sind. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber selbst wenn die Regierung meint, sie könne solche Verordnungen nicht ohne vorhergehende Erhebungen erlassen, ist es nach unserer Auffassung nicht angebracht, mit diesen Erhebungen das preussische Handelsministerium zu beauftragen; denn zu diesem haben die Arbeiter kein Vertrauen. Mindestens müßten die Erhebungen vom Beirat für Arbeiterstatistik angeleitet werden. Daß das preussische Handelsministerium kein Vertrauen verdient, hat ja auch der Staatssekretär Graf Posadowski am Sonnabend selbst bewiesen, als er uns mitteilte, daß der preussische Handelsminister ein Bedürfnis zur Regelung der Arbeitszeit durch einen Maximalarbeitszeitgesetz für Männer und Frauen nicht anerkennt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Will die Reichsregierung zuverlässiges Material über die Arbeitsverhältnisse in den Walz- und Hüttenwerken haben, so werden ihr die gesamten Arbeiterorganisationen, besonders der Deutsche Metallarbeiterverband, die tätige Mitwirkung zuteil werden lassen. Es handelt sich hier um eine Arbeiterschaft von über 1 1/2 Millionen, mit ihren Angehörigen um etwa 5 Millionen Deutsche, die in der Eisen- und Metallindustrie ihren Erwerb finden. Diese Tatsache beweist, wie wichtig der Schutz dieser Arbeiterschaft ist. Graf Posadowski sagte ja selbst einmal, daß die Größe der deutschen Industrie auf der Tüchtigkeit ihres Arbeiterstandes beruhe. Dann hat die Reichsregierung doch die Verpflichtung, für den Schutz der Arbeiterschaft einzutreten. Die Behauptungen des Unternehmers, daß die Industrie durch unsere soziale Gesetzgebung ganz unrentabel belastet werde, zerfallen bei näherem Zusehen in nichts. In 12 Hüttenwerken wurde im Jahre 1904 ein Reingewinn von 52 Millionen Mark, 1905 von 57 Millionen und 1906 gar von 70 Millionen Mark erzielt. Das Werk „rote Erde“ allein hatte in den Jahren von 1885/86 bis 1892/94 einen Reingewinn von 35 Millionen Mark und verteilte 212 Proz. Dividende, durchschnittlich also 23 1/2 Proz. im Jahr. Die Rentabilität dieser Werke läßt also sehr wohl nicht nur höhere Löhne, sondern auch einen höheren Schutz der Gesundheit der Arbeiter zu. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist doch charakteristisch, daß die Arbeiter von „rote Erde“ im vorigen Jahre in den Streit getreten sind, nicht sowohl um eine Lohnerhöhung durchzusetzen, sondern um eine Verlängerung der Mittagspausen, eine vierstündige Lohnzahlung und eine bessere Bezahlung der Sonntagarbeit zu verlangen. Nach den Angaben der Bergarbeitergenossenschaften in der Eisen- und Stahlindustrie finden wir

Arbeitsverdienste von 868 bis 1087 M. jährlich.

Bei den gesteigerten Preisen aller Lebensbedürfnisse reicht aber selbst ein verhältnismäßig hoher Arbeitsverdienst zur Führung einer guten Lebenshaltung nicht aus, wie unter anderem auch der bürgerliche Nationalökonom Dr. Ehrenberg ausdrücklich anerkannt hat. Daß übrigens die angeblich hohen Verdienste der Arbeiter in den Hüttenwerken nur durch eine ganz übermäßig lange Arbeitszeit zustande kommen, zeigt deutlich die vom Deutschen Metallarbeiterverband veranstaltete Enquete. Bei dieser Untersuchung ergab sich in 3 Werken eine Arbeitszeit von über 12 Stunden, in 12 Werken, das ist die übergroße Mehrzahl, eine solche von 12 Stunden, in 19 Werken eine Arbeitszeit von 11 Stunden, in 26 Werken eine 10stündige, in 21 Werken eine 9stündige Arbeitszeit und in nur 9 Werken eine Arbeitszeit von 8 Stunden. Nach den Ausführungen, die der Kollege Wiesberts neulich hier gemacht hat, kommen wöchentliche Arbeitszeiten von 100 bis 110 Stunden vor, und 24 Stunden Arbeit hintereinander, selbst

36stündige Arbeit ohne Unterbrechung

ist keine Seltenheit. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Unternehmer in der deutschen Metallindustrie kennen wir ja und wir wissen, daß sie keine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten lassen wollen. Um so mehr also muß die Gesetzgebung eingreifen, um die Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Möglichkeit der Verkürzung der Arbeitszeit ist ja auch an vielen Orten schon praktisch bewiesen; das zeigen die achtstündigen Schichten in Gasterwerken, das zeigen auch die Ausführungen reinbürgerlicher Sozialpolitiker. Die Herabsetzung der Arbeitszeit ist eine absolute Notwendigkeit, um die Gesundheit der Arbeiter in den Hütten- und Walzwerken zu schützen. Welche Degeneration der Arbeiter durch die übermäßig lange Arbeitszeit herbeigeführt wird, dafür geben uns auch bürgerliche Sozialpolitiker — ich nenne nur Dr. Stülch und Hasselbart — Beispiele in Hülle und Fülle. Auch

die Zahl der Unfälle

nimmt in erschreckendem Maße zu; so sind sie im Bezirk der Rheinisch-Westfälischen Stahlwerkgewerkschaft von 9,5 auf 15,2 pro 1000 gestiegen, im Bezirk der Rheinisch-Westfälischen Walzwerkberufsgenossenschaft sind die Unfälle von 17,863 im Jahre 1905 auf 19,404 im Jahre 1906 gestiegen. Wir fordern in unserer Resolution, daß zur Ueberwachung der Unfallverhütungsvorschriften in schärferer Weise eingewirkt wird und daß Arbeiterkontraktoren den Gewerbeinspektoren beigegeben werden. Wie richtig diese von uns schon seit Jahren erhobene Forderung ist, beweisen zahlreiche Berichte von Gewerbeinspektoren über die Mitwirkung von Arbeiterauschüssen.

Die Enquete des Metallarbeiterverbandes hat sich nicht nur auf die Arbeitszeit und die Unfallgefahr beschränkt, sondern ist auch auf die sanitären Einrichtungen ausgedehnt worden. Und auch da haben sich in bezug auf Feinigkeiten, auf Waschlöcher, auf Speiseräume, auf Ventilation der Arbeitsräume usw.

wahrhaft erschreckende Zustände

ergeben; kein einziges Werk entspricht in seinen Einrichtungen modernen, sanitären Anforderungen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter in diesen Werken sind auch sehr schlecht

organisiert, und das erklärt sich zu einem Teile daraus, daß von den Besitzern und Leitern der Werke der denkbar schärfste Terrorismus ausgeübt wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Für die geringfügigsten Vergehen sind hohe und willkürliche Strafen an der Tagesordnung.

Auch in den Metallschleifereien, zu denen ich mich nun wenden will, sind die Gesundheitsverhältnisse überaus schlecht. Auf Veranlassung des Reichsamts des Innern ist im Jahre 1906 eine Untersuchung darüber veranstaltet. Ich kann es nicht verstehen, daß die Reichsregierung sich daraufhin nicht entschließen will, allgemeine gültige Vorschriften über die sanitären Einrichtungen in den Schleifereien zu erlassen. Die Regierung hat zwar ein Schleifermerkblatt herausgegeben; um aber einen genügenden Schutz zu gewährleisten, ist das nicht genügend. Gewiß ist es geeignet, die Arbeiter über Krankheitsursachen und Vermeidung von Krankheiten aufzuklären, und in den Gewerkschaftsorganisationen wird alles getan, um das Merkblatt unter den Arbeitern zu verbreiten. Aber Merkblätter allein tun es nicht. Der Herr Vorredner hat mit Recht darauf hingewiesen, daß man darauf hinwirken muß, die Lungen gesund zu erhalten und daß deshalb die Staubentwässerung durch Automotile zu bekämpfen ist. Im vollsten Maße trifft dies aber auch auf die Arbeiter in den Schleifereien zu, und nur auf gesetzlichem Wege kann hier ein wirksamer Schutz erreicht werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der Presse wird zwar behauptet, daß die Gesundheitsverhältnisse in den Schleifereien besser geworden sind, doch ist das nicht richtig, wie namentlich auch die Berichte der Gewerbeinspektoren beweisen, von denen ebenfalls mehrere den Erlaß allgemeiner gültiger Vorschriften über die Einrichtungen in den Metallschleifereien verlangen. Die Berichte zeigen sogar, daß

die Gesundheitsverhältnisse der Schleifer

nicht besser, sondern schlechter geworden sind. Bei dem überaus häufigen Wechsel der Arbeiter in den Schleifereien kann übrigens gar nicht genau festgestellt werden, ob ihre Gesundheitsverhältnisse sich verbessert oder verschlechtert haben. Jedenfalls bedürfen die Verhältnisse hier sowie in den Hütten- und Walzwerken dringend der Verbesserung, und da die Unternehmer nichts tun wollen, so ist das Eingreifen der Reichsregierung notwendig.

In der Generaldebatte wurde von allen Seiten das Wohlwohlen für die Sozialpolitik betont. Wenn es Ihnen mit Ihren Ausführungen für ein einheitliches und freies Koalitionsrecht, über die Einführung des Maximalarbeitszeitgesetzes für Männer und Frauen, über einen wirksamen Schutz der Arbeiter gegen Unfallgefahr ernst ist, dann müssen Sie die Reichsregierung energisch zu gesetzlichem Einschreiten auffordern; das tun Sie, wenn Sie unsere Resolution annehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wattenberg (Z.): In letzter Zeit sind in Rheinland-Westfalen nicht weniger als 21 Todesfälle an Genickstarre vorgekommen. Im Interesse unserer Bergarbeiterbevölkerung wäre dringend erwünscht, wenn eine Spezialkommission ernannt würde, die an Ort und Stelle die Krankheit erforscht. Hoffentlich bringen uns die Fortschritte der medizinischen Wissenschaft bald Aufklärung über die vorhergehende Ursache. (Bravo!)

Abg. Korfanty (Poie) bringt die Arbeitsverhältnisse in den oberflächlichen Gruben zur Sprache, in denen die Unfallverhütungsvorschriften so gut wie gar nicht beachtet werden.

Abg. Voelfel (Rp.) befürwortet, daß die jungen Mediziner einen Teil ihrer Vorbildungszeit bei praktischen Ärzten zubringen sollten. Redner tritt für die Wohnungsreform als Grundlage der Gesundheit des Familienlebens ein.

Abg. Dr. Rugdan (fr. Rp.) tritt für die reichsgesetzliche Krankenversicherung ein. Auch das Gebammern bedürfe reichsgesetzlicher Regelung. Die Kindersterblichkeit sei ständig im Steigen. Das ganze Medizinischsystem im Reiche leide unter der Einflußlosigkeit des Reichsgesundheitsamtes und der Vermischung von Verwaltung und Wissenschaft in ihm. Eine wirkliche Bekämpfung der Seuchen durch 25 Bundesregierungen ist unmöglich. (Beifall links.)

Staatssekretär Graf Posadowski:

Für die Wohnungsfürsorge ist von mehreren Seiten die Unterstützung gemeinnütziger Bauunternehmungen gefordert worden. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Landesversicherungsanstalten schon jetzt das Recht haben, ein Viertel ihres Vermögens in nicht mündelbaren Unternehmen für humanitäre Zwecke anzulegen, mit Zustimmung der Kommunalverwaltungen, die für die Leistungen der Invalidenversicherung haftpflichtig sind, sogar die Hälfte. Das Vermögen der Landesversicherungsanstalten beträgt zurzeit 1138 Millionen. 145 Millionen davon sind zur Unterstützung gemeinnütziger Bauten ausgegeben worden. Die Invalidenversicherungsanstalten nutzen also ihre Fonds sehr vernünftig aus und haben noch sehr bedeutende Summen zu ihrer Verfügung. Zur Unterstützung gemeinnütziger Bauunternehmungen hat das Reich allein bis zum Jahre 1906 25 Millionen aufgebracht. Einwohnerrhäuser zu unterstützen, entspricht nicht unseren Absichten; diese Einbauten können zu leicht spekulativen Zwecken dienen. In bezug auf die Forderungen eines Reichswohnungsgesetzes stehe ich auf dem alten Standpunkt, daß wir die Erfahrungen des größten Bundesstaats Preußens mit seinem großen Verwaltungsapparat abwarten müssen. Vor einigen Jahren ist ja dort das Projekt eines Wohnungsgesetzes vorgelegt worden. Die weit das gesetzgeberische Vorgehen jetzt geschieht ist, weiß ich nicht, jedenfalls müssen wir erst das preussische Wohnungsgesetz abwarten, ehe wir im Reiche ähnliche Maßregeln treffen! Der Wunsch, daß auch die Beamten und Arbeiter der Militärverhältnisse mit Staatsbeihilfe Bauunternehmungen gründen möchten, steht unmittelbar vor seiner Erfüllung.

Ein paar Worte zu den Anregungen des Prinzen Carolath.

Der wachsende Automobilverkehr

bringt in der Tat auch gewisse Belästigungen des Publikums, namentlich auch in sanitärer Beziehung, mit sich. (Zeilweises Sehr wahr!) Andererseits ist das Automobil auch ein sehr nützliches Kulturinstrument, und keine Polizeiverordnung könnte die Entwicklung des Kraftfahrzeuges aufhalten. Gerade weil aber diese Verkehrsmaschine eine große Zukunft hat, weil wir erst am Anfang ihrer Verwendung — namentlich für gewerbliche Zwecke, für die Beförderung von Lasten und für landwirtschaftliche Zwecke — stehen (von den 27 000 Automobilen dienen jetzt 25 815 der Personenbeförderung, davon 89 Prozent ausschließlich Sport- und Vergnügungszwecke), wäre es sehr gut, wenn die Maschinenfabriken ihr Augenmerk darauf richteten, die Nachteile der großen Rauchentwicklung im Interesse des großen Publikums möglichst abzufschwächen.

Die neuen Verordnungen für die Metallschleifereien

beruhen auf den Erhebungen des preussischen Handelsministers. Für die gesundheitschädlichen Metallschleifereien sind auf Grund dieser Erhebungen in den Regierungsbezirken Arnberg, Düsseldorf und Aachen Provinzialverordnungen erlassen worden. Da sie sich außerordentlich bewährt haben, habe ich mich auch an die übrigen Bundesregierungen mit der Bitte gewandt, überall, wo Metallschleifereien in größerem Umfange in Frage kommen, diese Verordnung zu erlassen. In gewissen Schleifereien ist das Abfegen des Staubes leider technisch noch nicht möglich.

Weiter ist geklagt worden über die Gesundheitschädigungen der Arbeiter in den Bleihütten. Im Jahre 1906 ist aber für diese eine neue Bundesratsverordnung erlassen worden; über ihre Erfolge fehlt es noch an Nachrichten.

Ein Fürsorgegesetz, das die Wünsche des Abgeordneten Dr. Rugdan für die Versicherung der Krankenpfleger berücksichtigt, ist in Vorbereitung; die Verhandlungen darüber zwischen Preußen und dem Reichsamt des Innern sind im Gange. Die Wünsche des Abgeordneten Dr. Rugdan auf anderweitige Befestigung des Reichs-

gesundheitsamts sind allerdings mit guten Gründen belegt, würden doch aber, wenn sie ausgeführt würden, einen stark unitarischen Charakter tragen. Die Ausführung der Gesetze und die praktische Verwaltung muß doch verfassungsgemäß dem Reichsgesundheitsamt überlassen bleiben. Eine Behörde neben dem Reichsgesundheitsamt, die gleichzeitig Verwaltungsbefugnisse im Sanitätswesen hätte, wie sie der Abgeordnete Dr. Rugdan zur wirksameren Bekämpfung der Krankheiten wünscht, wäre ein Eingriff in die Zuständigkeit der Einzelstaaten.

Die Bekämpfung der Genickstarre macht außerordentliche Schwierigkeiten, weil auch gesunde Menschen Träger des Krankheitsbazillus sein können, die Ansteckungsfähigkeit aber erst festgestellt werden kann, wenn der gesunde Mensch erkrankt ist. Dann erst lassen sich die nötigen Abwehrmaßnahmen vornehmen. Die Genickstarre ist in das Reichsgesetz zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Krankheiten leider nicht aufgenommen worden, doch verfährt Preußen nach diesem Gesetz. Die Anregung auf Berufung einer Spezialkommission zur Erforschung und Bekämpfung der Genickstarre werde ich sofort dem preussischen Herrn Minister für die Medizinalangelegenheiten mitteilen.

Damit glaube ich auf alle in der Debatte gegebenen Anregungen eingegangen zu sein. (Beifall.)

Abg. Bindewald (Ant.): Die Landwirte in Oberhessen klagen darüber, daß durch die Bestimmungen des Viehseuchengesetzes es ihnen unmöglich gemacht ist, überhaupt noch Schafe zu halten und zu züchten; sie erleiden dadurch ganz außerordentlichen Schaden. Das Zurückgehen der Schafbestände ist sehr bedauerlich, weil das Schaf ein sehr genügsames Tier ist. (Große Heiterkeit.)

Ein Regierungskommissar: Der Rückgang der Schafbestände hat wohl andere Ursachen, als der Vorredner annimmt. Die Schafzucht ist seit der Einführung des Viehseuchengesetzes erheblich zurückgegangen.

Abg. Hengsbach (Soz.):

Bereits am 17. Februar vorigen Jahres hat Graf Posadowski meinem Parteifreunde Que hier geantwortet, das Reichsgesundheitsamt verfolge die Genickstarre mit der größten Aufmerksamkeit, und er werde die gegebenen Anregungen dem preussischen Minister für Medizinalangelegenheiten mitteilen. Seitdem ist die Krankheit erheblich weiter geschritten, und es ist erklärlich, daß die Bevölkerung in den Bergwerksdistrikten immer unruhiger wird und wünscht, daß irgend etwas geschieht, um der Krankheit Einhalt zu tun. Den Krankheitsreger hat man gefunden, aber sonst ist nichts geschehen, was ihr Einhalt gebieten könnte; man steht hier noch ziemlich ungelöstem Rätseln gegenüber. Kürzlich ist ein Merkblatt herausgegeben, das auch der sozialistischen Presse beigelegt wurde; darin wird betont, daß das schlechte Lüften der Wohnungen der Genickstarre in erheblichem Maße Vorjudub leiste. Das ist wohl richtig. Deshalb müßten aber auch die Bau- und Gesundheitspolizei viel energischer einschreiten, als es bisher geschehen ist. Aber freilich, den Herrschern des Ruhrgebietes gegenüber, den Herren Thyssen und Stinnes gegenüber, wendet man die bestehenden Baupolizeivorschriften nicht an. Wer glaubt, diese Herren würden mit demselben Maße gemessen wie andere, hat einen Köhlerglauben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Fortgesetzt kommen Klagen aus dem Königreich Thyssen, die ein geradezu grauenerregendes Bild zeigen. In den Kolonienwohnungen werden die Krankheitsherde geradezu künstlich erzeugt. Freilich sind für jede Familie 4 Zimmer vorgesehen, aber sie werden stets von 2 Familien bewohnt, die noch Vorgänger hinzunehmen! Zu diesen Einschränkungen zwingt den Bergmann einerseits der Umstand, daß er mit den sogenannten hohen Löhnen nicht auskommen kann, andererseits liegt die Ursache in der großen Wohnungsnot. Die Zuwanderung in das Reich der Industriekönige ist ja eine ganz enorme und wird durch gewissenlose Agenten noch künstlich gesteigert. Die Bergwerksleitungen wissen sehr wohl, daß die Abhängigkeit der Arbeiter in den Kolonienwohnungen größer ist, und deshalb werden Wohnungen in aller Eile gebaut, wobei alle sanitären Begriffe dort außer Acht gelassen sind. Die Leute gehen hinein, wenn die Hände noch nicht verpudert sind, und beschaffen sich mit dem einen Raum, während der andere verpudert wird. Oft fehlt noch die Treppe, und mit Leitern müssen sie ein- und aussteigen. Daß derartige im Herbst bezogene Wohnungen im Winter nicht austrocknen können, liegt auf der Hand, um so weniger als die Straßen ringsherum einen wahren Morast darstellen. Da findet man Mober, Pilze, Schimmel, von den Türen und Wänden herunterlaufendes Wasser die Merkmale solcher wie Pilze aus dem Boden geschossenen

Sekundenkolonienwohnungen.

Daß hierunter der Körper der Bewohner leiden muß, ist ganz selbstverständlich. Was soll man z. B. sagen, wenn in einem Quartier mehrere 100 Bewohner über ein Viertel Jahr ohne einen Abort sich begnügen müssen! Es war das auf der Höhe „Deutscher Kaiser“ des Herrn Thyssen! Aber da regt sich keine Staatsgewalt, keine Stadtverwaltung, keine Polizei. Und kein Staatsanwalt erhebt Anklage. Selbst die Ärzte scheinen diese Zustände zu übersehen oder zu übersehen. (Heiterkeit.) Nach dem Was z um braucht man nicht zu fragen; man braucht nur den Namen Thyssen auszusprechen, und man hat die Antwort. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Industriekönige würden es sich schon verbiten, wenn man irgendwie gegen sie einschreiten würde, um ihren dreimal gefälligen Profit zu beschneiden. Die gefährdeten gesundheitsgefährliche Quartiere werden besonders von einem Bauunternehmer ausgeübt, der ein Millionär ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Durch richtiges Austrocknen der Wohnung würde ja ein Jinsverlust entstehen, und das darf unsoferniger der Fall sein, als in diesen Wohnungen das italienische Lumpenproletariat haust, diese bedürfnislosen Ausländer, die als willige Schutztruppe des Unternehmers ins Land geholt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schmutz, Mober, Alkoholduft lassen den Eintretenden vor diesen Peißhöhlen zurückschrecken. Ebenso sieht es in den Massenquartieren der siebenbürgischen Arbeiter aus. Bei polizeilichen Revisionen verachtet man den Beamten nicht recht, und alzu sehr ist es jetzt ja auch die Polizei gegen die Unternehmer nicht vor; sie macht gern beide Augen zu. Als Gegenstück freilich muß ich erwähnen, daß ein Parteigenosse von mir, der von einer Dreizimmerwohnung ein Zimmer abvermieten wollte, sofort mit einem polizeilichen Strafmandat bedacht wurde! Im Gebiete der Ruhrgeviertlichen wird diese ungleiche Behandlung als etwas ganz Selbstverständliches betrachtet. Die gefährdeten Zustände sind nicht etwa Ausnahmefälle. Hier sollte es Aufgabe des Reichsgesundheitsamtes sein, mit eisernem Besen Rastete zu halten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schon im vorigen Jahre wurde von meinem Parteifreunde angezogen, das Bakteriologische Institut in Selsenfäden auf den Reichsrat zu übernehmen, da dieses Institut im öffentlichen sanitären Interesse mit bestem Erfolge arbeite. Gleichzeitig wäre zu empfehlen, in einer Anzahl von Orten Unterstationen dieses Instituts zu errichten. Der Staatssekretär Graf Posadowski hat damals erklärt, daß es sich hierbei lediglich um eine preussische Einrichtung handelt und es dem preussischen Minister für Medizinalangelegenheiten überlassen bleiben müsse, das Institut auf seinen Etat zu übernehmen. Das ist die alte Geschichte, die wir auch heute wieder gehört haben: nicht wir, sondern Preußen hat die Aufgabe! — Auch im vorigen Jahre wurden wir auf die Lösung der Aufgabe durch Preußen verwiesen.

Die Krankheit ist also weiter geschritten. Der preussische Minister hat augenscheinlich in dieser Sache nichts getan. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wäre Preußen in der Welt auch nur halbwegs voran, so bräuheten wir heute nicht in dieser Frage dieselben Maßnahmen wieder von neuem vorzubringen, dann wären diese Verhältnisse längst geregelt. Gerade einer solchen gewaltigen Seuche gegenüber muß energisches Vorgehen der maßgebenden Faktoren gefordert werden. Handelt es sich hier doch um die Gesundheit aller Volksgenossen. Selbst den Unternehmern sängt

Die Sache steht schon am etwas beenglich zu werden, wie ein Artikel der Rheinisch-Westfälischen Zeitung" beweist. Auch sie fordern nicht mit Unrecht, daß etwas geschehen müsse. Ich bin überzeugt, daß eine große Mehrheit des Hauses gern bereit ist, die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Um so größer ist die Verantwortung der Regierung, wenn nichts unternommen wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wird ein Schlußantrag von Normann (L.), Müller-Weinigen (fr. Vp.), Wassermann (natl.), Graf von Homburg (Z.) angenommen.

Abg. Kopp (natl.) bezieht sich auf die Geschäftsordnung mit erheblicher Stimme, daß es ihm auf diese Weise unmöglich gemacht werde, die Behauptung des Abgeordneten Köhler zurückzuweisen, daß die Fleischpreise nicht mit den Viehpreisen entsprechend herabgegangen wären. Er werde das bei anderer Gelegenheit nachholen. (Große Heiterkeit.)

Es folgt die Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen. Die Resolution Baumann u. Gen. (Z.), welche möglichst noch in dieser Session eine Revision des Weingesetzes verlangt, wird gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen.

Eine Resolution Brandys (Pole) u. Gen. auf Bekanntmachung der Unfallverhütungsvorschriften in Bergwerken usw. in der Muttersprache der betr. Arbeiter wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Polen und des Abgeordneten Neumann-Hofer (fr. Vg.) abgelehnt.

Einstimmig angenommen wird die Resolution Dr. Jäger (Z.) auf Vorlage eines Reichswohnungsgesetzes.

Eine Resolution Giesberts u. Gen. (Z.), wonach der Reichsanwalt erlaubt werden soll, erstens durch den Verzicht für Arbeiterverhältnisse in den Berg- und Hüttenwerken, zweitens auf Grund der Ergebnisse dieser Untersuchungen entsprechende Verordnungen zum Schutze dieser Arbeiter zu erlassen, wird in ihrem ersten Teile einstimmig, im zweiten Teile gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Eine Resolution Albrecht (Soz.) u. Gen., die Verordnungen zum Schutze der in Berg-, Hüttenwerken und Metallschmelzereien beschäftigten Arbeiter verlangt, und eine dieselbe Materie behandelnde Resolution Brandys u. Gen. (Pole), welche außerdem einen Gesetzentwurf verlangt, wodurch für die Arbeiter der erwähnten Betriebe nach dem Muster der Bergknappschafts-Versicherungsvereine gesichert werden, finden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Nationalliberalen Annahme.

Beim Kapitel „Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft" regen die Abg. Dr. Arendt (Vp.) und Fuhmann (natl.) die Errichtung einer Reichsanstalt für Züchtungsversuche an.

Staatssekretär Graf Posadowski erklärt, das liege noch in weiter Ferne und solle besser den Einzelstaaten überlassen bleiben.

Es folgt das Kapitel „Patentamt".

Abg. Fund (natl.): Wir haben schon vor mehreren Jahren eine Revision des Patentgesetzes beantragt; sie unterliegt jetzt der Beratung einer Kommission, die der Deutsche Verein zum Schutze des gewerblichen Eigentums eingeseht hat. Vor allem sollte die bevorstehende Revision die übermäßig hohen Patentgebühren herabsetzen. Eine solche Herabsetzung der Gebühren liegt im Interesse des gewerblichen Mittelstandes, der heute gar keine Patente wegen der zu hohen Gebühren erlangen kann. Eine gewisse Höhe der Gebühren muß allerdings aufrecht erhalten bleiben, damit nicht unnütze Patente aufgenommen werden.

Abg. Bursage (Z.) spricht sich unter Bezugnahme auf das bekannte Buch von Arwed Nitzgen „Patentgesetzgebung und Erfinderschicksale" ebenfalls für eine Herabsetzung der Patentgebühren aus. In Frankreich und Amerika sind die Gebühren viel geringer. In Amerika nur 147 M. für 17 Jahre, bei uns dagegen 5300 M. für 15 Jahre. Ganz unbillig ist der Zustand, daß die Angestellten ihre Erfindungen unentgeltlich der Firma überlassen müssen.

Abg. Dr. Kollhoff (fr. Vg.) bittet, die Reform des Patentgesetzes möglichst zu beschleunigen. Wenn in den Verträgen mit den Angestellten sich direkt Bestimmungen finden, die mit den guten Sitten nicht vereinbar sind, sollten die Angestellten solche Verträge nicht unterschreiben.

Staatssekretär Graf Posadowski: Das Patentgesetz wie das Patentreibergesetz bedürfen der Abänderung. Vorarbeiten sind im Gange; in der nächsten Session wird aber jedenfalls das neue Gesetz noch nicht vorgelegt werden können. Die Frage der Patentgebühren soll auf Grund der Anregungen aus dem Hause ebenfalls geprüft werden.

Das Kapitel wird bewilligt. Es folgt das Kapitel

Reichsversicherungsamt.

Abg. Becker (Z.): Die Zahl der Unfälle ist im letzten Jahre zwar nicht gestiegen, aber die Unfallhäufigkeit ist noch immer viel zu groß. Die Versicherungsgesellschaften geben noch viel zu wenig für die Unfallversicherung aus, insbesondere die landwirtschaftlichen. 48 landwirtschaftliche Versicherungsgesellschaften hatten nur 15 Aufsichtsbereame. Man klagt so viel über die Kosten der Versicherung für die Unternehmer. Ich gebe zu, daß für manche kleine Unternehmer diese Kosten recht drückend sein mögen, aber man sollte doch freimütig so weit gehen, das Unfallversicherungsgesetz noch zu verschärfen. Der ökonomische landwirtschaftliche Zentralverein ist aber in dieser Richtung bereits so weit gegangen, die Nichtzahlung der Renten unter 30% Prozent zu verlangen! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das Zentrum auch!) Das ist bereits von dieser Stelle aus so zurückgewiesen, daß man unserer Partei diesen Vorwurf nicht mehr machen sollte. — Das Rentensetzstellungsverfahren ist immer noch sehr langsam. Ein Arbeiter mußte drei Viertel Jahre auf einen Bescheid warten. (Hört! hört!) In diesem Jahre soll wieder eine Unfallzählung stattfinden; die letzte wurde im Jahre 1897 vorgenommen. Es wäre wünschenswert, daß die Zählungen häufiger stattfinden und auf den Zahlarten auch nach den Ursachen der Unfälle gefragt wird. In der Rentenprüfung geht man doch etwas zu weit; das führt nicht dazu, die Freude an der sozialen Versicherung unter den Arbeitern zu haben. Leider werden die Vorteile der Rentenversicherung bei der Verheiratung noch nicht genügend erkannt. Die Ständebeamten sollten veranlaßt werden, auf diese Vorteile hinzuweisen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Rugban (fr. Vp.): Von der Uebernahme des Seilverfahrens berichtet man sich meines Erachtens zu viel für die Versicherungsgesellschaften. Bezüglich der Vertrauensbürgen für die Schiedsgerichte wird häufig inoffiziell gefordert, als fast gewohnheitsmäßig in manchen Bezirken die Vorschläge der ärztlichen Ständevereinigungen nicht beachtet werden. Der Staatssekretär klagte über ungenügende Vorbereitungen der Anträge auf Renten in den unteren Instanzen; das sind Mängel, die im Gesetz selbst begründet sind. Ein großer Mangel ist, daß der Begriff der Erwerbsunfähigkeit in der Invaliden- und in der Unfallversicherung ein verschiedener ist. Was den Unterricht der Studierenden der Provinz in der Gewerbelehre und der Arbeiterversicherung betrifft, so ist es bezeichnend, daß die deutschen Regierungen dies nicht für selbstverständlich halten, sondern Anfragen darüber bei den Fakultäten veranlassen. Es ist eben ein sehr großer Mangel, daß beim Reichsversicherungsamt nicht auch Ärzte tätig sind. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Zur schnelleren Rechtsprechung, die gerade bei der Arbeiterversicherung sehr notwendig ist, würde es beitragen, wenn die Zahl der Mitwirkenden in jedem Senat erheblich eingeschränkt würde. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Renner (natl.) regt an, daß bei kleinen Unfällen häufiger von der Kapitalabfindung Gebrauch gemacht werde.

Abg. Dr. Jäger (Z.) auf der Tribüne unverständlich, begründet eine Resolution, die Invalidenversicherungsanstalten mehr als bisher für die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der minderbemittelten Volksklassen nutzbar zu machen.

Das Kapitel wird bewilligt. Die Resolution des Zentrums wird angenommen.

Nach unwesentlicher Debatte werden die Kapitel Psychiatrisch-technische Reichsanstalt und Kanalamt bewilligt. Ein Verlagsantrag findet nicht die geschäfts-

ordnungsmäßige Unterstützung von 5 Mitgliedern — es sind kaum 40 Mitglieder im ganzen anwesend — nur die Sozialdemokraten erheben sich für die Vertagung.

Beim Kapitel „Aufsichtsamt für Privat-Versicherung" bemerkt

Abg. Que (Soz.) er werde die wichtige Frage, wie weit die Feuerversicherungsanstalten für derartige Katastrophen wie die Koblenz-Explosion in St. Annen haften müssen, bei der dritten Lesung zur Sprache bringen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Nach unwesentlicher Debatte wird der übrige Teil des Ordinarius und ein Teil des Extraordinarius bewilligt.

Vor der Vertagung der Forderung der letzten Rate zum Ausbau der Hohenloheburg beantragen die Freisinnigen die Vertagung.

Der Antrag wird nicht genügend unterstützt.

Abg. v. Rühlmann (L.): Ich bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Abg. Dr. Spahn (Z.): Ein solcher Zweifel ist nur vor einer Beschlußfassung zulässig. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Vizepräsident Koenig: Diese Auffassung ist zutreffend. Wir gehen weiter.

Abg. Emmel (Soz.) begründet den ablehnenden Standpunkt der Sozialdemokratie zu der Forderung.

Staatssekretär Graf Posadowski bittet um Bewilligung der Forderung, desgleichen Abg. Hoesel (Vp.)

Abg. Auleroff (Pole) wendet sich gegen die Bewilligung.

Vor der Abstimmung bezweifelt Abg. Dr. Müller-Weinigen (fr. Vp.) die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Das Bureau schließt sich dem Zweifel an. (Rufe aus dem Zentrum: Es ist freisinnig!)

Vizepräsident Koenig: Die nächste Sitzung findet Freitag um 1 Uhr statt.

Fortsetzung der Staatsberatung.

Schluß 9 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

46. Sitzung vom Donnerstag, den 18. April 1907, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Abg. v. Rheinbaben.

Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt.

Beim Etat der Staatsfinanzenverwaltung führt

Finanzminister Abg. v. Rheinbaben aus: Ich halte mich für verpflichtet, sofort Auskunft zu erteilen über das Ergebnis der vor-

gestern abgeschlossenen Finanzoperation zwischen dem Reich und Preußen. Jeder von beiden bedarf 200 Millionen. Im Reich ist

das Bedürfnis hervorgerufen durch die Umwandlung der unverzinslichen Schatzanweisungen und durch die Anforderungen von Marine,

Heer und Postverwaltung, in Preußen durch Eisenbahn- und Kanalbauten. Bei der Deckung dieses Bedarfs durften die un-

günstigen Erfahrungen bei Aufnahme der letzten Anleihen nicht unberücksichtigt bleiben. Wenn ich früher auf die ungenügende

Wertung unserer heimischen Staatsanleihen hinwies, hatte ich den Eindruck, als betrachte man dies als ein Spezialergänzen des

Finanzministers. Bei unseren Staatsanleihen haben aber Tausende aus mittleren und unteren Kreisen der Bevölkerung ihr Geld

verloren. (Sehr richtig!) Dadurch ist eine Abneigung gegen die Staats-

anleihen hervorgerufen, die im Ernstfalle von einer gar nicht genug zu schätzenden Tragweite sein kann. Darin muß ein Wandel

eintreten. In England und Frankreich hat es in den letzten Jahr-

zehnten so gut wie gar keine öffentlichen Anleihen gegeben. Wenn

dort der Stand der Staatspapiere unendlich viel günstiger ist als

bei uns, so ist das in erster Linie darauf zurückzuführen, daß dort

große öffentliche Reserven geschaffen sind, die den Bedarf des Staates aufnehmen. In England und Frankreich geht

der ganze Ueberfluß der Sparkassen in den Staatsfonds. Nicht

von Alleen ist uns. Der Sparkassengesamtvermögen ist aus Rücksichten

gefallen, die ich nicht für maßgebend halte; das öffentliche Interesse

sollte im Vordergrund stehen. Ich hoffe, die Sparkassen werden

nicht erst durch Schanden klug werden. Zu diesen allgemeinen Ursachen

des ungünstigen Standes der Staatspapiere kommt dann noch die Ver-

steifung des Geldmarktes durch die Inanspruchnahme unserer Mittel

durch die Industrie und die Bautätigkeit, die das Publikum den minder

hochverzinslichen Staatspapieren noch mehr absperrig gemacht hat.

Daher mußte es als ausgelassen angesehen werden, gegenwärtig

wieder mit einer 3/4-Proz.-Anleihe an den Markt heranzutreten; sie

hätte daselbe Schicksal erlitten wie die vorjährige. Wären wir zu

einer 4-Proz.-Anleihe übergegangen, so hätte das den Kurs

unserer 3/4- und 5-Proz.-Papiere sehr ungünstig beeinflusst. (Sehr

richtig!) und es würden in die Detourne auch die Kommunalpapiere

und landwirtschaftlichen Papiere hineingezogen. (Sehr richtig!) Die

Wahl dieses Typus würde auch als ein Zeichen wirtschaftlicher

Schwäche angesehen werden, was wir vermeiden müssen. Ein Papier

von der inneren Qualität der preussischen Staatspapiere muß einen

niedrigeren Zinssatz haben. Deshalb haben wir den richtigen

Ausweg gewählt, zu Schatzanweisungen — also einer

momentanen Übergangs- — zu 4 Proz., die fünf Jahre fest

verzinslich sind, überzugehen. Ich hoffe, daß wir dadurch die

notigen Mittel beschaffen und andererseits das Publikum vor Ver-

lusten bewahren.

Abg. v. Deydbrand u. d. Pasa (konf.) erklärt, daß seine Freunde

bei der dritten Lesung des Etats des Finanzministeriums auf diese

Sache zurückkommen werden.

Abg. Kreiling (fr. Vp.) macht darauf aufmerksam, daß der

auf Grund des Gesetzes vom 3. Mai 1903 geschaffene Ausgleichs-

fonds von 200 Millionen sich auf 142 331 888 M. beziffere. Da das

letzte Rechnungsjahr wieder mit einem erheblichen Ueberschuß

abgeschlossen, dürfte die Gefahr der Erhöhung der Einkommensteuer

beseitigt sein.

Der Etat der Münzverwaltung wird bewilligt, ebenso

die Etats der Staatsarchiv-, des Geheimen Zivil-

kabinetts und des Kriegsministeriums.

Es folgt die Beratung des Bauestats. Zunächst findet die

Besprechung der Frage der Schiffsabgaben statt.

Abg. v. Pappenheim (L.): Nach der Erklärung des Ministers

in der Kommission ist die Frage der Schiffsabgaben für Preußen

gelöst. Die Schiffsahrt soll gar nicht belastet werden, denn die

Einnahmen sollen ihr wieder zugute kommen.

Minister Breitenbach: Ich freue mich, daß der Herr Vorredner

diese so heiß umstrittene Frage in so sachlicher Weise behandelt hat.

Ich kann mich im wesentlichen mit seinen Ausführungen einver-

standen erklären. Es ist eine Legende, daß die Eisenbahnverwal-

tung für die Erhebung von Schiffsabgaben eintritt, damit der

Verkehr mehr die Eisenbahnen benutze.

Abg. Pfabend (fr. Vp.): Wir halten nach wie vor die Er-

hebung von Schiffsabgaben für unvereinbar mit dem Artikel 54.

Trotz aller spitzfindigen Auslegungen sind wir der Ansicht, daß nur

herrlichkeit der Einzelstaaten sei. Es ist nicht zweifelhaft, daß die Abschaffung der Schiffsabgaben seinerzeit vor allem erfolgte, um moralische Eroberungen in Süddeutschland zu machen. Der Satz von 0,04 M. pro Tonnenkilometer wird zu einer ganz erheblichen Belastung des Verkehrs führen. (Beifall links.)

Abg. Borker (fr.): Die Zustimmung des Abgeordneten Braemel wird die Staatsregierung wohl niemals finden. (Sehr richtig! rechts.) In einer in Mannheim abgehaltenen Protestversammlung gegen die Einführung von Schiffsabgaben hat Professor Gothein gemeint, die Schiffsahrt auf dem Rhein werde durch Abgaben bedroht. Davon kann doch aber nicht gesprochen werden angesichts der kleinen Gebühren, die geplant sind.

Minister Breitenbach: Der § 10 ist in das Kanalgesetz aufgenommen, und damit ist die Sache für Preußen erledigt. (Zustimmung rechts, Unruhe links.) Wie die Sache im Reich erledigt wird, zu erwägen, wird meine Sache sein. Der Abgeordnete Pfabend hat eine Bemerkung gegen einen meiner Beamten gemacht. Ich erwidere darauf, daß sich in der Frage, die hier zur Beratung steht, die Gelehrten durchaus nicht einig sind und daß ich deshalb die Bestimmungen der Reichsverfassung für Interpretierungsbedürftig halte.

Abg. v. Pappenheim (L.) verweist sich gegen den Vorwurf, antichristliche Zustände herbeizuführen zu wollen.

Damit schließt die Beratung. Die weitere Beratung des Bauestats wird auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Schluß: 3 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Wahlprüfungskommission. Nach Aufrechnung der nach den Beschlüssen der Kommission eventuell dem Abgeordneten Schläter abzugeliehenden Stimmen würde demselben noch eine Mehrheit von 61 verbleiben, weshalb die Majorität der Kommission beschloß, die Wahl für gültig zu erklären.

Der Zentrumsabgeordnete Mayer (Wahlkreis Pfalzkirchen) ist mit 18 Stimmen Mehrheit gewählt. Gegen die Wahl ist Protest eingelegt vom Bayerischen Bauernbund. Eine Anzahl von behaupteten Verdächtigungen wurde von der Kommission für erheblich befunden und darum beschloßen, die Wahl zu beanstanden und Beweis-erhebungen zu beantragen.

Gegen die Wahl des Abgeordneten v. Steinäcker (Wahlkreis Rands-Werfenhagen) war moniert worden, daß die Erklärung des Abgeordneten über die Annahme der Wahl bei den Wählerlisten fehle. Gelesen wurde in der Kommission die Erklärung präsentiert und verlesen, die rechtzeitig von dem Abgeordneten abgegeben, aber von der Behörde aus unbekanntem Grunde zurückbehalten worden ist. Die Wahl wurde nunmehr für gültig erklärt.

Aus der Budgetkommission.

(Sitzung vom 18. April.)

Die Auseinandersetzung über die Kolonialarmee, die sich zunächst zu einer Debatte über Kolonialpolitik überhaupt, nimmt noch die ganze heutige Sitzung in Anspruch. Abg. Spahn ist gegen die militärische Reorganisation; er hält es nicht für notwendig, daß so viele Soldaten draußen in den Kolonien sind, und bringt den Begründungen der Regierung in dieser Hinsicht großes Mißtrauen entgegen: sie habe für alles Gründe bei der Hand, wenn sich diese auch später als durchaus unsichrig erweisen. Südwestafrika sei der dünnstbevölkerte Teil der Erde — (Sturz derwest protestierend auf Grönland! Große Heiterkeit), weshalb es auffallend sei, so hohe Summen für militärischen Schutz aufzuwenden. Er wolle aber den Wert der Kolonien nicht bestreiten und hält sie für entwickelungsfähig. Zum Schluß nimmt Spahn die Firma Börmann sehr warm in Schutz!

Kolonialdirektor Dernburg knüpft an die letzten Ausführungen an und teilt mit, daß die Verträge mit Börmann einem Schiedsgericht, dem der hanseatische Oberlandesgerichtspräsident vorsieht, unterbreitet seien. Er schätze Börmann auch, aber er mache auch darauf aufmerksam, daß die Firma in dem Verträge, die erste Firma der Welt zu sein, sich übernommen habe und sich dann an die Amerika-Linie um Hilfe wenden möchte. Es sei jedenfalls nicht gut, wenn die Regierung keine Auswahl unter den Gesellschaften habe, mit denen sie Verträge abschließen muß. Was den Wert der Kolonien anlangt, so werde er

die Grundlagen seiner Inventuraufnahme morgen zur Stelle schaffen. Der von Spahn gewünschte Plan der militärischen Entwicklung sei einfach: im selben Maße wie die Wohnbevölkerung zunehme, könne die Schutztruppe aufgelöst werden und an ihre Stelle könnten Polizeitruppen treten.

v. Rühlmann spricht sich für die Regierungsvorlage aus, bemerkt aber, daß er zunächst nur für seine Person spreche; die Stellungnahme seiner Partei bleibe vorbehalten. — General Krinow und Oberstleutnant Quade geben noch Auskunft über Einzelheiten. Legieret bemerkt, daß Polizeitruppe und Schutztruppe gar nichts miteinander zu tun haben. Die Polizeitruppe stehe völlig unter der Zivilverwaltung, die Schutztruppe unter der Militärverwaltung.

Rebel wendet sich zunächst gegen Spahns auffälligen Versuch, Börmann zu rehabilitieren. Die Ausführungen Spahns stehen im schroffen Gegensatz zu den Äußerungen seiner Parteigenossen im Plenum. Was sei denn der Grund der Angriffe auf Börmann? Daß er in seinen Verträgen mit dem Reich Forderungen aufgestellt habe, die eine starke Schädigung des Reiches darstellen. Wenn Dernburg sich in etwas verdient gemacht habe, dann durch die Lösung der Verträge mit dieser Firma, und die Sozialdemokraten würden in der Frage stets hinter ihm stehen. Es ist zuzugeben, daß ein Krieg höhere Anforderungen stellt und die Kosten auch höhere sind, aber die Börmannschen Forderungen gingen denn doch über alles erlaubte Maß hinaus. Mit den Riesenerlösen habe die Firma ihren Schiffsbestand ungeheuer vermehrt, und wenn sie sich an die Amerika-Linie wenden möchte, dann wahrscheinlich nicht wegen Mangel an Geld, sondern wegen Mangel an Beschäftigung für ihre Schiffe. Die Verdienste um die Gewinnung von Westafrika sind nicht weit her; solche Unternehmer arbeiten nur, wenn sie verdienen, und die Firma verzeichnete ja unlängst erst einen Verlust von 72 Proz. Zur Frage der Regierungsforderung spricht sich Rebel sehr entschieden gegen die geplante Reorganisation aus. Die Selbständigkeit des Schutztruppenkommandos und der Kolonialverwaltung treiben ganz allein zu einer ständigen Vergrößerung. Die verlangte Organisation sei die Grundlage der kommenden Kolonialarmee, und in der geplanten Militärverwaltung habe man

das kommende Kolonial-Kriegsministerium.

Darauf deuten auch eine Reihe Bemerkungen in der Begründungs-Denkchrift und der Regierungsvorlage hin. Wenn Herr v. Rühlmann, der auch gegen eine Kolonialarmee ist, gleichwohl für die Forderungen stimme, mit der Begründung, daß er jene Bemerkungen nicht sehen wolle, so lege er sich selbst Scheuklappen an. — Wir können in den Kolonien Kriege vermeiden; wir brauchen nur die Eingeborenen entsprechend zu behandeln! Es steht doch dokumentarisch fest, daß der letzte Zustand durch die Schuld der Kolonisten verursacht wurde. Eine Schutztruppe im gewissen Umfange müsse man ja haben, wenn man sich überhaupt auf den Standpunkt der Erhaltung der Kolonien stellt, aber bei weitem nicht in dem Maße, wie hier verlangt werde. Das zeige, wie alles auf die Kolonialarmee hinausläuft. Es sehe jedenfalls fest, daß wir mit den Kolonien einen Bloß am Beine längen haben, der uns sehr teuer zu stehen kommt. Die sozialdemokratische Fraktion werde einstimmig gegen die Forderungen sein. Dernburg verliest eine

Erklärung des Auswärtigen Amtes,

daß in den Kolonien nur so viel Truppen gehalten werden sollen, als zum Schutze gegen die Eingeborenen notwendig seien. Damit soll erwiesen werden, daß eine Kolonialarmee nicht geplant ist.

Wiemer hat sich durch die Erklärungen Dernburgs und der anderen Regierungsdirektoren „überzeugen lassen“, daß eine Kolonialarmee nicht komme; er werde also für die Neuorganisation eintreten! — Wenn später doch Forderungen kommen, die auf eine Kolonialarmee hindeuten, so könne man sie ablehnen! Er beantragt, nur den Kommandeur und seinen Adjutanten zu streichen, weil der Kommandeur in zu hohem Range stehe (Generalmajor). In der Beurteilung der Werbemanngesellschaft ist er mit Weibel einverstanden.

Quade verteidigt gegen Wiemer den Kommandeurposten. Gouverneur v. Lindequist sucht die Bedenken zu zerstreuen, als ob ein Aufstand der Quamboos drohe; es sei Anordnung ergangen, daß nur ganz zuverlässige Deutsche das Quambo-Land betreten dürfen. — Lattmann tritt sehr lebhaft für die Regierungsvorlage ein und polemisiert unter Verwendung von Zitaten aus Calveros Artikel gegen Weibel. — Semler verteidigt die Werbemanngesellschaft gegen Weibel: es sei keine Aktien-gesellschaft und könne also nicht Dividende verteilen. Daß der Gewinn nicht 72 Proz. betrage, behauptet Semler nicht, und seine Verteidigung wird wohl auf ein Spiel mit Worten hinauslaufen.

Dernburg gibt sich nochmals Mühe, den General an der Spitze der neuen Militärverwaltung zu retten und kündigt an, daß, wenn er jetzt getrieben werde, die Regierung ihn im nächsten Jahre wieder fördern werde!

Nach einer weiteren Debatte, in der Erzberger in der Hauptsache Weibel beitrifft und seinem Fraktionskollegen Spahn gegenüber seine Meinung über Werbemann aufrecht erhält, wird abgestimmt. Der Schutztruppenkommandeur nebst seinem Adjutanten wird einstimmig gestrichen, und demgemäß werden 23 000 Mark abgesetzt. Das kommende Kolonial-Kriegsministerium aber wird — mit einem Stabschef an der Spitze — gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten bewilligt. —

Aus der Partei.

Vorbereitungen zur Raifeier.

Das Hamburger Gewerkschaftsstatut und die Raifeier. In der am Mittwochabend stattgehabten Sitzung von Partei- und Gewerkschaftsvorständen berichtete Gewerkschaftssekretär Henze über die Beschlüsse der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs hinsichtlich der Raifeier. Wie in den Vorjahren solle auch in diesem Jahre ein Demonstrationzug am Vormittag stattfinden. Die Absicht, den Festzug zu teilen und nach zwei verschiedenen Richtungen zu dirigieren, sei von der Polizeibehörde vereitelt worden, die nur die Aufstellung am Roppel mit dem Endpunkt Rühlenslamp erlaubt habe. Die Raifeiern kosten inklusive Festzeitung 30 Pf. für die männlichen und 10 Pf. für die weiblichen Teilnehmer. Die Kartellkommission empfehle, sich den Beschlüssen der Landesorganisation anzuschließen. Im übrigen liege gar kein Anlaß vor, irgendwelchen Scharfmacherallüren Konzessionen zu machen, denn was der Arbeiterschaft auf der einen Seite an Kämpfen erspart bleibe, werde ihr doch auf der anderen Seite wieder aufgezwungen. Die Vorschläge wurden debattelos einstimmig gutgeheißen.

Den Genossen von Kostedi ist auf ihr Ersuchen um Gestattung eines Raifeitzuges geantwortet worden:

Altona, den 11. April 1907.

Die mit Ihrem Schreiben vom 9. April 1907 im Auftrage des Sozialdemokratischen Vereins von Kostedi beantragte Genehmigung zur Veranstaltung eines öffentlichen Aufzuges am 1. Mai 1907 wird Ihnen hierdurch versagt, weil aus dem Aufzuge Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu befürchten sein würde. gez. Rosenhagen.

Das erste Verbot eines Raifeitzuges in Bayern ist heraus. Das Gewerkschaftsstatut in Schweinfurt hatte beabsichtigt, am 1. Mai einen Festzug zu veranstalten. Er wurde vom Magistrat verboten mit der Begründung, daß der 1. Mai auf einen Sonntag falle (!) und nach den Anknüpfungen in der sozialdemokratischen Presse die Feier einen demonstrativen Charakter haben solle.

Nach ein Veteran. Im württembergischen Lande ist neben dem Genossen Klotz noch ein zweiter verdienter Genosse in diesen Tagen ins siebente Jahrzehnt eingetreten, der Genosse A. Dietrich. Die „Schwäb. Tagwacht“ widmet ihm die folgenden ehrenden Worte: Genosse Dietrich durchlief fast genau dieselbe Bahn. (Wie Genosse Klotz; Red. v. Worm.) Auch er, der Württemberger, war an der Gründung seiner Berufsorganisation hervorragend beteiligt, auch er wurde deren Leiter und Hüter, auch er mußte kraft seines Amtes sorgfältige Kämpfe durchsetzen, auch er vernachlässigte neben seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit die eifrige Betätigung seiner sehr gewonnenen sozialdemokratischen Ueberzeugung nicht. Wie Klotz so ward Dietrich ein Führer der Partei in Württemberg, die ihn wiederholt auf Jahre hinaus zum Vorsitzenden ihrer Landesorganisation berief. Auch ihm wurden öffentliche Ehrenämter zuteil, zunächst, kurz nach Klotz im Jahre 1893 das Amt des Bürgerauschussesmitgliedes, dann, gemeinsam mit Klotz, 1897 das Amt des Gemeinderats, und nun gehört Dietrich gleich Klotz auch dem württembergischen Landtage an.

Von den Organisationen. Im Wahlkreise Reichenbach-Neurode gehören reichlich 2000 Genossen der politischen Organisation an. Langenbielau zählt allein 1122 Organisierte. Abgegeben wurden bei der letzten Wahl in Langenbielau 2650 Stimmen, so daß der Prozentsatz der Organisierten ein ganz guter ist.

Unsere Toten. Gestorben ist zu Kostock der Genosse Bjarrenmacher Rehr. Er war einer von den alten Garde, die schon vor und unter dem Sozialistengesetz treu zu der Partei hielten und ihr manchen wertvollen Dienst leisteten. Rehr hat zeitlebens schwer um seine wirtschaftliche Existenz kämpfen müssen; die graue Sorge verlich ihn nie. Seit vielen Jahren war Rehr körperlich leidend; der Tod erschien ihm als Erlöser.

Ein Opfer der Klassenjustiz. Das „Volkblatt“ für Bochum meldet: Genosse Johann Reher, der langjährige Kassierer des Bergarbeiter-Verbandes, hat Bochum, seine alte Heimat, vor einigen Tagen verlassen und ist mit seiner Familie nach Eisenach übergesiedelt, in der Erwartung, dort in der Wald- und Gebirgs-luft, außerhalb des industriellen Lebens und Treibens, seine zertrümmerte Gesundheit wiederzuerlangen. Reher gehört zu den ältesten Parteigenossen unserer engeren Heimat und zu den Mitbegründern des Bergarbeiter-Verbandes, dem er seine Kraft gewidmet hat, bis ihn eine tödliche Krankheit am Schaffen hinderte. Er ist aber auch das am härtesten betroffene Opfer des Offener Reineids-Prozesses in Sachen Schröder und Genossen von 1894. Drei und ein halbes Jahr saßen die Geschworenen von Essen unseren Genossen ins Zuchthaus nach Hamm, weil er einen wissenschaftlichen Eid geleistet haben sollte. Jeder, der ihn kannte, wird ihn nicht für fähig halten, auch nur die geringste Unwahrheit zu sagen, denn alles, was Reher sprach, sprach er im vollen Ernst und mit wahrer Ueberzeugung. Doch die Geschworenen glaubten dem Genarm Rünter und beurteilten unsere Genossen, und als Reher und Schröder damals von der Stätte ihres Wirkens nach dem Zuchthause geschleppt wurden, jubelten die Rechenorgane, daß mit diesem Schlage der Verband vernichtet sei, der solange sie nun endlich der Kopf zertreten. Die Organisation, das Werk der Zurückgebliebenen, haben sie nicht vernichtet, wohl aber die Gesundheit unserer Genossen zerstört. Reher, ein körperlich starker Mann, ist seelisch äußerst empfindlich, und so zehrte der Gram, unschuldig im Zuchthause zu schwachen und nachher noch mit dem Brandmal des Ehrenverlustes umherzulocken. Dazu kam noch, daß seine Frau, der nun allein die Versorgung der Kinder und die Verwaltung des geringen Vermögens oblag, während seiner Kerkerhaft starb. Solche Schicksalsschläge konnte eine Natur wie Reher nicht überleben, und er hat sie leider auch nicht überstanden. Aus dem Zuchthause zurückgeführt, stellte ihn die Generalversammlung des Verbandes in Alfenburen wieder auf den Kassiererposten, den er dann auch

nach einige Jahre äußerst pflichtgetreu versah, bis ihn eine Nervenkrankheit unfähig machte, den ihm so lieb gewordenen Posten weiter zu bekleiden. Seit einigen Jahren ist er nun gänzlich arbeitsunfähig und da alle bisherigen Versuche zur Wiederherstellung seiner Gesundheit erfolglos blieben, hat er jetzt seinen Wohnsitz dauernd in Eisenach aufgeschlagen. Wir sagen dem Kranken und schiedenden Genossen und Freiheitskämpfer herzlich Beileid und wünschen ihm recht baldige Wiederherstellung seiner Gesundheit und Rückkehr auf sein altes Tätigkeitsgebiet.

Gemeinbewahling in Oesterreich. In Linz (Oberösterreich) gelangten bei den Gemeinbewahlen alle vier sozialdemokratischen Kandidaten zur Stichwahl. Die sozialdemokratische Partei war zudem die einzige, deren Kandidaten bei der Wahl einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatten, alle übrigen Parteien erlitten Stimmenverluste. Bei der Stichwahl haben alle vier sozialdemokratischen Kandidaten über ihre deutsch-nationalen Gegner mit großer Mehrheit gesiegt.

Soziales.

Steigerung der Unfälle.

Die Jahresberichte der preussischen Gewerbeinspektoren konstatieren für eine Reihe Bezirke ein weiteres Anwachsen der Unfallziffern. Ganz besonders stark haben die Unfälle zugenommen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo die Großindustrie der Industrie noch ziemlich unbekannt herrschen. Wir stellen aus den Berichten folgende Zahlen zusammen. Es betrug:

Bezirk	Jahr der Unfälle		Jahr der tödlichen Unfälle	
	1905	1906	1905	1906
Bezirk Arnberg	14 568	16 306	105	149
„ Düsseldorf	30 710	33 100	166	167
„ Koblenz	1 582	1 995	?	16

In den drei Bezirken stieg die Zahl der den Beamten gemeldeten Unfälle auf 51 401 oder gegen das Vorjahr um 4561 = 9,78 Proz. Im Bezirk Arnberg allein stieg die Zahl der tödlichen Unfälle um 44 = 42 Proz. Ungewöhnlich stark nahmen auch die Unfälle im Bergbau zu. Nach dem Bericht der Knappschafts-Versicherungsgesellschaft für 1906 sankelte die Zahl der entschädigungsprächtigen und tödlichen Unfälle von 10 000 im Jahre 1905 auf 10 784 im Jahre 1906 hinauf. Im Reichsdurchschnitt entfielen auf je 1000 Versicherte 15,65 entschädigungsprächtige und tödliche Unfälle; für die Sektion Bochum mit 279 707 Versicherten stellt sich die Prozentziffer aber auf 18,30 und für Tarnowitz gar auf 19,58! Und die bürgerlichen Parteien und die Regierung betonen jeden Tag ihren sozialpolitischen Eifer — aber zu Taten raffen sie sich nicht auf.

Gewerkchaftliches.

Wer will den Kampf?

Herr Magistratsrat v. Schulz hat der „Volkzeitung“ folgende Zuschrift gesandt:

„Der „Vorwärts“ berichtet in seiner heutigen Morgennummer von den gestrigen Einigungsverhandlungen im Baugewerbe, gleich nach Schluß der Verhandlungen hätten maßgebende Arbeitgebervertreter sich für die Ablehnung des Schiedsspruches ausgesprochen. Demgegenüber ist es notwendig festzustellen, daß eine solche Ablehnung seitens der Arbeitgeber bisher nicht erfolgt ist. Sie wäre durchaus nicht zu vereinen mit der Erklärung der Arbeitgeber, daß die Lohnfrage die Verständigung nicht hindern könne, wenn nur der Wochentag schwinde.“

Wir halten daran fest, daß die von uns berichtete Äußerung gefallen ist. Wir haben sie registriert, um beim wirklichen Ausbruch eines Kampfes dem üblichen Scharfmacherschwindel zu begegnen, die Arbeiter hätten eine „Wachprobe“ inszeniert. Wir wollen auch gleich weiter mitteilen, daß man sich schon jetzt in dem Baugewerbe fernstehenden Scharfmacherkreisen mit der Frage beschäftigt, auf welche Weise man in dem etwaigen Kampfe im Baugewerbe zugunsten der Unternehmer eingreifen könne. Die „Perren im Hause“ in den diversen Berufen sind offenbar so wenig Herren der eigenen Entscheidung, daß sie sich von Drahtzieheren hinter den Kulissen in „Pringslampen“ hineinschieben lassen, die ihnen hinterher so leid tun, wie jetzt den Berliner Holzindustriellen die so rechtlich verpfuschte Ausperrung, die sie nicht aufheben können, weil sonst die Wechselstrawatte zugezogen wird!

Berlin und Umgegend.

Wachtung, Metallarbeiter! Die Kollegen in Offenbach a. M. haben den Fabrikanten eine Forderung betreffs Lohnhöhe und Verfüzung der Arbeitszeit vorgelegt. Durch die ablehnende Haltung der Unternehmer wird es wahrscheinlich zu einem Ausstand kommen. Offenbach ist deshalb für Decher, Maschinenarbeiter und Schlosser bis auf weiteres gesperrt.

In Saalfeld a. d. Saale haben die Kollegen und Kolleginnen, welche in der Drahtindustrie beschäftigt sind, wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Für Radler, Spinner, Siebmacher, als wie auch für die übrigen Drahtarbeiter und Arbeiterinnen ist Saalfeld bis auf weiteres gesperrt.

Ordnungswahrung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Die Bauunternehmer und die Raifeier. Eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten tagte gestern Abend im Architektenhaus und nahm den Bericht über die am vergangenen Mittwoch vor dem Einigungsamt stattgehabten Verhandlungen zwecks Beilegung der Differenzen und dem vom Einigungsamt ausgesprochenen Schiedsspruch entgegen. Der erste Vorsitzende des Verbandes, Baumeister Wahl, referierte. Die Versammlung sah vorläufig von jeder Diskussion und Abstimmung hierüber ab. Es soll deswegen demnächst eine neue Versammlung einberufen werden.

Ferner beschäftigte sich die Versammlung mit der bevorstehenden Raifeier. Die Versammlung beschloß, da die Raifeier ihrer Meinung nach nicht eine gewerkschaftliche, sondern eine sozialdemokratische Feier sei, alle den 1. Mai feiernden Bauarbeiter zu entlassen und nicht vor dem 6. Mai wieder einzustellen.

Berein Berliner Hausblener, Mitgliedschaft I des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Als Delegierte zur Hauptgeneralversammlung sind folgende Kollegen gewählt: Wappler Fritz, Reihner Hermann, Bernhardt Max, Müller Wilhelm, Ludow Fritz. Der Vorstand.

Die streikenden und ausgesperrten Dachdecker versammelten sich am Donnerstag morgen im „Englischen Garten“, um den Bericht über den Stand ihrer Lohnbewegung entgegenzunehmen. Der Vorsitzende Karl Görnig gab eine kurze Uebersicht über den seit 14 Tagen geführten Kampf. Als in der Versammlung vom Donnerstag, den 4. April, beschloßen wurde, daß die Dachdecker in den Streik zu treten bereit seien, wenn ihre Forderungen nicht anerkannt werden, traten die Vertrauensmänner zusammen, um die entsprechenden Maßnahmen vorzubereiten, und am Freitag wurde die Arbeit bei fünf Firmen eingestellt. Am Sonnabend erfolgte die Arbeitsniederlegung bei Horn u. Hummel. Die Unternehmer versuchten sofort, die Bewegung niederzuhalten, indem sie erklärten, daß sie eine allgemeine Ausperrung vornehmen würden, wenn die Streikenden bis zum Dienstag, den 9. April, die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Die Drohung der Arbeitgeber schüchtere die Arbeiter durchaus nicht ein und am Donnerstag, den 11. April, war die Ausperrung perfekt geworden, allerdings nicht in dem Maße, wie die Unternehmer es wünschten. Die Berichte, welche darüber in die Presse gelangten, entsprachen nicht den Tatsachen.

Es meldeten sich 508 Dachdecker zur Kontrolle. 4 Firmen, die zusammen 40 Mann beschäftigten, erkannten die Forderungen, 10 Pf. Stundenlohn bei 8 Stunden Arbeitszeit, an, und die Arbeit wurde dort wieder aufgenommen. Etwa 20 Kollegen reisten ab, so daß am Mittwoch, den 17. April, 450 Mann in der Streikliste verzeichnet standen. Dazu kamen noch 150 Ausgesperrte vom „Christlichen Verbande“. Das ergibt 600 Mann. Nach den Berichten in der Presse sollten aber 1000 Mann ausgesperrt sein, und mit dieser Zahl wollte man den Erfolg der Ausperrung beweisen. Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß 400 Mann noch in Arbeit stehen, denn man rechnet im ganzen hier mit 1000 Dachdeckern. Ein Teil des Unternehmertums hat nicht ausgesperrt und dadurch ist viel Uneinigkeit in den Reihen der Arbeitgeber hervorgerufen. Kleinere Unternehmer bewilligen lässlich, von den größeren erklären manche, daß sie die Forderungen anerkennen wollen, aber die Unterfrist verweigern. Man hat heronsgefunden, daß vielfach die Arbeiten an Zwickmehler oder unter Decknamen vergeben werden, wodurch die Streikenden sich natürlich geschädigt fühlen, und sie sind entschlossen, dagegen Front zu machen.

In der Diskussion wurde auf diesen letzten Punkt besonders viel Gewicht gelegt. Man verlangte auch, daß die Polizei die Arbeit einstellen sollten. Die Fahrstuhl-arbeiter wurden ermahnt, überall sich mit den streikenden Dachdeckern solidarisch zu zeigen. Ein engeres Zusammenwirken mit den Dachdeckerhülfsarbeitern wurde gewünscht. Die Kontrolle über die Bauten sollte schärfer ausgebaut werden. Von den Dachdeckerhülfsarbeitern sind zusammen 200 in Mit-leidenchaft gezogen. Der folgende Antrag gelangte zur Annahme: „Die im „Englischen Garten“ am 18. April tagende Versammlung der Dachdecker beschließt: Diejenigen Kollegen, welche zu den alten Bedingungen arbeiten, sowie diejenigen, welche Bauten für Unternehmer, wo andere Firmen Material liefern, fertigstellen, haben die Arbeit sofort niederzulegen.“

Die Ausperrung der Kurbelsticker der Firma Rosenbergs, Adalbertstr. 52, dauert ununterbrochen fort. Die Firma sucht jetzt in den Berliner Annoncenblättern nach Kurbelstickerinnen, die für den um zehn Pfennige verringerten Stundenlohn die gleiche Arbeit leisten sollen, als die Ausgesperrten. Unter den Augen der zur Hälfte gehaltenen Polizei hielten denn auch drei Arbeitswillige ihren Einzug. Es gelang aber den Kollegen, die, wie die Inhaberin der Firma selbst anerkennen mußte, sehr gut arbeiteten, diese drei wieder herauszugeben.

Zugung ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Die Bäckermeister

halten an ihrer komischen Auffassung über die Form der Verhandlungen mit den Gesellen fest. Die Vorstände und Obmänner der vereinigten 15 Bäckerinnungen Groß-Berlins hielten gestern nachmittags im Germania-Zuningshaus, Chausseestraße, eine gemeinsame Sitzung ab. Es wurde mitgeteilt, daß sich familiäre Vorurteile in ihren Versammlungen einstimmig auf denselben ablehnenden Standpunkt gegenüber den Forderungen der Gesellen gestellt haben, wie die beiden Berliner Innungen. Sie hielten nach wie vor an den im Frühjahr 1906 getroffenen Vereinbarungen fest. (Na nu? Die haben sie ja doch nicht gehalten!) Sie erklärten sich jedoch ebenfalls zu Verhandlungen mit dem Gesellenauschuss bereit, oder auf keinen Fall vor dem Gewerbegericht, sondern entweder vor dem Innungs-schiedsgericht oder in freien Verhandlungen. Zu denselben soll die gleiche Anzahl Vertreter des Verbandes wie des „meistertreuen“ Bundes hinzugezogen werden. Dieser Beschluß wird heute dem Ortsvorstand des hiesigen Bäckerverbandes mitgeteilt.

Der Streik der Landschaftsgärtnergehilfen macht dem Verband der gewerbetreibenden Landschaftsgärtner von Berlin und den Vororten recht schwere Kopfschmerzen. Nicht genug, daß bereits einige Firmen aus dem Verbande ausgetreten sind, anders trotz der Konventionalstrafe unterschrieben haben, müssen die Hauptgeschäftsmacher Tag für Tag erleben, daß die alten, gebrechlichen sowie die polnischen Arbeitswilligen die Arbeit auch nicht weiter machen wollen. Um sich aus der verzweifelten Lage herauszufinden, werden alle möglichen Tricks unternommen. Der städtische Arbeitsnachweis wird von einer Bauverwaltung der Königin Luise-Stiftung um Arbeitskräfte angegangen, die, sobald sie von den Streikern erfahren, daß die Anlage eine Firma Suchader, die bisher noch nicht bewilligt hat, ausführt, die Arbeit niederlegen. Der Verband der Arbeitgeber hat an die Herrschaften ein zweites Flugblatt gerichtet, worauf die Streikenden ebenso prompt wie auf das erste antworteten und die in dem Flugblatt enthaltenen Unwahrheiten gebührend korrigierten. In dem Artikel veräußern die Herren Arbeitgeber den Herrschaften das wichtigste, nämlich, daß sie die Einigungsverhandlungen vor dem Einigungsamt abgelehnt haben. Dagegen versuchen sie nachzuweisen, was ihnen leider mißlungen ist, daß die streikenden Landschaftsgärtnergehilfen ein Jahreseinkommen von 1850—1800 M. haben. Warum sie ihre besten Leute, mit Ausnahme der Obergärtner und Betriebsleiter, streiken lassen, veräußern sie kuglerweise, um sich nicht noch mehr zu blamieren, als es schon geschehen.

Die Differenzen des Maschinen- und Kesselhauspersonals der Elberfelder Papierfabrik in Jessendorf wurden zugunsten der Arbeiter beigelegt.

Zentralverband der Maschinen- und Decker.

Deutsches Reich.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Den Dresdener Unternehmern in Holzgewerbe scheint der von den Holzindustriellen so brutal provozierte Kampf schwer auf die Nerven zu fallen. Sie luden den Hauptvorsteher des Holzarbeiterverbandes persönlich und schriftlich zu einer Besprechung ein, um Einigungsverhandlungen einzuleiten. Die Vertreter des Holzarbeiterverbandes erklärten in einer stattgefundenen Besprechung, daß sie zu einem Vertragsabschluss mit dem Arbeitgeberverband zwar bereit seien, daß aber gegenwärtig Verhandlungen darüber nutzlos seien, da ja ohne Einigung in Berlin nicht an eine Aufhebung der Ausperrung gedacht werden könne. Die Arbeitgeber stellten dann den Antrag, daß in allen Städten, wo Ausperrungen stattgefunden haben, die Verhandlungen zur Herbeiführung einer Einigung wieder aufgenommen werden möchten. Die Gehilfenvertreter nahmen den Antrag an.

Am Donnerstagsvormittag waren die Ausgesperrten und Streikenden wieder in großer Zahl in Kellers Saal versammelt, um den Situationsbericht des Gauleiters Stuchse entgegen zu nehmen. Im allgemeinen hat sich wenig verändert. Die Zahl der Ausgesperrten hat sich in der vergangenen Woche um etwa 400 vermindert, dagegen ist die Zahl der Arbeitslosen etwas gestiegen. Wie die Kontrolle ergeben hat, sind jetzt in 134 Betrieben 666 Arbeitswillige tätig. Das fällt zwar nicht erheblich ins Gewicht, verdient aber doch Beachtung und muß vor allem die Streikposten veranlassen, die Betriebe scharf zu beobachten und überall, wo Arbeitswillige erscheinen, dieselben über die Verweigerung ihres Vorhabens ruhig und sachlich aufzuklären. Es muß unter allen Umständen dahin gewirkt werden, daß die Arbeitgeber ihre Betriebe nicht mit Streikbrechern besetzen können. — Die Stimmung der Versammelten legte Zeugnis dafür ab, daß die Arbeiter nach wie vor bereit sind, den Kampf so lange weiter zu führen, bis ihnen die Arbeitgeber annehmbare Zugeständnisse machen. Niemand denkt daran, seine Kampfgenossen zu verlassen, alle sind sie einig in dem Gedanken: Ohne einen ehrenvollen Vergleich wird die Arbeit nicht aufgenommen.

Der Holzarbeiterverband hielt am Mittwochabend eine allgemeine Vertrauensmännerversammlung ab. Auch dort erstattete

Stuße Bericht über die Lage der Aussperrung. Die Zahl der Aussperrten und Streikenden beträgt gegenwärtig in Berlin 4494, in Niederschlesien 273, in Weissenhof 154, in Charlottenburg 100, in Schönberg 3, in Neuenhagen 3, das sind in Berlin und den Vororten 5027. Außerdem sind jetzt ausgesperrt in Bernau 66, in Parnitz 50, in Leipzig 800, in Dresden 328, in Bremen 500, in Halle 117, in Götting 146, in Wurg 130, in Kiel 371. Das sind im ganzen in Berlin und im Reich 7534. Am 21. April soll in Oldenburg, am 1. Mai in Guben die Aussperrung beginnen. In Landsberg a. W. und in Brandenburg a. S. sind die Verträge zum 1. Juli gefündigt. Die Aussperrungsbaut der Unternehmer hat für die Berliner Möbelindustrie eine Folge, die den Arbeitgebern einen nicht wieder gut zu machenden Schaden bringt. Durch die lange dauernde Aussperrung gehen die Arbeiten nach außerhalb. Verschiedene Orte, die sonst kein Absatzgebiet in Berlin hatten, liefern jetzt nach Berlin, und in Süddeutschland, wo sonst ein gutes Absatzgebiet der Berliner Industrie war, wächst eine eigene Industrie empor. So sorgt die unbesonnene Hartnäckigkeit der Unternehmer dafür, daß die Berliner Industrie schwer geschädigt wird. Die Arbeiter als die Angegriffenen können zur Beendigung des Kampfes nichts tun. Sie müssen abwarten, bis die Unternehmer zum Frieden geneigt sind, und werden im Kampfe ausbleiben, wenn er auch noch so lange dauern sollte.

Dieselbe Meinung kam auch in der Diskussion zum Ausdruck. Es wurde betont, daß die Aussperrten nach wie vor entschlossen sind, fest zusammen zu stehen und den Angriff der Unternehmer mit aller Kraft zurück zu weisen. Die arbeitenden Kollegen sind bereit, wie bisher so auch ferner kein Opfer zu scheuen, um die Aussperrten zu unterstützen. Ein Zurückweichen vor den Arbeitgebern gibt es nicht. Diese haben den Kampf herbeigeführt, sie müssen nun auch die Folgen tragen. Das war die einmütige Meinung der Diskussionsredner, die auch bei den Versammelten ungeteilten Beifall fand. Einige Beispiele wurden angeführt, welche dafür sprechen, daß so manche kleinere Arbeitgeber schon längst des Kampfes überdrüssig sind, aber sie haben sich der Macht der Scharfmacher so sehr überlassen, daß sie nicht mehr die Möglichkeit haben, zu tun, was sie möchten. Die Unterstützung, welche die Kleinmeister von ihrer Verbandsleitung erhalten, muß nämlich zurückgezogen werden, sobald der betreffende die Aussperrung aufhebt. Das ist der Streik, den sich die Meister um den Hals gelegt haben und den die Leitung des Arbeitgeber-Schutzverbandes jeden Augenblick zuziehen kann.

Die Versammlung beschloß, daß auch die Arbeitslosen verpflichtet sind, Streikposten zu stehen, und daß sie nur unter dieser Voraussetzung Unterstützung erhalten. — Ferner wurde beschlossen, den obligatorischen Beitrag von 1,90 M. beizubehalten und die Kollegen für verpflichtet zu halten, außerdem einen freiwilligen Beitrag von 1 M. zu entrichten. — Auf eine Anfrage gab Stuße bekannt, daß Sammellisten, welche für die Aussperrten sich in Umlauf befinden, vom Gewerkschaftsrat ausgegeben sind. Der Verband hat keine Sammellisten ausgegeben und gibt auch keine aus.

Ueber die diesjährige Maifeier sprach Glöde. Er sagte, es liege trotz der gegenwärtigen Situation kein Anlaß vor, von der Arbeitsruhe am 1. Mai abzusehen. Die Berliner Holzarbeiter würden auch in der gegenwärtigen Situation zeigen, daß sie keine Furcht vor den Unternehmern haben. Der Meider empfahl eine Resolution, welche einstimmig angenommen wurde. Sie besagt: Als würdige Feier des 1. Mai ist nur die Arbeitsruhe zu betrachten. Jeder Vertrauensmann hat die Pflicht, daß die Kollegen am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen.

Aussperrung im Entengebirge.

Den Härtereibeherrn Suckert und Liehr in Langenbielau hatten die Belegschaften Forderungen überreicht, die im wesentlichen in der Forderung auf Erhöhung des Lohnes um 15 Pf. pro Tag gipfelten. Beide Firmen verhielten sich ablehnend, angeblich auf Veranlassung des Verbandes schlesischer Textilindustrieller. Nicht genug damit, kündigte Herr Liehr noch drei Arbeitern, eine Maßnahme, die von den Arbeitern als Maßregel betrachtet wurde. Dies konnten und wollten die Arbeiter sich nicht gefallen lassen und einmütig reichte deshalb am Sonnabend die Belegschaft der Vieherei Härtereibeherrn die Kündigung ein. Die Unternehmer antworteten darauf mit der Androhung der Aussperrung der organisierten Arbeiter des Bezirks Reichsbach in Schlesien. In allen dem Verband schlesischer Textilindustrieller des Bezirks Reichsbach angeschlossenen Betrieben wurde am Dienstag folgender Mass eingeschlagen:

Bekanntmachung.

Infolge der Sonnabend erfolgten Massenkündigung bei der Firma W. Liehr sehen sich die unterzeichneten Firmen genötigt, ihren Arbeitern, soweit diese dem Deutschen Textilarbeiterverbande angehören, zum

Austritt spätestens am Sonnabend, den 4. Mai

zu kündigen, falls bis zum nächsten Freitag, den 10. April, abends 6 Uhr, die Arbeiter der Firma W. Liehr ihre Kündigung nicht zurückgenommen haben.

Zu dieser gemeinsamen Maßnahme sehen wir uns gezwungen, weil die erneuten Lohnforderungen in Rücksicht auf die wiederholten erheblichen Lohnzulagen der letzten Jahre unter Verletzung der Arbeitszeit abgelehnt werden mußten. Es steht fest, daß die jetzigen Löhne der Firma W. Liehr keineswegs hinter dem bekannten schon sehr hohen allgemeinen Durchschnitt der Löhne in der Textilindustrie des Reichsbacher Bezirks zurückstehen.

Außerdem stellt nach Versicherungen des Gauleiters Fritsch die Lohnbewegung bei der Firma Liehr nichts anderes dar, als den ersten Schritt auf dem vom „Textilarbeiter“ empfohlenen Wege, „durch fortgesetzte Verunsicherung der Betriebe den Arbeitgebern den Willen dieser Arbeiterorganisation aufzuzwingen.“

Die unterzeichneten Firmen werden darum diesen Bestrebungen nunmehr einen entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen.

Für diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht Mitglieder genannter Organisation sind, bleiben die Betriebe unbedingt weiter geöffnet.

H. W. Alter, G. Böhm, Cohn Gebrüder, Chr. Dietrich, August Ertel, E. Erleben u. Co., G. F. Flehner, A. Fleischer, Jof. Fröhlich, Jof. Griebach, Ferd. Haase, E. F. Hain, Otto F. Huelster, Gottlob Jung, W. Liehr, G. Reugebauer Söhne, J. Reugebauer, C. Postpischil, Franz Rosenberger jr., E. S. Roth, Schleißh. Lückshof, Härtereibeherrn, F. Suckert, E. F. Zwanziger u. Söhne.

Letztere ist die bekannte Firma, von der Gerhart Hauptmann in seinem Drama „Die Weber“ spricht.

Wie wenig die „Lohnzulagen“, soweit solche bisher überhaupt gewährt worden sind, bedeuten, beweisen die amtlichen Zahlen der verschiedenen Textildruckgenossenschaften. Diese Zahlen beweisen auch, wie wenig die schlesischen Textilindustriellen berechtigt sind, von dem „schon sehr hohen allgemeinen Durchschnitt der Löhne“ in Schlesien zu reden. Nach den Feststellungen der Textildruckgenossenschaften betrug der durchschnittliche Tagelohn für einen Vollarbeiter im Bereich der

Rheinisch-Westfälischen Textil-Berufsgenossenschaft	2,73 M.
Sächsischen	2,52
Norddeutschen	2,47
Elb-Lothringischen	2,34
Süddeutschen	2,16
Schlesischen	1,75

Demnach wird in Schlesien in der Textilindustrie durchschnittlich rund eine Mark weniger Tagelohn gezahlt wie in Rheinland-Westfalen. Damit sind am besten die Angaben der Unternehmer widerlegt.

Die Arbeiter werden sich durch die Maßnahmen der Unternehmer nicht ins Bodschorn jagen lassen. Daß die Unternehmer die Aussperrung schon von langer Hand vorbereitet haben, erweist

man aus einem Bericht über eine Aussperrung des Verbandes schlesischer Textilindustrieller, abgehalten am — 28. Juli 1906! In dieser Sitzung war Herr W. Rauffmann gegen eine allgemeine Aussperrung sämtlicher Arbeiter, weil in seinen Betrieben noch das alte patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern herrsche und nur sehr wenige der letzteren irgend einer Organisation angehörten. Herr Generaldirektor Gärtner erklärte, daß er eine eventuelle Aussperrung der organisierten Arbeiter, gleichviel welcher Organisation sie angehörten, für sehr empfehlenswert halte. Demgemäß wurde auch beschlossen.

Die Verantwortung für die Aussperrung trägt also das Unternehmertum.

Interessant ist aus der Aussperrung noch, daß der Syndikus der Textilindustriellen, Herr Dr. Reijer, darauf aufmerksam machte, daß eine eventuelle Aufforderung an die Mitglieder zur Zahlung der im Reichsbacher Statute und in dem Reichsbacher Entwurfe zum Hauptstatut vorgesehenen Geldstrafen, sofern sie unter Androhung der Inhabung der hinterlegten Masse erfolge, unter die Strafbestimmung des § 153 der Gewerbeordnung fallen würde. Es wäre daher möglich, daß die Vorstandsmitglieder des Verbandes eventuell eine gerichtliche Strafe sich zuziehen könnten. Die Erschienenen erklärten aber, daß man ohne eine solche Bestimmung nicht auskommen könne; man habe ja sonst kein Mittel in der Hand, auf Mitglieder, die sich den Beschlüssen in einem Einzelfalle nicht fügen wollten, einen Druck auszuüben.

Wie man sieht, fragen die Unternehmer nichts nach den Gesetzen; Hauptsache ist, daß sie ihren Terrorismus ausüben können.

Zur Aussperrung der Hamburger Schauerleute

wird uns telegraphisch von dort gemeldet, daß der Fabrikbetriebsverein im Bureau der Hamburg-Amerikalinie gestern vormittag eine Sitzung abgehalten hat. Am Nachmittag fanden Verhandlungen mit einer Vertretung der Aussperrten statt, deren Resultat einer heute vormittag stattfindenden Versammlung der Schauerleute unterbreitet wird. Es wird über die gepflogenen Verhandlungen Verschwiegenheit gewahrt, jedoch wird voraussichtlich die Aussperrung heute ihre Beendigung finden.

Der Streik der Hamburger Schneider ist beendet! Nachdem am Mittwoch vor dem Hamburger Gewerbegericht Vergleichsverhandlungen stattgefunden, beschloß sich abends eine bis nach zwölf Uhr tagende Versammlung der Arbeitnehmer mit dem Ergebnis der Verhandlungen, das als akzeptabel bezeichnet wurde. Beschlossen wurde, am Donnerstag morgen die Arbeit zu den von dem Gewerbegericht stipulierten Bedingungen aufzunehmen. Im Streik befanden sich noch 500 Gehülfen, während der Rest schon anderweitig in getragenen Betrieben Arbeit gefunden hatte. Die Scharfmacherallianz hat sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen.

Die Leipziger Maler, Lackierer und Anstreicher beschloßen, Donnerstag früh die Arbeit niederzulegen, nachdem die nach Kündigung und Ablauf des bisherigen Tariffs gepflogenen Verhandlungen an dem geringen Entgegenkommen der Innung gescheitert waren.

Die Freiseurgehülfen in Leipzig haben eine neue Lohnbewegung eingeleitet, um den im vorigen Jahre geschickten Abschluß eines Tarifvertrages herbeizuführen. Bis zum 25. dieses Monats erwarten sie von der Innung eine Erklärung, ob sie gewillt sei, mit der Gehülfenorganisation Verhandlungen anzuknüpfen.

Zum Streik bei der Firma Seidel u. Raumann in Dresden.

Wer erinnert sich nicht der wüsten Hebe des Reichsverbandes über den angeblichen Streikterrorismus, über die Vergewaltigung der neuen Arbeitswilligen, über Streikunruhen und ähnliche für ein Philistergemüt erschreckliche Dinge. Um so mehr muß die unbefangene Würdigung herbeigehoben werden, die das Dresdener amtliche Organ, der „Dresdener Anzeiger“, der dieselbe wüste Hebe während der Wahl mitgemacht, jetzt den 1500 Streikenden der Firma Seidel und Raumann widerfahren läßt. In seiner am Mittwoch erschienenen Nummer schreibt er:

„Die Streikenden haben ihre ruhige und abwartende Haltung weiter bewahrt und es muß ausdrücklich hervorgehoben werden, daß die Ruhe und Ordnung trotz der manchmal bedeutenden Menschenansammlungen (wenn die „Selben“, zirka 700 zur Arbeit gehen! D. Ver.) vor der Fabrik und in deren Umgebung nicht gefährdet worden ist.“

An Stelle der Firma hat jetzt der Metallindustriellenverband für die Kreishauptmannschaft die Verhandlungen übernommen. Streikbrecher sind nach einer offenbar von ihnen inspirierten Notiz im „Anzeiger“ wenig vorhanden. Die wenigen kommen meist von Berlin (1?). Es ist deshalb dringend vor Zugang nach Dresden zu warnen.

Gegenüber dieser einwandfreien Berichterstattung des Reichsblattes ist besonders auf die schiefe Haltung der liberalen „Dresdener Zeitung“, die wir schon vor einigen Tagen beleuchteten, hinzuweisen, die auch von dieser vorurteilfreien Würdigung der Haltung der Streikenden keine Zeile bringt.

Auch die „Selben“, Arbeitswilligen, sind eifrig bemüht, die Streikenden zu provozieren, so mißliebte sich ein solcher vor einigen Tagen in ein Geschrei, das ein Streikender mit einem anderen Arbeiter über den Stand des Streiks führte, indem er triumphierend laut und höhnisch auf die „erfolgreiche Streikbrecherzufuhr“ hinwies und als er dafür entsprechend abgeföhrt wurde, sich sofort hilfflehend an einen Wächter wandte, und auch eine Siftierung des „Antastens der Arbeitswilligen-Ehre“ erreichte.

Die Aussperrung der Altenburger Bauarbeiter ist am Dienstag aufgehoben worden. Arbeiter und Unternehmer haben sich auf folgender Grundlage geeinigt: Bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit in zweijähriger Vertragsdauer werden folgende Löhne gezahlt: 48 Pf. für Maurer und Zimmerer und 38 Pf. für Hilfsarbeiter für die Stunde von jetzt ab bis 31. März 1908; vom 1. April 1908 bis 30. Juni 1908: 49 Pf. für Maurer und Zimmerer und 39 Pf. für Hilfsarbeiter; vom 1. Juli 1908 bis 31. März 1909 (Ende der Vertragsdauer) 50 Pf. für Maurer und Zimmerer und 40 Pf. für Hilfsarbeiter. Für Überstunden werden 10 Pf. und für Nacht- und Sonntagsarbeit sowie für Arbeiten im Wasser 20 Pf. für die Stunde mehr bezahlt. — Die Arbeit ist am Dienstag im vollen Umfange aufgenommen worden. In der Aussperrung haben die Unternehmer nach 14tägiger Dauer genug bekommen.

Die Tapezierergesellen zu München haben den Unternehmern einen neuen Tarif vorgelegt. Vor dem Einigungsamt wurden nicht nur Mindestlöhne festgelegt, sondern auch eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden zugestanden. Während eine starkbesuchte Gehülfenversammlung diese provisorisch festgelegten Tarifvereinbarungen akzeptierte, wurden sie von einer Versammlung des Arbeitgeberverbandes abgelehnt, worauf sämtliche Gehülfen die Arbeit niederlegten. Zugang von Tapezieren nach München ist fernzuhalten!

Ausland.

Ueber die gewerkschaftlichen Kämpfe und Konflikte in Dänemark haben in den letzten Tagen Verhandlungen zwischen den Vorständen der dänischen Arbeitervereine und des Verbandes der Gewerkschaften stattgefunden, teils mit Hinzuziehung von Vertretern der direkt beteiligten Parteien. Zu einer Einigung ist es gekommen zwischen den Fabrikanten und ihren Arbeitgebern, so daß die allgemeine Aussperrung unterbleibt, die sämtliche organisierten Fabrikanten in Kopenhagen treffen sollte. Auch über den Konflikt im Straßenbahnbetriebe der dänischen Hauptstadt ist verhandelt worden, doch ohne Erfolg. Verhandlungen über die übrigen Kämpfe und Konflikte stehen noch bevor oder sind bereits eingeleitet. Die Aussperrung auf den großen Werften, ebenso der Schuhmacherstreik in Kopenhagen dauern unverändert fort.

Die dänischen Dampfmaschinenmaschinenisten haben Forderungen auf Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen

gestellt. Die Reedereivereinigung weigert sich zu verhandeln. Kommt es zu keiner Einigung, so wird wohl im Mai ein Streik ausbrechen, der den Dampfschiffsverkehr lahmlegt. Die Organisation der dänischen Maschinenisten hat sich bereits mit den ausländischen Gewerkschaften verständigt, um dem Zugang von Streikbrechern aus den anderen Ländern vorzubeugen.

Streik im Baugewerbe Antwerpen. Die Maurer, die Stuckateure und die Steinhauer Antwerpens befinden sich seit 14 Tagen im Streik und verlangen Lohnverhöhung sowie Verkürzung der Arbeitszeit. Der Streik umfaßt jetzt 2400 Mann. Drei große Unternehmer haben bewilligt, die Unternehmerorganisation beschloß sich ablehnend.

Aus Industrie und Handel.

Die schlauen Reeder.

Die Ballinleute bemühen sich krampfhaft, den von der Spag ausgeübten Terrorismus, die Aussperrung der Arbeiter, als einen Streik zu stigmatisieren. Das Bemühen, mit einer solchen Fälschung Erfolg zu haben, scheiterte aber doch an den offen zutage liegenden Tatsachen. Daß die Unternehmer die Aussperrung willkürlich vorgenommen haben, kann nicht geleugnet werden, aber sie wollen zu dieser Willkür gezwungen worden sein, weil die Arbeiter den Reeder über die Leistung von Nacharbeit nicht unterzeichnen wollten. Die Aussperrung sei deshalb eigentlich ein Streik. Die preussischen Staatsanwälte sollten bei den Hamburger Pfefferkäden in die Schule gehen, diese sind ihnen in der Interpretationskunst wirklich noch über. Wir möchten übrigens den Unternehmer sehen, der eine von ihm vorgenommene Aussperrung nicht als eine von den Arbeitern erzwungene Maßnahme deklarieren. In dem vorliegenden Falle handelt es sich aber nicht nur um den Versuch, die öffentliche Meinung zugunsten der Reeder zu beeinflussen, die Sache hat auch noch einen sehr materiellen Hintergrund. Die Reeder wollen sich zivilrechtlichen Ansprüchen entziehen. Durch ihren Gewaltakt haben sie nämlich auch sehr viele Händler und Industrielle geschädigt, indem die übernommenen Transporte verzögert worden sind. Die Geschädigten wollen daher mit Entschädigungsklagen gegen die Ballin-Gesellschaft vorgehen. Nun enthalten die Kompositionen aber die sogenannte Streikklausel, die die Unternehmer von jeder Haftung befreit, wenn höhere Einwirkungen, als welche auch Streiks betrachtet werden, Betriebsstörungen verursachen. Daher der Versuch, aus der ganz willkürlichen Aussperrung einen Streik zu machen. Würden die Reeder mit solchem Trick Erfolg haben, dann hätte ein Vertragsverpflichteter es immer in der Hand, sich einer kontraktlichen Verpflichtung zu entziehen. Er hätte nur notwendig, die Arbeiter zu zwingen, protobierenden und sie schädigenden Ansprüchen Widerstand entgegenzusetzen und dann eine Aussperrung vorzunehmen. Aus diesem Grunde hat die Frage für den gesamten Handel und die Industrie eine prinzipielle und eine materiell ganz hervorragende Bedeutung.

Von dem Bericht der Handelskammer zu Berlin für 1906 ist nunmehr der zweite Teil erschienen, der in der Hauptsache eine Schilderung des Geschäftsganges in den einzelnen Zweigen des Handels und der Industrie bietet. Das Urteil über die allgemeine wirtschaftliche Lage, wie sie Berlins Handel und Industrie im Jahre 1906 aufwies, faßt der Handelskammerbericht in folgenden Worten zusammen: „Angepannte Tätigkeit, der oft genug die nötigen Arbeitskräfte fehlen, lebhafter und große Umsätze werden von allen Seiten gemeldet; ebenso eine fast allgemeine Auswärtsbewegung der Preise. Am stärksten war diese bei den Rohstoffen und Halbfabrikaten ausgeprägt, die den schon hohen Stand von 1905 noch weit überstiegen; einige Ausnahmen, die zum Beispiel für Zink, Petroleum, Kaffee, einzelne Chemikalien zu konstatieren sind, fallen gegenüber der überwältigenden Mehrheit der im Preise gestiegenen Waren wenig ins Gewicht. Die weiter verarbeiteten Waren folgten dem schon seit den Vorjahren von den Rohstoffen ausgehenden Anstöße in mehr oder minder raschem Tempo, im allgemeinen um so langsamer, je näher sie dem letzten Käufer gerückt waren, weil hier die Vielseitigkeit des Angebotes, das Vorhandensein älterer, billiger einsehender Bestände, und der Widerstand der Verbraucher die Durchsetzung der höheren Preise am meisten erschwert.“ Der Warenverkehr Berlins (abgesehen vom Viehverkehr), der sich auf Eisenbahn und Wasser vollzieht, hat im Jahre 1906 eine Viertel-Milliarde Doppelzentner überschritten. Er stieg gegen das — ebenfalls gute — Vorjahr um nahezu 18 Proz. Beachtenswert ist, daß von den beiden für die Güterzufuhr in Betracht kommenden Beförderungsarten, Wagen und Kahn, der erstere diesmal einen Vorprung erreichte, während noch im Vorjahre die Zufuhr per Wasser übertrug. Der Mangel an Hafeneinrichtungen macht sich auf diese Weise bemerkbar. Den Darlegungen des Handelskammerberichts über die wirtschaftlichen Ergebnisse der einzelnen Branchen ist ein umfangreicher Anhang beigegeben, der die Statistik des Güterverkehrs enthält, ferner die von der Handelskammer im Jahre 1906 erstatteten Gutachten über Handelsgebräuche usw. wiedergibt und endlich eine Uebersicht über die bei der Kammer bestehenden Kommissionen, Sachausschüsse usw. sowie ein Verzeichnis der öffentlich angestellten Sachverständigen usw. bringt.

Aus der Arbeiterbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Mittwoch, den 24. April, 8 1/2 Uhr, im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstr. 72. Vortrag: „Die Teilnahme der Frauen an der Kranken- und Invalidenversicherung“. Referent: Dr. S. Rosenfeld.

Friedrichshagen. Montag, den 22. April, 8 1/2 Uhr, im „Wilhelmsbad“: Vortrag. Genossin Jfrez.

Adlershof. Montag, den 22. April, 8 Uhr, bei Käthe, Bismardstraße 60: Öffentliche Versammlung. Vortrag. Herr Kurt Heinig: „Die Rechte der Frau“. Bericht und Neuwahl der Vertrauensperson für Adlershof.

Lichtenberg. Montag, den 22. April, 8 1/2 Uhr, in Neu-Lichtenberg, Wilhelmstr. 69, Ecke Sophienstraße, bei Kunert: Vortrag: „Die Frau im Lichte der Kulturentwicklung“. Referent: Redakteur Wermuth.

Groß Lichterfelde und Umgegend. Der Besuch der Arbeiterwohlfahrtsausstellung findet erst Sonntag, den 12. Mai, statt. Treffpunkt: Charlottenburg, am Anie, Berliner- und Bismardstragen-Ecke pünktlich 1/2 Uhr.

Sozialdemokratischer Leo- und Distriktsklub „Demosthenes“. Heute abend 1/2 Uhr bei Voltmann, Briggengasse 8: Sitzung.

Sozialdemokratischer Leo- und Distriktsklub „Johann Jacoby“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Kugel, Kalkmann-Allee 95: Sitzung.

Sozialdemokratischer Leo- und Distriktsklub „Hafenarbeiter“. Heute abend 8 1/2 Uhr, bei Koss, Elbendammstr. 18: Sitzung.

Agitationsverein für den Wahlkreis Landsberg-Soldin. Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus. Gäste willkommen.

Wetter-Prognose für Freitag, den 19. April 1907.

Ruhig und veränderlich, vielfach wolfig mit etwas Regen und ziemlich kalten nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 18. April 1907 bei Ruffig. — Meter, bei Dresden + 46 dp. — Elbe bei Waggberg 3,01 Meter. — Oder bei Rathow 3 Meter, Regh. — Oder bei Seeblau + 0,40 Meter. — Oder bei Bries 3,22 Meter. — Reichenhain 2,98 Meter.

Denkschrift über das Kartellwesen.

Dem Reichstag ist jetzt der 8. Teil der Denkschrift über die Kartelle zugegangen. Er behandelt die Kohlenindustrie. Die offen in die Erscheinung tretende monopolistische Tendenz der Kohlenindustrie erklärt die Denkschrift aus dem Umstande, daß der Betrieb örtlich durch das Vorkommen von Kohle gebunden ist, die Schachtanlage und der Abbau der Kohle bedeutende Kapitalien, Sachkenntnis und Erfahrung, sowie wegen des mit dem Betriebe verbundenen Risikos, besonderen Unternehmungsgespirs erfordert. Dazu kommt noch der trotz aller Verschiedenheit der Sorten einheitliche Charakter der Erzeugnisse, die Einheitlichkeit der Kosten der Gewinnung, insofern die Unfähigkeit im Preise eines Vorproduktes entfällt und endlich der beschränkte Wert der Erzeugnisse im Verhältnis zu den Transportkosten. Befestigt wird der monopolistische Charakter der Kohlenindustrie dadurch, daß die Kohle einen notwendigen Rohstoff für die Industrie und für die Masse der Bevölkerung ein unentbehrliches Brennmaterial bildet. Was der Bericht als Gegengewicht gegen die monopolistische Tendenz der Kartelle anführt, erscheint sehr wenig stichhaltig. Er rechnet hierher, daß der Kohlenbergbau kein räumlich zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bilde, die Braunkohle an Verwendbarkeit und damit an Bedeutung gewonnen habe, und vor allem der Wettbewerb ausländischer Kohle im Betracht komme. Die etwa 10 Proz. der Erzeugung betragende Einfuhr von Stein- und Braunkohle in das deutsche Zollgebiet ist von 4 689 242 Tonnen im Durchschnitt der Jahre 1876 bis 1880 auf 17 344 984 Tonnen gestiegen. Namentlich zeigt die Einfuhr der englischen Steinkohle eine wesentliche Steigerung. Sie betrug 1898 4 506 183 Tonnen, im Jahre 1900 6 033 316 Tonnen und im Jahre 1906, wo die deutsche Produktion infolge des großen Bergarbeiterstreiks zurückging, auf 7 483 421 Tonnen gegen 5 808 032 Tonnen im Jahre 1904. Als weitere Faktoren, die der wirtschaftlichen Nachstellung der Kartelle Schranken setzen, betrachtet die Denkschrift das Vorhandensein fiskalischer Kohlengruben, deren Ausbeute allerdings nur 14 Proz. der Gesamterzeugung betrug, und den Umstand, daß die Eisenbahnen sich im Besitze des Staates befinden und somit niedrige Frachttarife zu Konkurrenzszwecken seitens der Kartelle nicht in Anwendung gebracht werden könnten. Das hat natürlich nur für das bestrittene Absatzgebiet Bedeutung, d. h. für solche Bezirke, wo beispielsweise die schlesische Kohle mit der westfälischen in Konkurrenz tritt. Das westfälische Kohlenbassin beherrscht aber durch den Umfang seiner Produktion den Markt fast vollständig, wie die Kohlenverbraucher namentlich in den Jahren des Kohlenmangels genügend erfahren haben. Von dem im Ruhrbecken geförderten Kohlen hatte das Syndikat 1906 einen Anteil von rund 58 Proz., während die nichtsyndizierten Zechen mit nur noch 2,3 Proz. beteiligt waren. Vor der Neuregelung der Verträge im Jahre 1903 betrug der Anteil der letzteren aber noch rund 17 Proz., ein Beweis dafür, wie das Syndikat seine Monopolstellung ausdehnt und befestigt, auch ohne daß es die Eisenbahnfrachttarife beherrscht. Die sehr übrigen die Kirdorf, Stinnes ufm. auf die Wünsche der Regierung unter Umständen pfeifen, hat diese bei der bekannten Siberiaangelegenheit erfahren. Aber auch dort, wo keine großen Interessen der Magnaten auf dem Spiele stehen, lehnen sie der Regierung gegenüber gerne ihren protegieren Standpunkt hervor, wenn diese sich um Dinge kümmert, die den Kohlenbaronen unangenehm sind. Zur Feststellung der Verhältnisse in der Kohlenindustrie war die Regierung mit den Syndikatsvertretern in kontraktliche Verhandlungen eingetreten. Solche Verhandlungen überhaupt abzulehnen, lag natürlich nicht im Interesse der Syndikatsvertreter, weil ihnen daran liegen mußte, der Regierung und, mit Rücksicht auf die zu erwartende Veröffentlichung der Verhandlungen, der weiteren Öffentlichkeit eine möglichst günstige Meinung von den Einrichtungen und Wirkungen des Kartells beizubringen. Als nun aber die Regierungsdirektoren über die Zusammenfassung des Betrags, der im Syndikat nicht nur die obere Instanz für Entscheidungen über Festsetzung der Beteiligungsziffer für die einzelnen Zechen bildet, sondern der vor allem auch die Richtpreise festzustellen hat, bezüglich der verschiedenen Interessengruppen und der Einwirkung dieser Gruppen auf die Festsetzung der Richtpreise eine Auskunft wünschte, wurde eine solche abgelehnt. Ebenso wurden nähere Angaben hinsichtlich der Stimmenszusammensetzung bei der Abstimmung über die Richtpreise mit der Begründung abgelehnt, daß die Gruppierung der Mitglieder keine ständige sei und daß darüber in den Protokollen nichts bemerkt werde.

allgemeinen Kohlenknappheit und der berechtigten Erregung, welche sich der Öffentlichkeit bemächtigt habe, könne der Vorstand nicht anders, als die volle Teiligungsanteile für Kohlen fordern. Andererseits sei er auch denjenigen Mitgliedern gegenüber dazu verpflichtet, die in der Lage seien, ihren vollen Anteil zu liefern. Aus dem Kreise der Mitglieder, so heißt es weiter, seien gegen die Freigabe Bedenken geltend gemacht worden mit der Begründung, daß die Arbeiterbeschwerden, die schon heute besorgniserregend seien, dadurch weiter an Ausdehnung gewinnen.

Und nun winkle der Herr Kirdorf der Mehrheit mit dem Jaanpsahl. Seine Worte seien nicht tragisch zu nehmen, den Antrag des Vorstandes könne man ruhig ablehnen. Laut Protokoll erklärte er, daß in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses und des Ausschusses der Vorstand sich dem Willen der Zechenbesitzer versammelte anschließe, wenn seine (d. h. des Vorstandes) Stellungnahme zu Protokoll genommen werde und er hierdurch der Verantwortung entbunden sei. Nachdem dann ein Vergüt Stipendiat eine Freigabe der Teiligungsanteile für unzulässig erklärt, weil sie (widerrechtliche Begründung) doch nicht voll geleistet werden könne und ein derartiger Beschluß nur neue Unruhen in die Welt hineintragen werde, wurde denn auch der Antrag des Vorstandes abgelehnt und die Beteiligungsziffer für Kohlen auf 95 und für Braunkohle auf 90 Proz. festgesetzt. Kann man sich einen egoistischeren Standpunkt vorstellen, als ihn hier die Mehrheit der Zechenbesitzer einnimmt? Wohl kaum! Der Vorstand anerkennt: es besteht eine allgemeine Kohlenknappheit, es besteht darüber eine berechnete Erregung. Diejenigen Mitglieder, welche die volle Beteiligungsziffer liefern können, haben einen Anspruch darauf. Aber trotz alledem erfolgt die Ablehnung, weil die Preise sinken und die Arbeiterforderungen stellen könnten!!! Lächelnd akzeptiert der Vorstand die Ablehnung seines eigenen Beschlusses, denn er ist ja der Öffentlichkeit gegenüber jetzt gebodt. Die Zeche „König Ludwig“ versucht, als ihr eine Revision der Beteiligungsziffer zu ihrem Gunsten mangels hinreichender Unterlagen im Vertrage glatt zurückgewiesen worden war, auf dem Wege der Klage zu ihrem Rechte zu kommen. Der Einwand des Syndikats, daß laut Vertrag die Entscheidung der ordentlichen Gerichte ausgeschlossen sei, genügt. Die klagende Zeche wurde von den ordentlichen Gerichten wegen Unzulässigkeit des Rechtsweges abgewiesen. Und während diese allmächtige Kapitalistengesellschaft das Interesse der auf den Bezug von Kohlen angewiesenen Industrien zu ihrem Gunsten rücksichtslos niedertreibt und dafür ihr eigenes selbstsüchtiges Interesse zum Drehzapfen der wirtschaftlichen Entwicklung machen möchte, plärren die Stresemann, Semler und andere im Reichstag von dem Terrorismus und der fortgesetzten Beunruhigung unserer vaterländischen Industrie durch die Gewerkschaften.

Terrorismus gegen Arbeitswillige.

Die systematische Behinderung Arbeitswilliger an Vertätigung ihrer Arbeitskraft durch Konkurrenzklauseln — jenen Vertragsvereinbarungen, die über die Arbeitsvertragszeit hinaus den Arbeiter in der Verwertung seiner Arbeitskraft behindern, wird insbesondere von Großindustriellen betrieben, möge es sich um Handlungsgeschäften, um Werkmeister, Betriebsbeamte oder einfache gewerbliche Arbeiter handeln. Dieser Terrorismus ist insbesondere auch Nicht-Handlungsgeschäften gegenüber in immer stärkerem Maße zur Anwendung gelangt und hat eine gemeingefährliche Ausdehnung erlangt. Da ist die Festnagelung solcher Praktiken insbesondere dann von Wert, wenn die Großindustriellen selbst zugeben, ein solches Verfahren sei verwerflich, das gegen die guten Sitten verstoßende Verfahren aber selbst anwenden.

Solche Festnagelung ist gegenüber dem nationalliberalen Abgeordneten Freiherr von Hehl zu Herrnsheim bekanntlich am 14. März im Reichstag erfolgt. Genosse Heine hatte behauptet, im Betrieb des genannten Abgeordneten habe ein Arbeiter mit 24 M. Wochenlohn sich bei einer Konventionalklausel von 5000 M. einer Konkurrenzklause unterwerfen müssen. Das bestritt dieser nationalliberale Abgeordnete, der seine rücksichtslosesten Schwarzmaterialien durch ein sozialpolitisches Neben-Rästelchen zu verblüffen beabsichtigt ist. Ausweislich des von uns am 19. März niedriger gedruckten stenographischen Berichts erklärte er der Festnagelung gegenüber: „Verträge (Konventionalklauselverträge) mit Arbeitern werden in meinem Betriebe überhaupt nicht gemacht.“ „Verträge mit Konkurrenzklause werden in meinem Betriebe nur mit Vertrauenspersonen abgeschlossen.“ „Ich würde diese Konventionalklausel bei 24 M. Wochenlohn unter keinen Umständen billigen.“ „Reinesfalls ist er (der Vertrag) von mir unterschrieben.“ Er teilte mit, er habe sofort nach Worms telegraphiert, um Mittelungen über das Tatsächliche zu erhalten. Er werde nach erhaltenem Rückantwort nähere Aufklärung geben.

Im Anschluß an unsere Festnagelung, daß dies Versprechen des Freiherrn Hehl zu Herrnsheim nicht eingehalten worden ist, bezweifelten wir, ob der sonst so redselige Herr von Hehl zu Herrnsheim die Sprache in dieser Session wiederfinden werde. Der mit der Abelsneubert und Scharfmacherei des nationalliberalen Herrn von Hehl konkurrierende freikonservative Abgeordnete von Diefen meinte am 15. dieses Monats, Herr von Hehl werde auf die Sache zurückkommen. Dies Versprechen des Herrn von Diefen ist noch weniger wert, als das seines Freundes. Wir wollen nachstehend versuchen, die plötzliche Jungenämmerung des nationalliberalen Ledersängers wenn nicht zu heilen, so doch zu erklären.

Die von uns oben wiedergegebenen Behauptungen und Verstärkungen, die der nationalliberale Abgeordnete Freiherr von Hehl zu Herrnsheim in der Sitzung des Reichstags in breiter Öffentlichkeit aufstellte, sind Punkt für Punkt unwahr. Seinen feierlichen Erklärungen entgegen ist wahr: 1. Herr von Hehl hat eigenhändig den von ihm abgelehnten Vertrag unterschrieben, 2. dieser Vertrag ist mit keiner Vertrauensperson, sondern mit einem Degradarbeiter abgeschlossen, 3. gleichlautende von Hehl im Reichstag verurteilte Verträge sind mehrfach in Heils Betrieb durch Herrn von Hehl abgeschlossen. Unser Verdorgeron, die „Pfälzische Post“, veröffentlicht in ihrer Nummer vom 6. April einen solchen Vertrag. Im § 2 dieses Vertrages hat der mit 24 M. Wochenlohn angestellte Arbeiter sich verpflichten müssen: ... in allem, was auf die Fabrikationsverfahren und überhaupt auf das Geschäft dieser Firma Bezug hat, jederzeit die größte Verschwiegenheit zu wachen. Derselbe verpflichtet sich ferner, so wohl während der Zeit, in welcher er in Diensten der Firma steht, als auch nach während der drei ersten Jahre nach seinem Austritt, daß er seine Entlassung aus deren Diensten in keiner Weise einem den Geschäften derselben gleichen oder auch nur ähnlichen Geschäfte in Oeffen, Baden, der Pfalz, Elsas-Lothringen, der Rheinprovinz, Hessen, Nassau, Thüringen und Königreich Sachsen seine Tätigkeit und Erfahrung weder direkt noch indirekt anzuwenden, in ein solches einzutreten, sich an einem solchen zu beteiligen oder selbst ein solches zu gründen. Als gleich oder ähnlich hat jedes Geschäft zu gelten, welches auch nur einen der nachverzeichneten Artikel fabriziert, nämlich: Lederver, Wäschleder, Braunleder, Rindleder, Sattinleder, Pauschleder, serbige Schuh- und Portefeuilleleder, Chromleder jeder Art, Leim und Degras, oder einen sonstigen Artikel, welchen die Firma Cornelius Hehl bei dem Aufhören des Dienstverhältnisses fabrizieren wird. Diese Verbindlichkeiten gelten selbstverständlich nur solange das Geschäft der kontrahierenden Firma besteht, solange dasselbe besteht, gelten sie aber unbedingt, einerlei unter welchem Eigentümer oder unter welcher Firma das Geschäft fortgeführt wird. Für jeden Fall, daß ... einer dieser Verpflichtungen zu

widerhandeln würde, ist er verbunden und verbündet er sich, eine Konventionalklausel von Fünfstausend Mark zu zahlen, ohne daß ... sich durch Zahlung derselben von seinen Verpflichtungen zum Erlas eines höheren Schadens befreien kann.“ Herr von Hehl zu Herrnsheim hat in dem Vertrage u. a. noch folgende, gegen die guten Sitten verstoßende Vertragsbestimmungen getroffen, die niedriger zu hängen angebracht sein dürfte:

„Sollte ... den Anordnungen des Fabrikherrn oder sonst einer in diesem Vertrage eingegangenen Verpflichtungen zuwiderhandeln, so ist die Firma Cornelius Hehl berechtigt, ihn sofort ohne Entschädigung zu entlassen. In diesem Falle tritt selbstverständlich die Bestimmung des § 2 in Wirksamkeit, wonach ... während der ersten drei Jahre nach der Entlassung keinem Geschäfte ähnlicher Art seine Tätigkeit zuwenden darf. Gleiches gilt, wenn eine Entlassung nach Maßgabe der §§ 123 Nr. 1 bis 7 resp. 133e der Gewerbe-Ordnung für das deutsche Reich stattfindet, wodurch gegenwärtiger Vertrag seine Abänderung erleiden soll, soweit er die Verpflichtung aus § 2 betrifft.“ Der Inhalt dieser Hehlverträge enthält eine so widerliche Behinderung Arbeitswilliger an der Verwertung ihrer Arbeitskraft, daß es begreiflich ist, wenn selbst Herr von Hehl in der Reichstags-Sitzung die Rechtsbeständigkeit eines solchen Vertrages in Frage und der freikonservative Herr von Diefen eine Verteidigung dieses Terrorismus in Aussicht stellte.

Für den Sozialpolitiker und für den Gesetzgeber erwächst aber die gebieterische Pflicht, schleunigst solche Verträge ausdrücklich zu verbieten. Und das um so mehr, als es unrecht wäre, Herrn von Hehl zu Herrnsheim als den einzigen Fabrikanten anzusprechen, der ähnliche Verträge abschließt. Solche selbst von Herrn von Hehl als verwerflich bezeichneten, als Lohnabgabe oder Beschränkung der Erwerbsmöglichkeit gerichteten Verträge sind in der Großindustrie gang und gäbe. Wir veröffentlichen nachstehend einen ähnlichen Vertrag aus einer Chemischen Maschinenfabrik. Der Vertrag lautet in dem entscheidenden Teil:

„Wir bestätigen hiermit, daß Herr ... vom ... ab in unserer Fabrik als Konstrukteur für den Stiel- und Tüllmaschinenbau ufm. angestellt ist gegen ein monatliches Gehalt von 175 M. — Einhundertundfünfundsiebzig Mark — bei vierwöchentlichem, am 1. eines jeden Monats anzubringender Kündigung. Herr ... verpflichtet insbesondere, daß er nach seinem Austritt aus der Maschinenfabrik Kappel während zweier Jahre zu keiner in oder außerhalb der Fabrik, die Stiel- und Tüllmaschinen baut, in Stellung geht, auch nicht in irgend einer Weise für solche tätig sein wird und verpflichtet sich, eine Konventionalklausel von Zehntausend Mark an die Maschinenfabrik Kappel zu zahlen, falls er diesem Versprechen zuwider handelt.“

Dagegen sichert ihm die Maschinenfabrik Kappel zu, daß sie ihm im ersten Jahre seiner Stellung bei ihr nicht kündigen und seinen Gehalt nicht erniedrigen wird, wenn er seinen Pflichten in gewissenhafter Weise nachkommt. Chemik-Kappel, am ... Maschinenfabrik Kappel. Hammer, Ansdit.

Bedenken die bürgerlichen Parteien und die Regierung endlich solchem Terrorismus für die Zukunft durch Annahme des sozialdemokratischen Antrages entgegenzutreten, der die gesetzliche Festlegung der Nichtigkeit von Konkurrenzklauseln verlangt?

17. Generalversammlung des Zimmererverbandes.

Köln, 17 April 1907

Es folgt der Punkt Presse. Die Auflage des Verbandsorgans „Der Zimmerer“ stieg von 41 745 im Jahresdurchschnitt 1904 auf 49 152 in 1905 und 57 087 in 1906. Der von Fr. L. und erstattete Bericht der Prehkommission befaßt sich vorwiegend mit dem Streit zwischen dem „Zimmerer“ und dem „Vorwärts“. Die Kommission hat die Haltung des Verbandsorgans gutgeheißen.

Der Verbandsausschuß und der Zentralvorstand unterbreiten der Generalversammlung eine lange Resolution, die Ziel und Zweck des Zimmererverbandes darlegt, wobei sie sich auf die Beschlüsse des Mannheimer Parteitag und den nach dem Jenoer Parteitag bekanntgegebenen Standpunkt des Parteivorstandes stützen und dann sagen, daß der bisherige Charakter des Verbandes mit diesen beiden Erklärungen nicht im Widerspruch steht und daß an diesem Charakter festgehalten werden soll. Dann heißt es bezüglich der Erklärungen der beiden Parteivorstände: „Wird dieser Grundsat von beiden Bewegungen (Partei und Gewerkschaften) als Richtlinie konsequent innegehalten, dann gehen die Bahnen beider Bewegungen nahe nebeneinander; sie berühren sich vielfach, aber kreuzen sich niemals feindlich.“ Weiter wird in der Resolution der Verkehr zwischen Verbandsmitgliedern und Verbandszeitung geregelt. Es heißt da unter anderem: „Beschwerden gegen leitende Personen oder Institutionen des Verbandes gehören nicht in das Verbandsorgan, sondern vor die dazu bestimmten Beschwerdeinstanzen des Verbandes.“

Zu dem Gegenstand „Presse“ liegen u. a. diese Anträge vor: Rürnberg: Im „Zimmerer“ ist eine Prekpoemik mit Parteiblättern nicht zu führen. Berlin: Alle Jahrestellen haben das Recht, sich mit der Schreibweise des „Zimmerer“ zu beschäftigen. Sind Resolutionen gegen die Redaktion bezw. die Schreibweise des „Zimmerer“ in den Versammlungen der Jahrestellen angenommen, so hat die Redaktion die Pflicht, dieselben wie alle übrigen Versammlungsberichte im „Zimmerer“ zum Abdruck zu bringen. Merseburg: In Zukunft sind Polemiken, wie sie vor dem Parteitag in Mannheim mit dem „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ im „Zimmerer“ stattgefunden haben, zu unterlassen. Dortmund: Kritiken und Polemiken zwischen dem Verbandsorgan und den Parteiorganen, wie es im verflochtenen Jahr mehrfach geschehen ist, sind zu vermeiden.

Leipzig: Das Verbandsorgan ist politisch und wissenschaftlich im Sinne der modernen Arbeiterbewegung weiter auszubauen. Nachdem Bringmann (Redakteur) die Resolution begründet hat, führt als erster Diskussionsredner Rudolf (Leipzig) aus, daß er Bringmann als tüchtigen Redakteur durchaus schätze, doch habe er im vorigen Jahre den Leipziger Kameraden die Agitation für das örtliche Parteiblatt erschwert. Auf dem Mannheimer Parteitag sei die Streitart begangen worden, und darum wolle er die geschehenen Dinge ruhen lassen. Jedoch wünsche er, daß im „Zimmerer“ Propaganda gemacht werde zum 1. Mai, was er im vorigen Jahre vermehrt habe. Das Blatt müsse auch so ausgestaltet werden, daß es in abgelegenen Gebieten, in die die Arbeiterpresse nicht komme, die politische Zeitung in etwas ersehe.

Martha (Darmstadt) schließt sich dem Wunsch, den der Vorredner zuletzt geäußert hatte, an. Er will ebenfalls nicht die alten Sachen aufrühren, gibt aber dem Wunsch der Hamburger Jahrestelle Ausdruck, daß solche Dinge in der Folgezeit nicht wieder vorkommen. Dem Antrag Dortmund: Polemiken mit der Parteipresse zu vermeiden, stimmt er zu. Masowski (Berlin): Der Wunsch, über das Vergangene hinwegzugehen, sei schwer zu erfüllen. Wenn man bedauere, daß die Sachen vorgetommen sind, so hätte man nicht den Anlaß dazu geben sollen; denn nicht nur von der Parteipresse, sondern auch von der Gewerkschaftspresse, in erster Linie vom „Zimmerer“ sei da starker gestimmt worden. Es sei kein Wunder, wenn in den großen Jahrestellen, wo die Mitglieder sich lebhaft politisch betätigen, dadurch böses Blut gemacht werde. Die Generalversammlung dürfe es nicht beim Bedauern lassen, sondern müsse versuchen, Remedur zu schaffen. Solche Polemiken wirken zerstückend und schädigen den Verband und die Arbeiterbewegung besonders in rüchständigen Gegenden.

Reich (Weipzig): Es liegt nicht im Interesse der Bewegung, jene Polemiken in die Gewerkschaftspressen zu bringen; sie könnten anderwärts ausgetragen werden. Die Schuld liegt aber nicht nur auf Seiten der Gewerkschaftspressen.

Bringmann: Es handelt sich bei der vorliegenden Frage um etwas anderes, als um eine persönliche Polemik, sondern darum, daß die Gewerkschaften hineingebürgert werden sollen in den Kampf um die politische Macht. Es sei also die Frage, ob die Gewerkschaften dem folgen, oder ob sie an der durch Beschlässe festgelegten Tradition festhalten sollen.

Womm (Nürnberg): Es könne nicht die Aufgabe der Gewerkschaften sein, den Kapitalisten die Arbeit abzunehmen. Wenn die Gewerkschaften von gewisser Seite derunglimpft werden, so müsse darauf geantwortet werden, und das habe der „Zimmerer“ in lobenswerter Weise getan.

Onnen (Wilmshaven): Der „Zimmerer“ habe die Interessen des Verbandes so vertreten, wie man es verlangen und für die Zukunft wünschen müsse.

Dreh (Nürnberg): Der „Zimmerer“ sei in der Polemik zu weit gegangen und habe probiert gewirkt. Wenn man sich während der Verteidigung in Angriffe verwanke, könne man sich über die Folgen nicht wundern.

Kabitzki (Berlin): Es befreite den Kameraden Bringmann niemand, daß er ein ebenso guter Parteigenosse wie Gewerkschaftler sei; aber seine Schreibweise in den Polemiken könne man nicht billigen. Statt neues Öl aufs Feuer zu gießen, habe er denken sollen: Der Klügste gibt nach.

Siege (Berlin): Er und ein großer Teil der Berliner Kameraden stehe nicht auf dem von den Vorrednern aus Berlin vertretenen Standpunkt. Es sei von Akademikern und Theoretikern der Versuch gemacht worden, die Gewerkschaften unter die Oberhoheit der Partei zu bringen, obwohl beide Teile der Arbeiterbewegung gleichberechtigt sein müßten, um in den großen Fragen zusammenzugehen.

Jerch (Duisburg) kann Bringmann keine großen Vorwürfe machen; es sei aber nötig, solche Polemiken ferner nicht auf die Spitze zu treiben.

Kube (Berlin), Mitglied des Ausschusses, stellt fest, daß Bringmann, wenn auch nicht Wort für Wort, von dem Zentralvorstand und dem Verbandsauschuß gebotet werde; die Artikel seien sogar durch diese beiden Körperschaften veranlaßt worden, als die Angriffe eine Antwort nötig machten.

Nachdem noch Steinko (Dortmund) und Schaller (Nürnberg) gesprochen haben, erhält Bringmann das Schlusswort: Es gebe niemand, der die Polemik zwischen „Zimmerer“ und „Vorwärts“ mehr bebauern könne als er; aber er müsse die Schuld an den Vorkommnissen von dem „Zimmerer“ entschieden wegweisen. Im übrigen sage er gegenüber dem Berliner Antrag, daß Beschwerden gegen den „Zimmerer“ nicht in diesen, sondern vor die Prekommission gehörten. Die Quintessenz des Berliner Antrages wäre, daß man einen Reklamationsweg in den Verband hinein schaffen würde, den außerhalb des Verbandes stehende Elemente benutzen könnten.

Klofowski zieht den Berliner Antrag zurück. Die von der Zentralleitung vorgeschlagene Resolution wird mit allen gegen drei Stimmen angenommen, ferner mit allen gegen acht Stimmen eine Resolution Lenzen (Arafeld), die das Vorgehen des „Zimmerer“ bei den Polemiken mit einigen Parteiblättern billigt. Der Nürnberger Antrag wird abgelehnt, womit der Dortmunder und der Werseburger Antrag erledigt sind.

Der Antrag Leipzig wird angenommen. Damit sind die Verträge erledigt, und es wird dem Zentralvorstand, der Redaktion, dem Verbandsauschuß und der Prekommission einstimmig Entlastung erteilt.

Bei der Statutenberatung wird der folgende Antrag Leipzig dem Vorstand zur Erwägung überwiesen:

„Der Zentralvorstand wird beauftragt, bis zur nächsten Generalversammlung (1900) eine Vorlage anzuarbeiten, wonach es ermöglicht wird, die Arbeitslosenunterstützung in eine Erwerbslosenunterstützung umzuwandeln, und zwar auf der Grundlage, daß vom 20. Dezember bis 10. Januar keine Unterstützung ausbezahlt wird und diejenigen, die vor der Ruhepause arbeitslos und unterstützungsbedürftig waren, und während der ganzen Dauer der Ruhepause arbeitslos verblieben, sofort nach deren Beendigung weiter bezugsberechtigt sind.“

Über alle Anträge auf Einführung der Sterbegeldunterstützung geht der Verbandstag zur Tagesordnung über. Die Anträge auf Einführung einer Krankenunterstützung sind durch den Antrag Leipzig für diesmal erledigt.

Der Verbandstag lehnt mit 128 gegen 18 Stimmen jede Beitragserhöhung für jetzt ab.

„Das Rezept.“

Im Verlage von J. Alt zu Frankfurt a. M. ist eine neue Zeitschrift erschienen, die herausgegeben wird von den beiden Ärzten Dr. Kasen-Altona und Dr. Link-Biederan. Es gehört nach dem Inhalt der Zeitschrift wirklich nur dazu, wie der Verlag trauerberig erklärt, eine neue Zeitschrift herauszugeben. Die Herausgeber wollen „Führer“ oder Beteiligten sein, der Krankenkassen auch, damit sie, „die so oft im Arzte ihre geborenen Feinde zu sehen glauben“ anderen Sinnes werden. Sie wollen ferner den „Verkehr“ zwischen Arzt und Apotheker „freundlicher, auf gegenseitigen Vertrauen gestützt“, einleiten — weil sie „zwei so sehr auf einander angewiesene hohe Berufe sind.“ Wer aber Unkundigen ein „Führer“ sein will, muß aber besser Bescheid wissen als der „Geführte“. Diese Voraussetzung dürfte nach dem ersten Leitartikel der neuen Zeitschrift, „Soziales Empfinden“ betitelt, der sogar einem Vortrage, gehalten in einer gemeinsamen Sitzung sämtlicher Krankenkassen in M. von D. L.“ entnommen wurde, bei dem „Rezept“ fehlen.

Mit dem „Lezten Sozialistenkongresse“ hebt der Erguß an, auf welchem sich der „einzige teutonische Kampf“ des von Bismard geprägten „Furor teutonicus“ erinnert haben soll. Die Baden werden ziemlich toll genommen: „eine solche Gesetzgebung, wie sie unsere arbeitende Bevölkerung unter dem Gezeir Kaiser Wilhelms des Reichthunders durch seine eisenfeste Handlanger gegeben wurde, besitzt heute noch keine Nation der ganzen Kulturwelt“. Man meint den Ausruf einer Schaubude vor sich zu haben: „Kommens rein, meine Herrschaft, kommens rein, hier ist zu sehen...“

Der von keiner Sachkenntnis getriebene Ueberpatriotismus steigert sich noch:

„Und diese Menschenwohlthat war nicht der feige Akt einer schwachen Regierung, welche dem übermächtigen Volkswillen nachgab, nein, im Gegenteil, es war ein freies Geschenk des Großen Kaisers an seine Nation, die der großen Idee in ihrer großen Waise eine absolute Verständnislosigkeit entgegenbrachte. Wäre nicht damals ein großer Kämpfer neben einem großen Kaiser und als Dritter im Bunde ein der Reifeit nach aus großen, bedeutenden, einsichtreichen Geistes zusammengefügter Reichthum dagewesen, so stände unser Volk noch auf eben demselben tiefen sozialen Empfindens wie sämtliche übrige Nationen des ganzen Erdalles.“

Wenn also eine Regierung dem „übermächtigen Volkswillen nachgeben“ würde, so wäre dies der „feige Akt einer schwachen“ Regierung. Ganz der Ton unserer Junker. Daß wir in einem konstitutionellen Lande wohnen, scheint dem Redner unbekannt zu sein. Alles hochherzige „freie Geschenk“ eines „großen Kaisers“, eines „großen Kämpfers“ und „großer Geistes“ des damaligen Reichthages. „Geschenke“, die man aber in Form von Rassenbeiträgen selbst ausbringen muß, sind doch alles, nur keine „Geschenke“!

„Doch der Redner hält daran fest, daß die also „Beschenken“ Dank schulden und erklärt sich die Undankbarkeit der Rassen wie folgt:

„Nur weil unsere Arbeiterschaft seit einem Menschenalter diese Großtat als etwas Selbstverständliches ansieht, fehlt ihrem Munde und Herzen der Dank für die Schöpfer der Wohlthat.“

Die „Alten“ wähten, welche elende Zeit vor dieser „Wohlthat“ vorhanden war, haben deshalb „das wirkliche Arbeiterelend“ kennen gelernt, das natürlich heute gar nicht mehr existiert. Heil! Heil! Vorbei ist, wie der Verfasser des Ergusses jubelt: „jene furchtbare, grausame Zeit des Alterselendes, in der alle die Millionen Alte, Schwache und Kranke den Kindern, der Gemeinde, dem Hunger, anheim fielen.“ Doch davon „ahnt ja unsere Generation und die Jugend nichts mehr.“! Deshalb dann der „Müßkld“? Die „heutige Generation“ sieht ja die „Alten“ noch von der Schwelle der Fabrik als „Unbrauchbare“ gejagt, wartend bis sie im Alter von 70 Jahren die hohe Rente von 15 M. pro Monat „erhaschen“ können, sieht den Hunger der „Schwachen“ und den Kampf der Krüppel um ihre sogenannte „Schnapsrente“ führen. Genügt das nicht?

Als „Bachmann“ tritt der Redner auch auf, wenn er meint: „Wie viel größere Wohlthat könnte dem einzelnen Kranken schon jetzt geboten werden, wenn im Volke von Anfang an Verständnis für dieselbe vorhanden und gepflegt worden wäre, wenn jeder Arbeiter, jede Arbeiterin seit 25 Jahren schon den Rassen beigetreten wäre. Dann würde heute kein arbeitsunfähiger Mensch außerhalb der Wohlthat. Und wieviel mehr erhielt der Einzelne, wenn er sich von Anfang an zu seinem wirklichen Wochenverdienst in gesunden Tagen eingeschätzt hätte und endlich, wenn die Rassen nicht bei einem zu niedrigen Prozentsatz der Steuer verharret hätten, während doch in den 25 Jahren die Löhne auf doppelte Höhe emporgeschwungen sind. Nur der Lohn des Arztes für seine Arbeit ist stehen geblieben.“

Steigert sich denn die „Wohlthat“ der Versicherung mit den Jahren? Bei der „Krone der Sozialreform“, der Invalidenversicherung wohl, denn bei jeder Marke „steigert“ sich die Rente, bis sie zuletzt 20 Mark pro Monat ausmacht. Auf die Kranken- und Unfallversicherung hat diese Bemerkung deshalb keinen Einfluß. Zu den „arbeitsfähigen Menschen“ zählen aber doch die Millionen landwirtschaftlicher Arbeiter, unständiger Arbeiter, Dienstdoten usw., die doch mit dem besten Willen den Krankenkassen nicht „beitreten“ konnten, wie der Redner fordert, da bis dato eine Versicherungspflicht für sie nicht existiert. „Schädi“ nicht der Unternehmer bei seiner Anmeldung zur Kasse den „wirklichen“ Verdienst des Arbeiters ein? Können die Krankenkassen ihre „Steuer“ so erhöhen, wie viele wohl selbst möchten? Drohen nicht die Unternehmer dann mit Neugründung von Betriebs- und Innungskrankenkassen? Setzt sich nicht selbst die Behörde der geplanten Verschmelzung zahlreicher, leistungsunfähiger Krankenkassen zu einer großen leistungsfähigen Klasse aus „politischen Gründen“ entgegen? Und dann der „arme Arzt“, dessen Lohn „stehengeblieben“ ist! Soll man erst durch große umfangreiche Statistiken die Ausgaben der Krankenkassen für Arzthonorare, das Gegenteil beweisen? Doch nur ein Beispiel wie die „Löhne der Ärzte“ „stehen geblieben“ sind. Die Ortskrankenkasse Marburg berichtet, daß die Ausgabe für Arzthonorare wie folgt gestiegen ist:

Jahr	Durchschnitts-Mitgliederzahl	Kosten pro Mitglied
1895	2991	1,91 M.
1900	2925	3,76 „
1905	3734	5,04 „

Angesichts der heftigen Kämpfe der organisierten Ärzteschaft Deutschlands um höheres, immer höheres Honorar, liegt sich der nachstehende Satz auch erheiternd:

„Wenn wir im ganzen Reiche sehen, mit welcher Selbstlosigkeit die gesamte Ärzteschaft

am Ausbau nicht nur der sozialen Gesetzgebung, sondern auch der gesamten Volkswohlthat mitarbeitet, wie sie sich überall, ohne nach Illingebem ein Lohn dafür zu fragen, in die Schanze schlägt, wo es gilt, usw.“

Überall wirkt der Arzt in seiner „Selbstlosigkeit“ mit, wie der Redner ausführlich erklärt, in der Fabrik, im Krieg usw., er hat nur die „Hinrichtungen“ vergessen, wo die Todesurache ziemlich leicht festzustellen ist. Wer hat die Millionen durch seine „Hingabe usw.“ gerettet? ruft der Redner:

„Bedinglich die Ärzte waren es, welche die Regierungen auf Sicherheitsmaßregeln aufmerksam machten zur Abwehr unerschuldeter Unfälle in den zahllosen Betrieben. Die Anstellung der Bergwerks-, Fabrik- und Bahnbetriebsinspektoren wurde durch die Ärzteschaft gefordert. Kein anderer Stand stand in jener Zeit, in welcher die Notwendigkeit dieses dringenden Arbeiterschutzes zur Anerkennung gelangte, auf gleicher Höhe sozialen Empfindens als der Ärztestand.“

Das ist starker „Tadel“! Die Organisationen der Arbeiter, die Arbeiterpresse, die Vertretung der Arbeiter im Parlament usw. haben geschlossen, nur die Ärzte haben „gewacht“, „gefordert“ und deshalb den so „herrlichen“ Schutz der Arbeiter von heute erreicht! Heil dem Ärztestand! Heil Rugban und Comp!

Denn ohne die „selbstlose Unterstützung“ der Ärzte wäre nicht dieser Schutz entstanden, auch die „ganze soziale Gesetzgebung“ wäre in ihren ersten Anfangsstadien an Gangraena sofort abgestorben. Quins! „Eugenannte Geschäftsrückichten“ kenne auch der deutsche Ärztestand nicht, denn: „Nur der Ärztestand hielt sich hoch erhoben über dieser Rücksichtslosigkeit. Er diente Arm und Reich ganz gleichmäßig. Nicht das Geschäft, sondern seine Wissenschaft und Kunst, sein warmherziges Gemüt und seine Opferbereitschaft gaben ihm das Gesch seines Wirkens. Einen Ehrenraub brauchte er nicht.“

Wie sehr verkennt man doch den Ärztestand, der um Witternacht ebenso gerne in die Hütte des Armen, als in den Palast des Reichen eilt und niemals nach der Höhe des Honorars fragt! Deshalb dann noch Ehrengerichte, die dieser Stand gar nicht „braucht“? So schwadroniert der Arzt als Redner weiter. Wunderlich, daß die Zuhörer, „lauter Rassenvorhände“, so geduldig zuhörten!

Doch er davon redet, daß „keine Unfälle, Kranken- oder Invalidenrente“ — ohne den Arzt gewährt werden kann, ist wohl richtig, unglücklich ist es aber, daß auch „keine Altersrente“ ohne den Arzt gewährt werden kann! Die Geburtsurkunde beweist doch, daß der Alte glücklich das 70. Lebensjahr erlangt hat, soll er auch noch das übliche Arztkosten bezahlen? Nur nicht aufschneiden! Nachdem der Redner all die Wohlthaten aufgezählt hat, die unsere Gesetzgebung der Arbeiter brachte, die auch noch „in kurzem die Witwen- und Waisenversorgung erhalten werden“, ruft er pathetisch aus:

„Und da nennen sich diese Empfänger heute noch die „Entscherten“! Wenn dieses Geschenk von Kaiser, Kanzler, Reichstag und Ärzten noch nicht genug ist, der Frage sich selbst, was denn der Arbeiter heute hätte, wenn er Franzose, Engländer, Amerikaner, Oesterreicher, Russe oder Japaner wäre. Gar nichts!“

Unerschämte Aerle, diese „Empfänger“, die zu ihren „Schentken“ auch noch die „Ärzte“ zählen können, wobei bis heute noch niemand eine Ahnung hatte! Was wären sie ohne diese Geschenke? Doch der Redner gibt in lebenswürdiger Weise die kluge Antwort selbst — „Gar nichts“! Deshalb Ruhe! Nieder mit den Hehern! Abnimm das „Rezept“! Um auch die Herren

Apotheker zum Abonnement der neuen Zeitschrift einzuladen, plaudert der Verfasser etwas aus der Schule:

„Früher gehörte es zur Standesehre des Arztes, ein elegantes Rezept zu schreiben, bei dem auch der Apotheker etwas zum Leben übrig behielt. Jetzt besteht im wesentlichen seine Arbeit nur noch in der Ausführung der vom Kaiserarzt möglichst billig ausfortierten Rezepte, auf welche er in Folge schmählicher Konkurrenz der Apotheken auch noch bis 20 Proz. Rabatte gewähren muß. Mit der Ermäßigung dieses Mißstandes sind wir aber auch an dem Punkte angelangt, an dem wir betonen müssen, daß die Ausübung dieser grauenvollen Konkurrenz unserer Tage eine hohe Gefahr bietet, daß das soziale Empfinden der beiden Großmächte der sozialen Arbeit Arzt und Apotheker erlischt. Videant Consules!“

So schließt der Artikel! „Elegante Rezepte“ wurden geschrieben, damit der arme Apotheker „auch noch etwas zum Leben übrig behielt.“ Deshalb fort mit der „schmählichen Konkurrenz“, die ihn zwingt, auch noch Rabatte zu gewähren! Damit ja nicht das „soziale Empfinden“ der „beiden Großmächte der sozialen Arbeit“ erlischt! Dann wäre alles aus! Wenn es auch noch erlischt! Dunkelheit würde die deutsche Arbeiterschaft umgeben, wenn die „beiden Großmächte“ kein „Empfinden“ mehr hätten! Heil den „beiden Großmächten der sozialen Arbeit“! Uff! Wie ist das „Rezept“ interessant redigiert! Schreibt der helle Sachse so weiter, dann werden die Arbeiter in den deutschen Krankenkassen in „Rassen“ diese neue Zeitschrift bestellen, die, wie man sieht, einem „wirklichen Bedürfnisse“ entspricht und der arme Verleger braucht wirklich „Mut“, um durch „gefeigerte Auflage“ den Hunger der „zahlreichen Leser zu stillen“!

Gerichts-Zeitung.

Von der Wirtschaft bei einer königlich preussischen Regierung.

Verfälschte Zustände in einer preussischen Verwaltungsbehörde wurden in einem Prozeß gegen den

Regierungsbauinspektör Friedrich Lehmann

zutage gefördert, der das Schwurgericht in Frankfurt a. O. in einer fünfjährigen Sitzung beschäftigte. Was der Untersuchung wurde L. den Geheimnissen vorgeführt, um sich wegen Urkundenfälschung, Unterschlagung in 17 Fällen, Urkundenfälschung und Vernichtung, und Betrug in 15 Fällen zu verantworten. Dem Angeklagten war es gelungen, einen sehr verantwortungsvollen Vertrauensposten bei einer Staatsbehörde zu erlangen, obwohl er bereits wegen Diebstahls mit einer Woche Gefängnis und später wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung mit sieben Monaten Gefängnis bestraft worden ist.

Vorzilgender: Wie kam es, daß Sie trotz dieser Vorstrafen noch als Beamter angestellt wurden? — Angeklagter:

Man hat mich nicht danach gefragt.

Eigenartige preussische Zustände! Handelt es sich darum, ob ein ehrlicher Mann in dem Amt beständig werden soll, in das ihn das Vertrauen seiner Mitbürger berufen hat, so schneift man nach seiner politischen Vergangenheit und allem möglichen anderen. Handelt es sich um einen

„Königstreuen“ Menschen,

der über Geld zu verfügen hat, so erfährt man nicht einmal die Vorstrafen wegen Eigentumsdelikt.

Der Angeklagte war, bevor er Bauinspektör wurde, Bureaugehülfe und bezog ein Gehalt von 200 Mark. Dann wurde er bei der Wasserbauinspektion Supernumerar und erhielt 7 1/2 Monate lang nur 75 M. Monatsgehalt, dann 100, 110 M. usw. Der Angeklagte gibt zu, in der Zeit von 1902 bis 1904 1200 M. Unterschlagung von der Regierung bezogen zu haben.

Als „königlicher Regierungsbauinspektör“ hatte er bei der Wasserbauinspektion in Fürstentum die Rechnungssachen zu bearbeiten. Hierbei hat sich der Angeklagte seit Jahren große Unterschleife bei der Führung seines Amtes zu Schulden kommen lassen, die im August v. J. erst zur Entdeckung kamen, als sich Lehmann auf Urlaub befand. In seinem Pult wurden große Mengen nicht abgehandelter Rechnungen und andere amtliche Schriftstücke entdeckt, die der Angeklagte unterdrückt hatte. Die eingeleitete Untersuchung durch die Regierung förderte circa 40 Einzelsfälle von Vergehen und Verbrechen zutage. Von dem Hofzimmermeister Möbus in Charlottenburg waren für das Leihen fiskalischer Geräte 206 M. an die Wasserbauinspektion abgehandelt worden. Anstatt das Geld an die Regierungshauptkasse in Potsdam abzuführen, bestellte Lehmann es für sich und ließ die hierauf bezüglichen Papiere verschwinden. Einen von der Riederlaucher Eisenbahngesellschaft für Kohlen gezahlten Betrag von 133 Mark ließ der Angeklagte ebenfalls verschwinden. In mehreren gleichliegenden Fällen machte sich L. auf folgende Weise eines Betrages gegen die Staatskasse schuldig. Im Frühjahr 1905 hatte der Waggermeister Uttial in Fürstentum für den fiskalischen Bauhof Kuchhöfer zum Preise von 662 Mark geliefert. Seitens der königl. Bauinsp. dürfen nur Beträge bis zu 500 Mark bezogen werden, während höhere Beträge direkt bei der Regierungshauptkasse eingezogen werden müssen. Da Uttial gelegentlich ankam, er brauchte das Geld gerade notwendig, schlug ihm der Angeklagte vor, er solle dem Einzelrechnungen ausstellen, die insgesamt den Betrag von 662 M. ausmachten. Auf diese Weise würde er den langwierigen Umweg durch die Hauptkasse vermeiden. In raffinierter Weise verstand es der Angeklagte sodann, den Uffat zur Anstellung von

drei neuen Rechnungen

zu veranlassen, da die drei ersten Rechnungen angeblich ein zu kurz auseinander liegendes Datum trügen, die dann später vernichtet werden sollten. Der Angeklagte nahm diese Vernichtung jedoch nicht vor, sondern fälschte sie später auf eigene Faust bei der Hauptkasse ein. — Ein bemerkenswerter Fall ergab in der Verhandlung großes Aufsehen. Die Regierung in Potsdam hatte für ein neues Dienstsgebäude in Fürstentum den Betrag von 49 000 Mark bewilligt. Da dieser Fonds aber im Laufe der Bauzeit durch unvorhersehbare Preissteigerungen überschritten wurde, nahm der Vorgesetzte des Angeklagten, der

Regierungsrat Gröhn,

eine Umbauung einzelner Beträge auf den für Unterhaltungszwecke des Zeltotals verfügbaren Fonds vor. Da auch diese Transaktion nicht zur Deckung ausreichte, so gab der Regierungsrat Gröhn, wie er vor Gericht zugab,

auf seinem Privatvermögen 5887 Mark her.

Bis vor dem Schwurgericht festgestellt wurde, ist dann dieses Privatgeld des Regierungsrates auf folgende Weise wieder in seine Hände zurückgelangt. Um die Regierungsbürokraten nicht in diese eigenartigen Verhältnisse einzuweihen, zugleich aber seinem Vorgesetzten das ausgelegte Privatgeld zurückzuführen, ließ der Angeklagte durch mehrere Unterbeamte fingierte Rechnungen ausstellen, in denen die Beträge von den betreffenden Beamten als empfangen quittiert wurden. Diese fingierten Rechnungen präsentierten der Angeklagte sodann bei der Regierungskasse, hob das Geld ab und führte dadurch das von dem Regierungsrat Gröhn verauslagte Privatgeld diesem wieder zu. Zugleich aber brachte der Angeklagte auch sein eigenes Schicksal dadurch ins Trockene, daß er ganz willkürlich weitere Rechnungen ausstellte und das Geld für sich selbst bei der Regierungskasse abhob. — In der Verhandlung mußte der als Zeuge vernommene

Regierungsrat Gröhn zugeben, daß er zu dem Angeklagten gesagt habe, er solle die Ueberschreibung des Kaufbonds so bedenken, daß bei der Rechnungslegung keine Schwierigkeiten entstehen, er solle aber ja vorsichtig dabei sein, „daß sie uns nicht einmal an das Hammelbein fassen“.

Daß er ferner dem Angeklagten Antweisung gegeben habe, die fingierten Belege sowie das einschlägige Kassenbuch zu vernichten, könne er ebenfalls nicht bestreiten.

Der Regierungsrat hat ferner, als der Regierungsekretär Wahrsath nach Fürstentwalde veretzt wurde, zum Angeklagten gesagt: „Seien Sie ja vorsichtig und weisen Sie den Wahrsath nicht in unsere Kassen- und Rechnungsgeschäfte bezüglich des Dienstgebäudes ein, damit der nicht erzählt, was für Wunden wir hier haben vornehmen müssen.“

um alle Kosten unterzubringen. Man weiß nicht, ob Wahrsath nicht wieder zur Regierung kommt, daß er uns da nicht etwa Schwierigkeiten macht und der Regierung nachteilige Mitteilungen macht.“ Der Zeuge gab auch zu, daß er dem Angeklagten streng verboten habe, irgendwelche Mitteilungen über die Art und Weise der Berechnungen in Form von Notizen in den Akten liegen zu lassen. Nach fünfjähriger Verhandlung sprachen die Geschworenen den Angeklagten für schuldig in vier Fällen schwerer Amtunterdrückung, in fünf Fällen einfacher Amtunterdrückung und in drei Fällen des Betrugs. Widerstands Umstände wurden dem Angeklagten zugedilligt. In acht weiteren Amtunterdrückungs- und drei Betrugsfällen wurde die Schuldfrage verneint.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gesamtstrafe von sechs Jahren Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre. Das Gericht fällte folgendes Urteil: Der Angeklagte wird zu 3 1/2 Jahren Gefängnis, wovon drei Monate als in der Untersuchungshaft verbüßt angesehen werden, unter Jubelung mildernden Umstände verurteilt. Außerdem werden dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt.

Und der Regierungsrat?

Um eine Filiale von Monte Carlo.

Die schöne Insel Madeira steht zurzeit im Mittelpunkt eines wahren Rattenbrotts von Prozessen. Alle diese Prozesse haben ihren Ausgangspunkt in der bekannten deutschen Sanatoriumsgründung auf Madeira, die nach der Behauptung der einen Seite den besten situierten Lungenkranken Deutschlands eine einzigartige Heilstätte bieten sollte, während sie nach Behauptung der anderen Seite nichts mehr und nichts weniger als die Schaffung einer Spielhölle à la Monte Carlo bedeutete, deren Zustandekommen nur durch das Eingreifen der portugiesischen Regierung verhindert worden wäre.

Als Gründer dieser „Madeira-Aktien-Gesellschaft“ kommt in erster Linie Prinz Karl v. Hohenzollern in Betracht, der vor einigen Jahren von der portugiesischen Regierung eine Konzession zur Erbauung und zum Betriebe von Sanatorien für Lungenkranke am Südrande der Insel Madeira erhielt und diese Konzession im Verein mit dem bekannten Hamburger Reeder H. Boermann, dem im Kaffee- und Zucker- und anderen sensationellen Bankprozessen als Sachverständigen bekannt gewordenen Geh. Hofrat H. v. Mannheim und eine Reihe anderer Bank- und Finanzgrößen auszunutzen beabsichtigte. Es war neben der Hauptgesellschaft noch eine Vorbereitungsgesellschaft gegründet, zu deren Direktor der frühere Geschäftsführer des „Zentralkomitees der Lungenheilstätten im deutschen Reich“ Professor Dr. Panwitz-Berlin bestellt wurde, während die Leitung der Hauptgesellschaft in den Händen des Direktors Hofmann lag. Zwischen diesen beiden Herren ist es dann aber bald zu argen Verstimmungen gekommen, so daß schließlich Professor Panwitz sein Amt niederlegte. Bald darauf tauchten in der deutschen Presse die ersten Nachrichten darüber auf, daß die mit großer Kasse ins Werk gesetzte Sanatoriumsgründung auf Madeira in Wirklichkeit nichts anderes als eine Filiale von Monte Carlo bedeute, daß Prinz Karl v. Hohenzollern beziehungsweise Direktor Hofmann und ein auf Madeira wohnender Interessent der „Madeira-Aktien-Gesellschaft“ namens Gonçalves ihr Hauptaugenmerk nicht so sehr auf den Ausbau von Sanatorien als auf die Erlangung der Spielkonzession für Madeira richteten. Aus Anlaß der Verhandlungen über das Projekt

schrieb Landrichter Altmann an Professor Panwitz einen Brief. Durch den Inhalt dieses Briefes fühlte sich Direktor Hofmann beleidigt. Seine Klage stand gestern vor dem Schöffengericht hier zur Verhandlung. Nach mehrstündiger Verhandlung gibt der beklagte Landrichter Altmann die nachstehende Erklärung ab, worauf die Klage zurückgenommen wurde:

„Der Beklagte erklärt: Ich erkenne an, daß ich durch mein Schreiben vom 11. März 1906, gerichtet an Herrn Prof. Panwitz, den Privatkläger Herrn Hofmann beleidigt habe. Ich nehme diese Beleidigungen und die meine Ehre verletzenden Behauptungen zurück und spreche Herrn Hofmann mein Bedauern aus.“

Zu meiner Rechtfertigung erkläre ich aber ausdrücklich, daß dieser Brief nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war und durch eine von mir als Vertrauensmittheilung bezeichnete Handlung zur Kenntnis dritter Personen gelangt ist.“

Vermischtes.

Vulkanausbruch und Erdbeben.

Die Erdstöße der letzten Tage in Mexiko scheinen auch unheilvolle Wirkungen nach Chile getragen zu haben. Aus Valparaiso wird gemeldet, daß der Vulkan Parícuti in der Provinz Valdivia in heftiger Eruption sei. Es werden große Mengen Lavaasche und lachendes Wasser hochgeschleudert. Dem Ausbruch begleiten unterirdische Rollen, erdbebenartige Stöße und elektrische Lichterscheinungen. Die Lavaströme setzen die Wälder in Brand. Die Bevölkerung flieht in Panik.

Aus Mexiko wird über das Erdbeben noch gemeldet, man glaube, ein unterseeischer Vulkanausbruch westlich von Mexiko habe das Erdbeben am Sonntag veranlaßt. Der in Acapulco angerichtete Schaden ist schwer. Die Gefängnisse und das bürgerliche Hospital wurden zerstört; die Kranken entkamen nur mit Mühe. Die Kasernen sowie viele Häuser sind unbetretbar und die Staatenregierung ernährt die in Not befindlichen Einwohner. Die Stadt Chilapa litt erheblich; die Kathedrale und viele Häuser stürzten ein. In Tabasco, an der Südgrenze, wurde das Erdbeben ebenfalls stark verspürt. San Juan Gontista wurde heftig erschüttert; viele Landhäuser sind dort ganz oder teilweise zerstört. Der Schaden in der Stadt Mexiko beträgt an 400 000 Mark. Die neuesten Verfallslisten weisen nur Eingeborene auf.

Ein Telegramm aus Vera Cruz berichtet, daß eine große Flutwelle die Küste von Mexiko überschwemmt und enormen Schaden angerichtet hat. Die Stadt Acapulco ist teilweise unter Wasser gesetzt, der Eisenbahnverkehr im Westen und Süden ist gestört. Zum letzten Erdbeben wird noch berichtet: Der Vulkan Concha befindet sich in voller Tätigkeit und wirft Lava und Asche aus. Nach den letzten Nachrichten sind 12 Städte und Ortschaften zerstört worden. Die Zahl der Opfer wird nunmehr auf über 100 angegeben. Die Meldungen über den Umfang der Katastrophe laufen infolge der Störung der Telegraphen- und Eisenbahnlinien nur spärlich ein. In Chilapa sind 14 Personen unter den Trümmern eines Hauses tot herbeigebracht worden, 30 waren verletzt. In Tlaxcala wurden gleichfalls 12 Tote geborgen. 20 Schwerverletzte werden unter freiem Himmel verpflegt. In Chilpancingo sind 12 Personen getötet und 30 schwerverletzt worden.

Wie aus Rom gemeldet wird, hat gestern vormittag um 10 Uhr 25 Min. in Kalabrien sowie in dem nordöstlichen Teil von Sizilien eine Erdschütterung stattgefunden.

Auch in den Osttiroler Tälern sowie in Agordo ist, wie aus Trient gemeldet wird, ein kurzes Erdbeben verspürt worden.

Abgeschleppt. Der nordöstlich des Leuchtturms aufgelaufene Londoner Dampfer „King Widdon“ ist, wie aus Nordorney berichtet wird, in der letzten Nacht mit Schlepperhilfe wieder freigekommen, nachdem man einen Teil der Ladung über Bord geworfen hatte.

Eisenbahnunfälle. Wie amtlich gemeldet wird, fuhr gestern morgen 3 Uhr 5 Minuten der von Lempe mit Kleinbahn beladene Arbeitszug 10017, welcher das halt zeigende Einfahrtsignal überfahren hatte, dem von Behring kommenden Güterzuge 7198, der in der Einfahrt in den Bahnhof Langerfeld begriffen war, auf der rechten Seite des Wupperviadukts in die Planke. Ein Hilfsbremser des Arbeitszuges wurde getötet und der Lokomotivführer desselben am Kopf und an den Armen verletzt. 24 beladene Wagen entgleisten,

fünf davon stürzten über die Brüstung des Viadukts, einer der letzteren liegt auf der Lempestraße.

Amliche Meldung: Gestern früh 6 Uhr 20 Min. entgleiste auf Bahnhof Wottscheid der Strecke Opladen-Born der Personenzug 1000. Personen sind nicht verletzt. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Vom Handeinsturz in Breslau. Von den bei dem vorgestrigen Hauseinsturz in der Kaiser Wilhelmstraße Verschütteten ist gestern morgen die Leiche des Kaufmanns Fioetke geborgen. Kurz nach 11 Uhr vormittags ist auch die Leiche des verschütteten Kontoristen Bleil geborgen worden.

Vom Bahndamm gestürzt. Auf der Station Kriba Diela der Kaschau-Oberberger Bahn ließ ein Personenzug auf ein auf dem Gleise liegendes Feldstück. Lokomotive und der Gepäckwagen stürzten den Bahndamm hinab. Menschenleben sind, soweit bekannt, nicht zu beklagen.

Nachfrage über die Schiffskatastrophe des „Imperatrix“. Die Staatsanwaltschaft hat von einer gerichtlichen Verfolgung des Kommandanten und der Mannschaft des verunglückten Dampfers „Imperatrix“ Abstand genommen, da erwiesen ist, daß die Katastrophe infolge einer Ableitung der Magnetnadel durch atmosphärische Störungen und den gleichzeitigen heftigen Sturm sich ereignet hat. Von den Hafenbehörden wurden jene Matrosen, welche, als das Unglück erfolgte, eigenmächtig sich der Boote bemächtigt hatten, im Disziplinarwege bestraft.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktinspektion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 65-70 pr. 100 Pfd., Ia 60-65, Ma 55-60, Außensfleisch Ia 64-68, Ia 54-62, Rülbe, fett 52-58, do. mager 42-50, Breiter 50-62, Außen, dün. 60-62, do. hell 00-00, Kalbfleisch, Doppelländer 105-110, Rindfleisch Ia 92-98, Ia 82-90, Ma 00-00, Kalber ger. gen. 58-72, do. hell 55-62, dünn 57-64, Hammelfleisch Wastlamm 71-74, Ia 66-70, Ia 62-65, Schaf 55-60, Schweinefleisch 45-51, Schwein, plumb. per Pfd. 0,00, Kalbfleisch 0,00, Rothfleisch, Rindfleisch 0,00, Damhirsch 0,00, Wildschwein 0,00, Krüchlinge 0,55, Kanarienvogel per Stück 0,30-0,35, Döner, alte, per Stück 1,80-3,00, do. Ia 0,00, do. junge 0,00, Bolognäsünder 1,00-1,85, Lenden 0,50-0,55, Italienische 0,00, Enten per Stück 2,50-3,75, dito Gänse, per Stück 2,90-3,00, dito Gansperger per Stück 2,50 bis 5,00, Gänse, Hamburger per Pfd. 1,10-1,25, dito Gänse 0,50, Oesterreich 100 Pfund 83-91, mittl. 00, Klein 00, Sonder mittel 0,00, unsortiert 0,00, do. matt 0,00, Schelle hell, Ia 84-105, do. mittel 113, Kalle, groß 117-121, klein 0,00, mittel 0,00, unsortiert 0,00, Wägen, klein 0,00, do. groß 0,00, do. 47-47, Karpfen 35-40er 00, do. 100er 55-60, do. 25-30er 65, Bleie matt 0,00, Wand 00, Bunte Rülbe 46-71, Barze 72-75, do. matt 0,00, Karanfische 0,00, Bleifische 0,00, Weiss 0,00, Unappern 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110-130, do. Ia neuer 90-100, do. Ma neuer 75, Seelachs 20-25, Sprotten, Rieder, Ball 1,00-1,50, Danziger Rülbe 0,50-0,70, Klammer, Krieler, Steige Ia 2-4, do. mittel per Rülbe 2-3, Hamb. Steige 4-5, halbe Rülbe 2,00, Bälling, per Ball Rülbe 3-4, Stralunder 3,50, Kalle, groß per Pfd. 1,10-1,50, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Geringe p. Schod 5-8, Schellfische Rülbe 3,50-4,50, do. 4, Rülbe 2-3, Kalbfleisch, ger. p. 100 Pfd. 90-95, Gelbfleisch 0,00, Sardellen 1902er per Kiste 98, 1904er 93, 1906er 80-85, 1908er 75, Schottische Bollerlinge 1905 0,00, large 40-44, fall. 38-40, med. 38-42, deutsche 37-44, Geringe, neue Rülbe, per 1/2, To. 90-120, Sardinen, russ., per 1,50-1,60, Fräheringe, Büsche (4 Rier) 1,50-1,75, Neunaugen, Schodak 11, kleine 5-6, Rülben 14, Rier, Lamb., per Schod 2,80-3,00, Butter per 100 Pfd. Ia 106-108, Ma 103-105, Ma 98-102, abfallende 90-95, Saure Gurken Schod 4,10-4,50, Pfeffergurken 4,00-4,50, Kartoffeln per 100 Pfd. magnum bonum 2,75-3,00, Daberische 2,75-3,00, Rolen 0,00, weiße 2,25-2,75, Salzfartoffeln 0,00, Spinat per 100 Pfd. 15-20, Karotten per 100 Pfd. 20-25, Sellerie, helle, per Schod 4,00-10,00, do. pomerische 12,00-15,00, Zwiebeln, große, per 100 Pfd. 4,00-5,00, do. kleine 3,50-4,00, do. helle (Preis) 0,00, Charlotten 0,00, Petersilie, grün, Schod 1,00-1,50, Rübchen per Schod 0,00, Reibz., per Schod 2,40-4,80, Rübchen per 100 Pfd. 3,50-4,00, Teilmutter Rüben per 100 Pfd. 6-10, Weiße Rüben, große 0,00, kleine 0,00, Rote Rüben 0,00-0,00, Blumenkohl ital. per Korb 2,25-4,00, Kohlraben per Schod 2,00-2,50, Birnenkohl per 100 Pfd. 0,00-0,00, Runkelrübe per 100 Pfd. 0,00-0,00, Weißkohl per 100 Pfd. 0,00-0,00, Rosenkohl per 100 Pfd. 0,00, Spinnkohl per 100 Pfd. 12-15, Stacholder 100 Pfd. 4,00-15,00, Bienen, per 100 Pfd. helle 15-18, böhml. 0,00, Ital. 25-32, Kefel, per 100 Pfd., helle 5-25, Tiroler, Rülbe 0,00, Scholle, Rülbe 80-110, Amerikanische in Ball, 15,00-30,00, Ital., Rülbe Ia 12,00-30,00, extra 18,00 bis 26,00, Bironen, Rülbe, 300 Stück 8,00-12,00, 360 Stück 8,00-10,00, 200 Stück 8,00-15,00, Apfelsinen, Java, per Kiste 0,00, Rancia 200er Rülbe 6-9, do. 300er 7-10, Valencia 400er Rülbe 13-21,00, do. 714er 15-23,50, Messina, 100er 4,00-6, 160er 4,75-6, 18er 8-13,00, 200er 7,50-12, 300er 8-13, Blut 100er 5-7,50, do. 150er 6-8,00, 80er 6,00-8,00, Ital. in Kisten per 100 Pfd. 0,00, Mandarinen, Rülbe 0,00, do. 100er, Rülbe 0,00.

Gente um 5 Uhr nachmittags entfiel nach schwerem Leiden sanft mein innigst geliebter Gatte, meines Kindes liebevoller Vater, unser unversehrter Bruder, Schwager und Onkel
Hugo Kröner.
Berlin, den 17. April 1907.
Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Frau **Auguste Kröner** geb. Schlüter.
Die Trauerfeier zur Ueberführung des Verstorbenen nach Altoma findet am Sonntag, den 20. April, nachmittags 5 Uhr, im Trauerhause, Kragbühlstraße 22, statt. 155

Am 17. dieses Monats verschied nach längerem Leiden und in der Blüte seiner Mannesjahre der Leiter unserer Berliner Filiale
Herr Hugo Kröner
welcher über 12 Jahre mit unserem Hause verbunden war.
In dem allzu früh Verblühen, der seine ganze Kraft in unsere Dienste stellte und noch während seiner Krankheit dem Geschäfte alle mögliche Fürsorge zuzuwandte, verlieren wir einen unserer schätzenswertesten Mitarbeiter und Freunde, dem wir ein ehrendes Andenken in Dankbarkeit alle Zeit bewahren werden. 135
Leipzig. **Berger & Wirth, Farbenfabriken.**

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Am 16. April 1907 verstarb nach langem Leiden unser Mitglied
Wilhelm Schielicke
im Alter von 28 Jahren an Lungenleiden.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemanenkirchhofs in Riederstraße 10, Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung erucht
137/18 **Der Vorstand.**

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.
Todes-Anzeige.
Am 16. April starb unser treues Mitglied, Frau
Emma Fickert.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. April, nachmittags 3 Uhr, auf dem Simeonskirchhofe in Reich am Mariendorfer Weg statt.
Um rege Beteiligung bittet
55/9 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Emma Fickert
am 16. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Simeonskirchhofes, Reich, Mariendorfer Weg aus statt.
Louis Fickert nebst Angehörigen.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 15. April mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Altmeyer
Oskar Klein
nach langem Leiden sanft entschlafen ist.
Die trauernde Witwe nebst Kindern.
Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes aus statt. 216

Zentral-Verband der Böttcher und Hülfсарbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.
Freitag, den 19. April cr., abends 8 Uhr,
bei **A. Boeker, Weberstr. 17:**
Außergewöhnliche Mitglieder-Versammlung.

Zentral-Verband der Böttcher und Hülfсарbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.
Freitag, den 19. April cr., abends 8 Uhr,
bei **A. Boeker, Weberstr. 17:**
Außergewöhnliche Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Lobbewegung in den Brauereien Berlins und der Umgegend.
2. Der Zustand in der Spinnfabrik S. Kahlbaum in Adlershof.
3. Verschiedenes. 30/5
Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig, besonders der aus den Brauereien.
Rein Raum darf fehlen!
Der Vorstand.

Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnisverein für Bau- u. gewerblichen Hülfсарbeiter Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 21. April 1907, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal Lange-Strasse 65:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1907.
2. Wahl eines 1. und eines 2. Schriftführers.
3. Wie stellen sich die Mitglieder zur Abänderung des § 2 des Statuts?
4. Vereinsangelegenheiten und Beschlüsse. 37/3
Arbeiter jeden Berufs, vom 16. bis zum 45. Jahre alt, werden in der Versammlung aufgenommen. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend nötig.
Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrerklub „Geler“
Lichtenberg
(Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Freiheit“).
Unserem Sportgenossen 1/10
Waldemar Reuschel
und Sportgenossin Fräulein **Johanna Neuheuser**
zu ihrer am 20. April stattfindenden Vermählung ein köstliches Frühstück!
Der Schriftführer.

Greift zu!
den besten
Monatsanläge 9,50 M.
Abonnementanläge . . . 13,00
Planbuchanläge 11,00
Partieanläge 12,00
Wochenanläge 14,50
Kasse, Ersatz f. Wsch . . . 20,50
Paletts 9,50
Hafen 2,00
Moldauer
Prinzenstraße 64,
Ecke Kiensteinstraße, im Laden.
— Strohband-Verfertigung. —

Bären Kaffee
ein kräftiger aromatischer, stets gleichmäßiger Kaffee. Original 1/2 Pfd. Packung zu 60, 70, 80, 90 und 100 Pl. in circa 2000 Geschäften.

Möbelfabrik Julius Apelt
Adalbert-Strasse 6
Görlitz

Ausverkauf zum Abschluß der Saison zu billigen Preisen bis zur völligen Räumung in den alten Geschäftsräumen
Skalitzer-Str. 6.

Orts-Krankenkasse des Zimmerergewerbes zu Berlin.
Sonntag, den 23. April, vormittags 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7, die **Ordentl. General-Versammlung** statt.
Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung pro 1906.
2. Bericht des Verwaltungsausschusses.
3. Beschlußfassung über die Abänderung der Satzbestimmung und Decharge-Erteilung.
4. Beschlußfassung über die Rassenbesetzung.
5. Verschiedenes.
Die in der Wahlversammlung am 21. November 1906 gewählten Vertreter werden hierzu eingeladen.
Die **Umbildungsliste** liegt aus.
Der Vorstand.
August Potermann, Vorsitzender.
Ewald Potermann, Schriftführer.

Partei-Angelegenheiten.

Rummelsburg. Heute, Freitagabend, 8 Uhr, spricht Genosse Stadtbereiter Heimann in einer Volksversammlung im Saale der Ww. Weigel, Türschmidstr. 45, über: Die kommende Wertzuwachssteuer. Da die Einführung der Wertzuwachssteuer für die Entwicklung unserer Gemeinde von großer Bedeutung ist, so wird das Erscheinen aller Parteigenossen erwartet. Auch sind die Mitglieder der hiesigen Grundbesitzervereine sowie die Mitglieder des Bürgervereins eingeladen.

Der Vorstand.

Krausnick. Sonntag, den 21. April, findet die Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins statt. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, in der Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Sonnabend, den 20. April, abends 9 Uhr, im Restaurant Wilhelmshof, Seestr. 45: Monatsversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Julian Borhardt über: „Umsatz und Revolution“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten (u. a. Reuwahl des 1. Schriftführers). 4. Verschiedenes und Fragelasten. Gäste willkommen. Der Vorstand.

All-Güteride. Am Sonnabend, den 20. d. M., abends 8 Uhr, hält der Wahlverein seine Generalversammlung bei Sap. Grünauerstraße, ab. Da die Tagesordnung eine sehr reichhaltige ist, ist es doppelte Pflicht jedes Genossen, pünktlich zu erscheinen. Die neu eingetretenen Genossen sind besonders hierzu eingeladen. Der Vorstand.

Weißensee. Die Flugblattverbreitung findet Sonntag, den 21. April d. J., früh 8 Uhr, von den sechs Abteilungslokalen aus statt. Die Genossen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen, da fast alle Abteilungsleiter zur Generalversammlung für Groß-Berlin delegiert sind und sich schon wieder vormittags nach dorthin begeben müssen. Der Vorstand.

Oranienburg. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß unsere regelmäßige Mitgliederversammlung umfänglich erst am Sonntag, den 22. April, stattfindet. Gleichzeitig werden die Mitglieder gebeten, sich vorher mit Reisebillets zu versehen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Gestern hat im Rathaus die „Aesthetik“ gefiegt. „Aesthetische“ Rücksichten waren ausschlaggebend für den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung, dem Magistratsantrag auf Enteignung des InselSpeichers zuzustimmen. Ein langes und breites wurde noch einmal über die „teure Ruine“ geredet, ehe es zur Entscheidung kam. Zu den Gegnern des Magistratsantrages zählte auch die sozialdemokratische Fraktion. Genosse Borgmann machte geltend, daß der Verkehr nur sehr wenig Gewinn von der Verbreiterung der Straße an der Fischerbrücke haben werde. Da sei es wirklich nicht nötig, sich mit der Ausführung dieses kostspieligen Projektes zu übereilen und dem Besitzer des InselSpeichers sein Land abzunehmen, ehe er selber es zu einem erträglichen Preise herzugeben bereit sei. Doch Herr Oberbürgermeister Kirchner war entschlossen, die Ruine endlich zu Falle zu bringen — koste es, was es wolle. Er appellierte an den „Schönheitsfimmel“ der Berliner Stadtverordneten-Versammlung — und, siehe da! er hatte Erfolg. Sein Hinweis auf die Häßlichkeit der vielumstrittenen Ruine wirkte, und die gewünschte Mehrheit für die Magistratsvorlage fand sich zusammen. Man sieht: der Magistrat „kann auch anders“. Wenn es ihm mal in den Kram paßt, pfeift er auf die „Pflicht der Sparsamkeit“, an die er sonst so gern erinnert.

Zum Kapitel

„Aus dem Berliner Polizeikampf“

ersucht und Herr Eduard Rauroskat, Bierberlag, Kärrstr. 10a, mitzuteilen, daß der

Kriminalschuyman 5250 Dietrich II

dessen Momentphotographie in unserem Expeditionschaufenster zum Ergötzen aller Passanten aushängt, nie bei ihm als Hausdiener beschäftigt gewesen sei. Zwar habe er sich voriges Jahr bei ihm als „Hausdiener Ernst Philipp“ angeboten; er habe ihn auch ersucht, für ihn den „Vorwärts“ zu abonnieren, weil er so weit wegwohne — angeblich sei er in einem Kuhstall in der Kaiserstraße beschäftigt gewesen —, aber er, Rauroskat, habe nie eine Ahnung gehabt, daß „Ernst Philipp“ eigentlich ein Kriminalschuyman sei, sonst würde er mit ihm nicht verschiedene Male geteilt haben, trotzdem „Philipp“ dabei die Spendierrhöfen angeht habe. Auch habe er nie nach dem Polizeipräsidenten Bier geliefert. Herr Dietrich II scheint Humor gehabt zu haben, als er Rauroskat gegenüber seine Stelle im früheren „Dahentopf“ zu einer Anstellung im Kuhstall veranbatelte. Dieser Humor kam ihn ja jetzt in seinem Leide trocken, wenn er wieder „Stredendienst“ im Ziergarten leistet.

Eine Ehrung.

Das Schaufenster unser Hauptexpedition war gestern ständig von einem zahlreichen Publikum umlagert, das besonders in der Mittagsstunde stark anwuchs. Zunächst waren es Arbeiter, die aus dem gestrigen „Vorwärts“ ersehen hatten, daß der „Hausdiener Ernst Philipp“ nach einer längeren „Wirksamkeit“ in Parteikreisen als Kriminalschuyman Nr. 5250 Dietrich II gestellt und in demselben Moment auf der Platte festgehalten wurde. Philipp alias Dietrich glaubte die Parteigenossen zu haben, während in Wirklichkeit diese ihn hatten und zwar nicht nur vorübergehend, sondern dauernd. Unsere Genossen sind sehr freigebig und so sind sie auf den Gedanken gekommen, das Bild, das den Moment der Entladung Spiegelgetreu wiedergibt, in dem Schaufenster unserer Expedition auszustellen und damit auch weiteren Kreisen einen Spatz zu machen. Diese Absicht scheint auch volles Verständnis gefunden zu haben, denn aus den Gesichtern der meisten, die das Schaufenster umlagerten und sich das ausgestellte Bild ansahen, leuchtete eine gewisse Schadenfreude hervor. Mancher konnte sich nicht enthalten, dieser Schadenfreude lauten Ausdruck zu geben und herzlich über den Reinfall des Hausdieners Philipp, alias Kriminalschuymans Dietrich zu lachen. Aber es gab unter denjenigen, die das Bild in Augenschein nahmen, auch einige Leute, die es mit anderen Augen ansahen, als die große Masse des Publikums. Wir meinen die paar Personen, die vom Alexanderplatz gekommen waren und mit den Augen des Kollegen das Bild betrachteten. Ihnen mag doch ein gewisses Grauen aufgestiegen sein, in

vielleicht nicht allzu ferner Zeit in einer gleichen oder ähnlichen Situation auf die Platte gebracht zu werden und dazu beizutragen, unsere Bildergalerie zu vervollständigen.

Aus der städtischen Verwaltung. Die Feierabendstunden an den Tagen vor den festen Neujahr, Ostern, Pfingsten und Weihnachten wurden in der letzten Kuratoriumssitzung des städtischen Vieh- und Schlachthofes für die da beschäftigten Werkstattdarbeiter endgültig festgesetzt. Bekanntlich hatte unser Vertreter im Kuratorium die letzten Streitigkeiten zwischen der Direktion und den Arbeitern anlässlich des verfloffenen Osterfestes zur Sprache gebracht und eine Regelung der Angelegenheit verlangt. Es wurde beschlossen, für die ersten drei Feste den Schluß der Arbeit auf 4 Uhr nachmittags, für den Weihnachtstag auf 3 Uhr mit halbstündiger Mittagspause am letzten Tage festzusetzen.

Weiter nahm das Kuratorium Stellung zu einem Streit, der zwischen der Verwaltung und den Engros-Schlächtern ausgebrochen ist. Nach § 13 der Schlachthofordnung muß alles Blut von geschlachteten Tieren, welches die Weister in ihrem Betriebe nicht verwerten, den auf dem Schlachthofe errichteten Reptonfütterwerken überwiefen werden. Nun hat sich neuerdings die in der Greifswalderstraße errichtete Blutverwertungsgesellschaft hinter die Schlächter gestellt, um von diesen für ihren Betrieb das Blut zu erwerben. Weil das aber auf Grund der oben angezogenen Verordnung nicht zulässig ist, hat die Direktion des Schlachthofes den Angestellten dieser Gesellschaft den Zutritt zum Schlachthof verboten. Und nun wenden sich die Schlächtermeister mit aller Energie gegen diese ihnen unbequeme Verordnung und zwar mit den eigenartigsten Mitteln. Die Weister erklären, daß sie wohl durch die Verordnung verpflichtet seien, aber das Blut gehöre ja den Gesellen, die es als einen Teil ihres Lohnes behalten und damit machen können, was sie wollen. Nur aus Liebe zu den armen Gesellen wende man sich gegen die Verordnung. Durch den Verzehrten Herrn Stadtrat Fischel wurde aber nachgewiesen einmal die Gültigkeit dieser Verordnung, dann aber auch die Notwendigkeit im Interesse der Gesundheit. Genosse Hoffmann kennzeichnete die sonderbare Arbeiterfreundlichkeit der Weister; sie sollen dafür sorgen, daß der Lohn um den Erlös aus dem Blute erhöht werde. Es sei übrigens gesetzlich unzulässig, in dieser Weise Arbeiter zu entlassen, das Trunkstystem dürfe man nicht fördern. Andererseits war man sich darüber einig, daß die Reptonfabrik für Veseitigung der schlechten Gerüche Sorge zu tragen habe, ein Wunsch, der nicht nur von den Fleischmeistern, sondern auch von Anwohnern geübt wird.

Auf dem Gebiete der Irrenpflege hat die Stadt Berlin viel veräumt und nachzubolen. Einmal ist nicht genügend für die Internierung der Geisteskranken Sorge getragen, die anlässlich eines Verzehrens einer Irrenanstalt überwiefen werden, dann aber sind diese antisozialen Elemente in keiner Weise genügend getrennt von den übrigen Geisteskranken. Eine solche Trennung, auch räumlicher Natur, ist unbedingt zu verlangen.

Dann aber besteht in Berlin der Mangel, daß infolge des Mangels an Irrenanstalten zahlreiche Geistesranke in Privatanstalten untergebracht sind, in denen keineswegs die Gewähr einer genügenden Beachtung und Behandlung der Kranken und des mit der Wartung und Pflege betrauten Personals gegeben ist. Diese Privatanstalten sind Unternehmungen, aus denen der Besitzer recht viel Geld herauszuschlagen will, und die Stadt Berlin hat nach Vorkommnissen, wie sie jetzt wieder in dem Prozeß gegen Angestellte der Edelshaus Anstalt an die Offenlichkeit gekommen sind, alle Ursache, sich die Privatanstalten genau anzusehen, denen sie Kranke überweist. Die Stadt sollte überhaupt dafür Sorge tragen, daß sie eine solche Unterbringung der Kranken nicht nötig hat und genügend eigene Anstalten errichtet. Das geschieht zwar im Augenblick, hätte aber schon längst geschehen sein müssen. Aber damit sind die Aufgaben der Stadt auf dem Gebiete des Irrenwesens nicht erschöpft. Eine der Hauptaufgaben auf diesem Gebiete liegt in der Heranziehung eines großen, zuverlässigen Pflegepersonals. Und da hat Berlin ein großes Sündenregister aufzuweisen. Will man gutes Pflegepersonal haben, hat man auch die Verpflichtung, für ein angemessenes Auskommen dieser Pflegepersonen zu sorgen. Das ist bisher aber nicht geschehen und so darf man sich gar nicht wundern, daß der Wechsel des Personals in unseren Irrenanstalten ein ganz erheblicher ist. Es ist garnicht uninteressant zu hören, wie sich einer der bekanntesten Psychiatern, Geheimrat Medizinrat Dr. Sander, der Direktor der städtischen Irrenanstalt Dalldorf, über diese Frage äußert. Einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatt“ hat sich Herr Dr. Sander wie folgt ausgesprochen:

„Jeder Irrenarzt weiß, wie schwer es ist, geeignete und tüchtige Pfleger zu bekommen. Wer in seinem erwählten Beruf Tüchtiges leistet, der wird nicht Irrenpfleger werden. Die jungen Leute in den zwanziger Jahren, die aus allen möglichen Berufen in die Irrenanstalten strömen und zu Pflegern ausgebildet werden, betrachten diese Tätigkeit nur als Notbehelf; die wenigsten bleiben ihr treu und werden Oberärzte. Dazu kommt, daß die Pfleger immer noch nicht genügend besoldet werden, obwohl gerade die Stadt Berlin erst jüngst die Löhne aufgebessert hat. Dabei ist das Menschenmaterial, das sich unter den Pflegern findet, nicht so gut, wie es eigentlich sein sollte. Uebergriffe und Pflichtwidrigkeiten werden in den städtischen Anstalten streng geahndet — erst jüngst ist in Dalldorf ein Wärter entlassen worden, weil er einen Patienten zu hart angefaßt hatte. Der Arzt kann nicht jeden Augenblick bei den Kranken sein. Hoffentlich kommen wir mit der zunehmenden Ausbildung der Irrenpflege auch zu einem geschulten Stamm von tüchtigen Pflegern, deren schwere, oft unbandbare Tätigkeit natürlich entsprechend besoldet werden müßte. Viel besser liegen die Verhältnisse bei den Frauen, da die Pflegerinnen länger in dieser Tätigkeit bleiben, für die sie sich ihrer Natur nach mehr eignen als Männer.“

Der zweite verbesserungsbedürftige Punkt ist das Verhältnis der Privatanstalten zu den städtischen Anstalten. Wir haben im allgemeinen mit den Privatanstalten gute Erfahrungen gemacht, und ich bin in meiner langen Tätigkeit als Irrenarzt keinem besonders auffallenden Uebelstand in ihnen begegnet. Aber es muß trotzdem unser Bestreben sein, alle städtischen Kranken in eigene Pflege zu übernehmen. Die Anstalt Dalldorf steht mit etwa zwanzig Filialen (Privatanstalten) in Verbindung, in denen im Jahre 1906 durchschnittlich 1800 Kranke untergebracht waren. Im Jahre 1906 erfuhr diese Zahl durch die Belegung der dritten Irrenanstalt in Buch eine Verminderung um etwa 800 Personen, wie auch die Hauptanstalt selbst 1400 Patienten nach Buch abgegeben hat. So wie die Dinge leider jetzt noch liegen, können wir die Privatpflege nicht entbehren. Die Zahl der Geisteskranken wächst infolge verschiedener Einflüsse, unter denen der Alkoholismus an erster Stelle steht, und die Bauten von städtischen Irrenanstalten in Berlin haben damit nicht gleichen Schritt gehalten. Ich bin im Prinzip dafür, daß die Stadt nach und nach alle ihre Patienten in die städtischen Anstalten übernimmt und die Privatpflege allmählich einschränkt und ganz abschafft.“

Ohne uns alle Einzelheiten dieser Darlegungen zu eigen zu machen, so dürfte die Feststellung dieses Sachverhältnisses, daß die Pfleger noch immer nicht genügend besoldet werden, ein gutes Personal zu behalten, von hohem Interesse sein. Ob Herr Sander damit bei unseren engberzigen Kommunalpolitikern Glück hat, ist eine andere Frage; bisher hat man Anträge der Angestellten und solche der sozialdemokratischen Vertreter auf Veseitigung der Lage des Pflegepersonals abgelehnt. Die Schuld dafür, daß die Stadt die tüchtigen Kräfte infolge schlechter Bezalung verliert, trifft lediglich die städtische Verwaltung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen. Filiale Berlin. Achtung, Flugblattverbreitung! Am Sonntag, den 21. April, morgens 8 Uhr, findet über ganz Berlin eine Flugblattverbreitung wegen des Vorklotts der Detailkonfektionäre von den bekannten Lokalen aus statt. Wir fordern unsere Kollegen auf, sich an derselben recht zahlreich zu beteiligen. Die Ortsverwaltung.

Die Beerdigung August Webers.

Einer unter den vielen Tausenden, die am Sonntag dem Genossen Auer das letzte Geleit gaben, war Genosse Weber, den mitten im Trauerzuge ein plötzlicher, jäher Tod ereilte. Gestern nachmittag trug man auch ihn zur Gruft. Im Sarge ruhend, erreichte er nun die Stätte, der er in Erfüllung einer Pflicht der Pietät am Sonntag zustrebte, ohne sie erreicht zu haben. — In der Leichenhalle des Zentralfriedhofes war der Sarg aufgebahrt. Ein ungemöhnlich zahlreiches Gefolge hatte sich eingefunden. Mehr als tausend Frauen und Männer, Partei- und Gewerkschaftsgenossen des Verstorbenen, hatten sich eingefunden, um dem so jäh aus ihrer Mitte gerissenen Freunde die letzte Ehre zu erweisen. Eine schlichte, würdige Leichenfeier war es, die der Bestattung vorausging. — Als die letzten Töne des Liedes: „Ein Sohn des Volkes“ erklingen waren, trat Genosse Habelbusch an den Sarg und sprach im Namen des Wahlvereins des vierten Kreises, dem der Verstorbene angehörte, warm empfundene Worte des Nachrufes. Er gedachte des treuen, pflichteifrigen Parteigenossen und seines tragischen Geschicks und legte den Kranz vom Wahlverein auf den Sarg. — Genosse Böcke widmete dem Verstorbenen einen prächtigen Kranz vom Verbands der Wahlvereine Groß-Berlins. Vorstandsmitglieder vom Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter brachten drei Kränze und gedachten mit ehrenden Worten des verstorbenen Mitgliedes ihrer Organisation. Auch die Arbeiter der Firma, wo Genosse Weber beschäftigt war, hatten eine Deputation mit einem Kranz geschickt. — Der Gesang des Liedes: „Wenn sich zwei Herzen scheiden“ schloß die Feier in der Halle.

Der Sarg wurde zur Gruft getragen, gefolgt von dem langen Zuge der Freunde und Genossen des Verstorbenen, und unter Gesang hinabgeführt. — Wenige Schritte vom Grabe Auers, das ein Hügel von Kränzen und Palmenzweigen deckt, fand August Weber seine letzte Ruhestätte.

Der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“

dessen Sitz sich seit Oktober v. J. bekanntlich in Chemnitz befindet, hat soeben seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1906 herausgegeben. Aus demselben ist zu ersehen, daß der Bund seinem Bestreben, die Interessen der radfahrenden Arbeiterschaft wahrzunehmen, auch im abgelaufenen Jahre voll gerecht geworden ist. Welche Anerkennung die Leistungen des Bundes innerhalb der Arbeiterschaft gefunden haben, zeigt der Umfang, daß die Mitgliedszahl sich im abgelaufenen Jahre um nahezu 20 000 vermehrt hat, so daß der Bund zurzeit 65 000 Mitglieder zählt, die sich auf circa 1700 Vereine in ebensoviele Orten verteilen.

Was die Leistungen des Bundes seinen Mitgliedern gegenüber betrifft, sei erwähnt, daß an Unterstützung bei Erwerbsunfähigkeit verursachenden Radunfällen, die — pro Tag 1 M. bis 1,50 M. — im abgelaufenen Jahre die städtische Summe von 22 598 M. zur Auszahlung gelangt. In elf Fällen erhielten Verunglückte die Unterstützung bis zur Höchstdauer von 13 Wochen. Die seit 1. Juli 1906 eingeführte Sterbeunterstützung für Hinterbliebene im Betrage von 50 M. wurde in 29 Fällen ausgezahlt, ferner wurden bei Unfällen mit tödlichem Ausgang in 8 Fällen die Hinterbliebenen mit 100 M. unterstützt. An Rechtschutz, den der Bund in allen Fällen, die für Radfahrer von prinzipieller Bedeutung sind, gewährt, wurden 1456 M. verausgabt. An sonstigen Leistungen sind noch zu erwähnen, daß im verfloffenen Jahre 2849 Grenzlokaten zur postfreien Grenzüberbreitung zur Ausgabe gelangten.

Das Bundesorgan, „Der Arbeiter-Radfahrer“, das monatlich zweimal jedem Mitgliede gratis zugestellt wird und eine Menge unterhaltenden und belehrenden Stoffes für jeden Radfahrer enthält, erforderte eine Ausgabe von 48 365 M. Dasselbe erschien zurzeit in einer Auflage von 67 000 und wird in der Dendenz der Chemnitzer „Vollstimme“ hergestellt.

Zur Agitation gelangten an die 23 Gaudermaltungen 17 683 M. zur Rückzahlung. Das Vermögen des Bundes betrug am Schluß des Jahres 785 766 M.

Der Bericht legt Zeugnis davon ab, daß eine Organisation trotz ihres verhältnismäßig niedrigen Beitrages (das Eintrittsgeld beträgt 60, der Beitrag monatlich 20 Pf.), sofern sie enste Ziele verfolgt und den in bürgerlichen Vereinen üblichen Klammern meidet, Segenreiches und Erprobliches leisten kann.

Die alle übrigen Arbeitervereinigungen wird auch der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ von den Behörden in fanatischer Weise bekämpft. Der Bericht führt in dieser Beziehung geradezu klassische Beispiele an. Der wütende Haß der herrschenden Gewalten gegen alles, was Arbeitervereine heißt, hat aber auch hier nur zur Festigung und Stärkung beigetragen und somit das Gegenteil von dem erreicht, was er erreichen wollte.

Schließlich wird auch die Tatsache erwähnt, daß aus Anlaß eines vom vorletzten Bundeslage gefaßten Beschlusses, nach welchem an jedem Orte nur ein Bundesverein bestehen darf, in einigen Großstädten — namentlich Berlin — einige Vereine sich losagten und einen Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit“ gründeten, der nicht lebensfähig ist und nur als Beweis dafür existiert, daß der Gedanke, daß die Arbeiterschaft auf allen Gebieten — also auch im gesellschaftlichen Vereinsleben — nur durch große und geschlossene Organisationen ihre Ziele erreichen kann, bei Arbeitern noch nicht genügend in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Schmalhand in der Volksküche.

Die Berliner Volksküchen haben in ihrem Betriebsjahre 1906, über das jetzt der Vorstand den Jahresbericht veröffentlicht, endlich wieder mal einen Gewinn erzielt. Groß ist er nicht, es sind nur 163 Mark. Aber wenn man berücksichtigt, daß das Jahr 1906 mit einem Verlust von 5047 Mark abgeschlossen hatte und im Jahre 1904 sogar 11 483 Mark eingeschuldet worden waren, dann begreift man's, daß die 163 Mark Uebersehuh aus 1906 dem Vorstand schon als ein sehr günstiges Ergebnis gelten. Die Volksküchen der Frau Lina Morgenstern beruhen auf dem Prinzip, daß sie sich selber zu erhalten haben. In den letzten Jahren war ihnen dieses Kunststück nicht mehr gelungen, im Jahre 1906 haben sie es wieder fertig gebracht.

Wie sie es fertig gebracht haben, das wird manchem ein Rätsel sein, wenn er daran denkt, daß wir in den beiden Jahren 1905 und 1906 eine sehr fähbare Fleischsteuerung gehabt haben. Aber im Volksküchen-Verein verstehen sie's, alle Hindernisse zu überwinden. Lehrreich in dieser Hinsicht sind die Rechnungsabschlüsse aus den letzten drei Jahren. In den Jahren 1904, 1905, 1906 wurden aus dem Verkauf von Speisen eingenommen: 142 792 M., 149 835 M., 154 443 M. Dagegen wurden für Lebensmittelankauf und Speisenzubereitung ausgegeben: 63 203 M., 65 184 M., 66 326 M. Man sieht, wie hier die Einnahmen für Speisen um ziemlich 12 000 M., die Ausgaben dagegen nur um

8000 M. gestiegen sind. Nun haben aber die Volkswirtschaften natürlich auch noch andere Anstöße. In den genannten drei Jahren wurden ausgegeben für Miete, Pflanz, Feuerung usw.: 54 127 M., 53 075 M., 50 844 M. Hier sind also sogar Ersparnisse gemacht worden, allerdings hauptsächlich dadurch, daß im Jahre 1900 wieder eine mit Verlust arbeitende Küche geschlossen wurde, um nicht die Rentabilität des ganzen Unternehmens gefährden zu lassen. Ausgegeben wurden ferner noch für Generalanlässe (Bureau, Druckkosten usw.) sowie für Versicherungsbeiträge: 6850 M., 6623 M., 7110 M. Die Gesamtausgaben stellten sich hiernach auf: 154 275 M., 164 852 M., 154 280 M. Sie blieben also in den drei Jahren fast unverändert, während die Einnahmen, wie oben schon angegeben wurde, beträchtlich stiegen.

Daß die Ausgaben nicht gleichfalls gestiegen sind, das ist den Ersparnissen zu danken, die zum kleineren Teile bei den Mieten, zum sehr viel größeren bei den Lebensmitteln gemacht wurden. Selbstverständlich haben die Volkswirtschaften nicht etwa um so viel billiger als sonst einkaufen können. Höchstens bei den Kartoffeln und einigen Gemüsearten wird ihnen das möglich gewesen sein. Im übrigen aber haben sie die Zusammensetzung ihrer Speisen den veränderten Preisverhältnissen anzupassen gesucht, so daß sie trotz bedeutenden Preiserhöhungen und bedeutender Reizcinnahmen nicht sehr viel mehr für Lebensmittel auszugeben brauchten. Nun, am Ende ist dieses Kunststück gar nicht mal so schwer, wie es aussieht. In der minderbemittelten Bevölkerung muß das jede Hausfrau können, wenn teure Zeiten kommen. Sie muß dann „schlechter kochen“, d. h. muß Zutaten nehmen, die minder teuer sind, aber auch minder gut zu sein pflegen, muß beispielsweise die Fleischportionen kleiner machen, aber dafür das Gemüse und besonders die Kartoffeln reichlicher zusetzen.

Frau Lina Morgenstern hat allezeit eine Ehre darin gesucht, eine tüchtige Hausfrau zu sein. Auch in ihren Volkswirtschaften bewahrt sie ihre Hausfrauenkunst, indem sie dort Schmalhans noch mehr als sonst kochen zu lassen läßt, sobald die Lebensmittel teuer werden. Im Jahresbericht für 1900 gatte sie das deutlich genug durchblicken lassen, im Jahresbericht für 1900 übergebt sie es mit vorsichtigem Schweigen. Warum eigentlich?

Ein Sterbegeldschwindler. Bei der Witwe des verstorbenen Genossen August Weber fand sich ein unbekannter Mann ein. Er forderte von der Frau die Sterbeurkunde und die letzte Invalidentarte und gab vor, er komme im Auftrage der Unfallversicherungs-Gesellschaft und brauche die Papiere, um den Tod des Verstorbenen als Unfall anzumelden. Zunächst erreichte der Schwindler seine Absicht nicht. Bei einem zweiten Besuche aber erhielt er die verlangten Papiere. Frau Weber schenkte dem Manne Glauben, war aber glücklicherweise so vorsichtig, dem Vorstehenden des vierten Wahlvereins, Genossen Hoffmann, sofort Mitteilung zu machen von dem, was geschehen. Hoffmann merkte sogleich, daß es sich hier um einen unheimlichen Schwindler handelte. Auf seinem Rat fuhr Frau Weber unverzüglich nach dem Bureau der Krankenkasse, welcher der Verstorbene angehört hatte. Da war auch der Schwindler schon anwesend, um sich auf Grund der Sterbeurkunde das Sterbegeld auszahlen zu lassen. Auf Verlangen der Frau Weber gab er ihr die Papiere zurück und entfernte sich schleunigst, ehe den im Bureau Anwesenden klar werden konnte, um was es sich handelte. So entkam der freche Schwindler der Bestrafung und der Strafe.

Allgemeine Entrüstung rief gestern morgen ein Unglücksfall hervor, der durch einen rücksichtslosen Radfahrer verursacht worden war. In der Nähe des Schulhauses in der Gartenstraße schritten auf dem Radweg zahlreiche Kinder, die auf dem Weg zur Schule waren. Ohne zu Urteilen fuhr ein Radfahrer in die Schaar hinein. Der siebenjährige Schüler Emil Urban, Klassenr. 10, wurde niedergedrückt und mit solcher Gewalt gegen die Vorderseite geschleudert, daß er bewußtlos liegen blieb. Blutscherben brachten Passanten den Kleinen nach einem Arzt. Der Radfahrer schwang sich, ohne auf sein Opfer zu achten, schleunigst wieder auf sein Rad und raste davon.

Zu dem Unfall in der Werkstatt von H. Lehmann, Chauffeurstraße 57, über den wir in Nummer 88 berichteten, schickt Herr Lehmann selber uns einen ganz unnötig aufgereizten Brief. Er erzählt darin, der von dem Unfall betroffene Lehrling H. König habe einen Auftrag gehabt, auf die Transmission den Riemen anzulegen. Es sei in seiner Werkstatt den Lehrlingen überhaupt verboten, das während des Betriebes zu tun. Wir geben diese Mitteilung wieder, aber wir möchten hiermit nicht etwa ein Ergebnis der amtlichen Untersuchung vorgegriffen haben, die ja natürlich eingeleitet werden wird oder wohl schon eingeleitet worden ist. Herr Lehmann ersucht uns um Richtigstellung mit dem Bemerkten, daß er „sich andererseits zu weiteren Maßnahmen im gewinnigen sehe“. Uns ist nicht klar geworden, was er damit meint. Wir raten ihm die „weitere Maßnahme“ an, welche seinen drei Lehrlingen schleunigst auch ein paar Gehilfen anzustellen, damit die Lehrlinge nicht ohne Aufsicht zu bleiben brauchen. Vielleicht wird nächstens die Gewerbe-Deputation dafür sorgen, daß er zu dieser Maßnahme „sich gezwungen sieht“. Die Tatsache, daß Herr Lehmann in seinem ganzen Betriebe gegenwärtig nur diese drei Lehrlinge und keinen Gehilfen beschäftigt, wird in dem Briefe nicht bestritten. Auch das wird von Herrn Lehmann nicht in Abrede gestellt, daß seine Lehrlinge ohne Aufsicht waren, als der Unfall sich ereignete.

Sam Tage ereilt wurde gestern Abend in der Schützenstraße der Bankbeamte Ruhn, wohnhaft Voßangerstraße 19. Von einem Blutsturz befallen, brach er plötzlich zusammen. Auf der Infallstation in der Kranienstraße, wohin ihn ein Schutzmann mittels einer Droschke brachte, konnte nur noch der Tod des Ruhn festgestellt werden.

Im Thalia-Theater geht am Sonnabend die Erläuterung des neuen Schwanen: „Wo die Liebe hinfällt“ in Szene. Der Vorstand der baugewerblichen Hilfsarbeiter ersucht uns um Aufnahme der folgenden Notiz: Beim Mastenbau der baugewerblichen Hilfsarbeiter (Gez. No. 10) ist eine Leichenschand gefunden worden. Am 1. d. M. hat Karl Groß, Habelsbergerstr. 7, Seitenflügel 4, ermordet.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 5 Uhr hatte der dritte Zug in der Appellstraße 71 zu tun. Dort stand das Zwischengebiel in Flammen. In der Appellstraße 11 brannten nachts Kleidungsstücke und anderes, in der Voßangerstr. 121 Gardinen und in der Niederwallstr. 2 Wohnräume und anderes. Ferner wurde die Feuerwehr nach der Cronmü-Gräbe (Oberpree) gerufen, kam dort aber nicht in Tätigkeit.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Der sozialdemokratische Wahlverein Rigdorf hielt am 16. April bei Hoppe seine stark besuchte Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erörtere die Versammlung das Andenken Ignaz Auer sowie sieben verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise. Nach dem Vorstandsbericht des Genossen Jüdel haben stattgefunden 14 Vorstandssitzungen, darunter drei erweiterte, zwei Mitgliederversammlungen und zwei Flugblattverbreitungen. Der Vorstand beabsichtigt die Geschäfte zu teilen, damit die Anstellung eines Beamten nicht notwendig ist. Statt der Kassendirektion wird eine Kartothek eingerichtet. Auch sollen die Parteipredigten durch Schaffung einer Bibliothekskommission entlastet werden. Je ein-der aus acht Mitgliedern bestehenden Kommission soll täglich von 8-8 Uhr abends in der Expedition respektive Bibliothek anwesend sein; es werden die Mitglieder ersucht, diese Zeit strikte inne zu halten. Die geschäftlichen Angelegenheiten des Vereins sollen in Zukunft nur in der Generalversammlung behandelt

werden; während die Mitgliederversammlungen nur agitatorischen und Bildungszwecken dienen sollen. Die Mitgliederversammlungen gedenkt der Vorstand fortan als Volksversammlungen einzuberufen, um hier mehr wie bisher auf die Indifferenten wirken zu können. Die Agitation für den „Vorwärts“ und den Wahlverein hat 750 neue Abonnenten und 700 neue Mitglieder gebracht. Zur besseren Orientierung sollen neue Bezirksplakate hergestellt werden, auch sollen die Funktionäre auf den Wahlplakaten dafür sorgen, daß keine leichfertigen Aufnahmen gemacht werden. Der Mitgliederstand beträgt gegenwärtig 7279 gegen 8005 am Schlusse des vorigen Quartals. Wegen restierender Beiträge gestrichen wurden 42 Mitglieder, 41 verzoogen, 9 sind ausgetreten und 7 verstorben. „Vorwärts“-Abonnenten waren 10 800, Abonnenten auf den „Wahren Jakob“ 1490, „Postillon“ 27, „Neue Zeit“ 72, „Freie Stunden“ 45. Um das Bildungsbedürfnis der Mitglieder zu befriedigen, gedenkt der Vorstand im Winterhalbjahr vier Vortragskurse einzurichten. Der Kassendirektor, Genosse Süeler gab, weist eine Einnahme von 9123,20 M. und eine Ausgabe von 4870,66 M. auf. Am Ort verbraucht wurden 1063,50 M. Es verbleibt mithin ein Bestand von 3202,04 M. Aus der Bibliothek sind 1371 Bücher entlehnt worden, 887 mehr als im selben Quartal des Vorjahres. Einem Antrag, der Bibliothek 300 M. zu Reu-anschlüssen zu bewilligen, stimmte die Generalversammlung zu. Genosse Röster richtete sich noch gegen die Vereinsmeierei der Genossen, die der Parteibewegung sehr schade. Eine Verbilligung des „Vorwärts“, die die meisten Diskussionsredner wünschten, hält er für unmöglich, wenn nicht die Anzahl und der Preis der Inserate steige. Die Zahl der Abonnenten mehr zu heben, um die Parteigenossen mehr zu bilden und aktionsfähiger zu gestalten. Genosse Jüdel wies in seinem Schlußwort nach, daß der Vorstand an der Oede in den Wahl- abenden nicht schuld sei; den Bezirksführern werden Drohschreiben usw. genügend geliefert, damit diese für geeigneten Stoff sorgen können. Die kleinliche, ungewinnliche Diskussion müsse aus den Wahlplakaten und auch aus den Versammlungen verschwinden. Die Genossen müßten sich immer mehr von großen Gesichtspunkten leiten lassen. In die Bibliothekskommission gewählt wurden Schulz, Lide, Fröhlich, Müller, Wilmann, Hugelmann, Schanz und Thomas. Außerdem wurde bekannt gegeben, daß am Himmelfahrtstage eine Gartenpartie nach Weesow stattfindet. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Versammlung vertagt. Die Fortsetzung derselben findet am Dienstag, den 23. April, bei Hoppe statt.

Ein gefundenes Portemonnaie kann beim Genossen Jüdel, Lenn-straße 12, abgeholt werden.

Durch Steinwürfe schwer beschädigt wurde in der vorletzten Nacht ein Grabdenkmal des Steinmetzmeisters Herzog, Hermann-straße 158 im Werte von 1600 M. Der Täter konnte nicht ermittelt werden.

Schöneberg.

In der letzten Sitzung der Schöneberger Gewerkschaftskommission machte der Obmann die Mitteilung, daß die Schlichterinnung die Absicht habe, in Schöneberg eine Junungs-Krankenkasse zu gründen; es sei Pflicht der Gewerkschaften, das Bestreben der organisierten Schlichterzweigen, dies zu hintertreiben, nach Möglichkeit zu unterstützen. Die Beteiligung an der Statistik über den Haushalt der Arbeiter, welche vom statistischen Amt aufgenommen wird, sei leider eine so schwache, daß dieselbe kein klares Bild ergibt. Der Obmann forderte die Vertreter auf, dahin zu wirken, daß die Beteiligung eine bessere werde. Ferner ermahnte er die Gewerkschaften, den Ausschuss mit mehr Material zu versehen, damit in den Sitzungen eine regere Diskussion stattfinden könne. Der Vertreter der Schuhmacher forderte die Genossen auf, darauf acht zu geben, ob in den Geschäften, wo sie arbeiten lassen, die Forderungen der Gesellen bewilligt sind. Nach einer Aufforderung des Genossen Wartin, den Besitzern zum Gewerbebericht die Lohn- und Arbeitsstarke zuzulassen, erfolgte der Schluß der Sitzung.

Wilmerdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß am Mittwoch die Belbehaltung der zurzeit bestehenden Kommissionen und Deputationen. Die Zahl der Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission, sowie des Ausschusses zur Prüfung von Stadtverordnetenwahlen wurde auf 13 angelegt, der Petitionsausschuß besteht aus neun Mitgliedern. Die Gesundheitskommission bilden außer zwei Magistratsmitgliedern fünf Mitglieder der Bürgerwehr. Zur Erhaltung des Baum- bestandes in den Straßen wurde beschlossen, daß kein jährlicher Baun ohne die Genehmigung der Stadtverordneten gefällig werden darf. Von den im Etat festgelegten 400 000 M. zur Asphaltierung von Straßenzügen werden auf Antrag des Magistrats 208 000 M. zur Asphaltierung der Holzheimstraße, Rastaustraße und des Dübenerplatzes verwendet. Die weiteren 192 000 M. verbleiben zur Regulierung der Brandenburgischenstraße, Weier- ottostraße und dem Bezirk am Rinderberg Platz. Die An- wohner der Weierottostraße wünschen die Regulierung derselben. Stadtv. Klette wandte sich gegen die Schaffung eines Präsiden- sales. Die Regulierung der Straße könne noch einige Jahre ver- bleiben. Der größte Teil der Redner trat den Ausführungen ent- gegen. Stadtv. Krause vertrat die Meinung, daß es notwendig sei, den „steuerfähigen Bürgern“ mehr Rechnung zu tragen. Die Versammlung beschloß, die Vorlage der Tiefbaudeputation zur Prüfung zu überweisen. — Obwohl die Aula abgeändert ist, erscheint die Aula derzeit ungeeignet, daß die nächste Stadtverordneten- versammlung wieder im Sitzungssaal des Rathauses stattfinden.

Wiesdorf.

Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich gestern früh bei der hiesigen Bahnstation. Hier wollte sich der Dachdeckermeister Höchst aus Knautsdorf mit seinem mit zwei Pferden bespannten Wagen nach Wiesdorfschöhe begeben, um mit seinen Lehrlingen Richard Stepputes und H. Muselwald auf einem Neubau Dachdeckerarbeiten vorzunehmen. Als das Fuhrwerk an die Station Wiesdorf kam, waren die Schranken des Bahnüberganges herabgelassen, da gerade ein Güterzug von Berlin die Station passierte. Als der Zug vorüber gefahren war, ging die Schranke hoch. Der Wäiter hatte aber übersehen, daß in umgekehrter Richtung von Knautsdorf her eine Rangiermaschine mit einem Padvogen sich nach der Station zu bewegte, und daß gleichzeitig das nächste Fuhrwerk von dem Wäiterhause entgegengesetzten Seite her den frei gewordenen Bahnübergang beschritt. Durch den Güterzug war sowohl dem Wäiter wie dem Führer der Rangiermaschine und dem Fuhrwerks- besitzer der freie Ausblick verperkt worden. Die Lokomotive erlitt das Fuhrwerk, die Pferde wurden mitgerissen, Höchst und sein Lehrling Stepputes wurden herabgeschleudert und unter den Rädern der Maschine getötet, während der zweite Lehrling Muselwald durch den jähen Sturz des Wagens vom Hüftgürtel herabgeschleudert und ohne Verletzungen davonkam. Der Leichnam des Meisters und seines Lehrlings waren entsetzlich verflümmelt. Ein Pferd mußte alsbald ge- tötet werden, das andere ist dem Berenden nahe. Höchst hinterläßt eine Frau mit fünf zum Teil noch unmündigen Kindern.

Amlich wird gemeldet: Am 18. d. M., vormittags 7 Uhr 50 Min. wurde auf dem Uebertwege in km 8,5 am Bahnhof Wiesdorf der Dübahnstrecke ein Arbeitsfuhrwerk des Dachdeckermeisters Höchst aus Knautsdorf von einem Güterzuge überfahren und zertrümmert. Hierbei wurde der Besitzer des Fuhrwerks sowie sein Lehrling ge- tötet. Die beiden Pferde wurden schwer verletzt. Die Schuld an dem Unfall trifft den Schrankenwärter, welcher es unterlassen hatte, die Schranke zu schließen.

Nach den oben gegebenen Schilderungen des Vorfalls ist der arme Wäiter das Opfer eines verhängnisvollen Ver- sehung geworden. Bekanntlich haben vor längerer Zeit einmal Verhandlungen zwischen der Gemeinde Wiesdorf und der Eisenbahn- behörde wegen Anlage einer Unterführung für den Wagenverkehr stattgefunden. Diese haben sich jedoch wieder zerschlagen. Es dürfte

deshalb an der Zeit sein, den Plan einer solchen Unterführung zu verwirklichen.

Teltow.

Krahanfälle ereigneten sich vor einigen Tagen in der Teltower Umgebung. Der Eigentümer Kohlmann aus Knuthsdorf wurde, als er mit seinem mit zwei Pferden bespannten Fuhrwerk die Spaten- dorferstraße passierte, von einem Manne angehalten. Dieser richtete den Revolver auf ihn und gebot ihm das Geld auszuhändigen. R. hieb hierauf auf seine Pferde ein und fuhr davon. Der Räuber schoß hierauf mehrmals dem Gefährten nach und verwundete ein Pferd tödlich. Ein anderer Ueberfall ereignete sich einige Stunden später auf der Großbeeren-Chaussee. Aufscheinend derselbe Dursche überfiel hier den Richter eines Selbsterwerbshauswerks aus Groß-Lichterfelde. Es gelang ihm, demselben 80 Mark gewaltsam zu entwinden und zu entkommen. Die Ermittlungen nach dem Täter, der ein etwa 30jähriger kräftiger Mensch sein soll, haben zu einem Anhalt noch nicht geführt.

Nieder-Schönhausen.

Wahl, Gemeindevahl!

Am Freitag, den 20. April, in der Zeit von 12 bis 7 Uhr findet ein Niederrheinischer Solale eine Gemeinde- vertretter-Ersatzwahl für die dritte Abteilung statt.

Parteilosen! Da die Frist eine solch kurze ist, heißt es rasch an die Arbeit gehen. Agitiert, was in Euren Kräften steht! Nehmt jede Gelegenheit wahr, damit endlich der erste Sozialdemokrat in unser Dorparlament einzieht.

Die letzte Gemeindevorstellung nahm Kenntnis von dem Schreiben des Gemeindevorsetzers Weber, worin derselbe mitteilt, daß er infolge Zeitmangels die Sitzungen nicht mehr besuchen könne und deshalb sein Amt niederlege. Da die Turnhalle auf dem neuen Schulgrundstück schleunigst in Angriff genommen werden soll, wird der Architekt Ritsche beauftragt, ein Projekt auszuarbeiten. Der Ver- trag von 1400 M. hierzu wird bewilligt. Der Punkt Bewilligung der Kosten zur Erlangung von Projekten zum Rath- hausbau wird auf ein halbes Jahr vertagt. Zur Vorgebung der Plasterarbeiten des Bürgersteiges in der Kaiser Wilhelmstraße wurde beschloffen, dieselben dem Steinmetzmeister Kollepp zum Ver- trage von 26 937 M. zu übertragen. Die Kosten für die freisitzige Unterführung des in Benutzung zu nehmenden Friedhofsgeländes werden bewilligt. Des weiteren wird eine Etatsüberschreitung betr. den Zuschuß zu den Amtskosten für 1900 gutgeheißen. Hieraus fand eine geheime Sitzung statt.

Tegel.

Die Sperrung des Schloßparks in Tegel wird, wie man uns be- richtet, zu Prozessen Veranlassung geben. Bekanntlich hat die Schloß- verwaltung Tegel mit der Abperrung ihres Parks auch den Kommunikationsweg südlich der eingetriedigten großen Lindenallee geschlossen. Die Bewohner von Heiligensee fühlen sich durch diese Maßnahme schwer geschädigt und erheben gegen diese Abperrung Protest mit der Behauptung, daß der Weg durch Verjährung öffentlich sei und nicht eingezogen werden dürfe. Es wird angeführt, daß ursprünglich die Lindenallee den öffentlichen Kommunikationsweg gebildet habe und daß die Sperrung dieses Erlasswegs ohne Zu- stimmung der Deffentlichkeit keineswegs geschehen dürfte. Durch den von der Gemeinde Heiligensee eingeleiteten Protest wird der Prozeß auf dem Verwaltungswege anhängig gemacht.

Kein Freibad mehr im Tegeler See. Der Amtsausschuß in Tegel hat beschloffen, für den Amtsdorfsicher ein Motorboot zu beschaffen. Als Grund wurde angegeben, daß das Baden im Tegeler See an nicht dazu freigegebener Stelle ein entschiedeneres Einsinken er- fordere, da das unästhetische Benehmen Badender Passanten auf dem Bunde und in vorüberfahrenden Dampfern und Rähnen allzuhäufig höchst unliebsames Nergernis bereite, durch das die ganze Gegend leide.

Spandau.

Der Direktion der Staatsbetriebe scheint es schwer im Wagen zu liegen, daß ein großer Teil der Staatswerkstättenarbeiter bei der letzten Reichstagswahl, trotz des Reichstagsarbeiterverbandes und bedeu- tenden Druck, für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben. Nachdem alle Bemühungen der Direktion, die irreführten Schaffner wieder auf den reichstreuen Weg zu bringen, mißlungen sind, so warnt man sie in folgender Bekanntmachung:

Wie verlautet, sollen Anhänger der Sozialdemokratie be- schloffen haben, sich behufs langamen und heimlichen Wirkens in sozialdemokratischem Sinne innerhalb der Arbeiterkassen der staatlichen Institute eines Kartensystems zu bedienen. Die Karten, welche als Legitimation gelten, sind zur Aufnahme von Worten bestimmt, die als Nachweis für gezahlte Beiträge dienen sollen.

Die Arbeiter werden ersucht, auf derartige An- erbietungen einzugehen und werden darauf hingewiesen, daß bei Zuwiderhandlungen unbedingt Räumigung erfolgt.

Auf den am 8. 4. 07 ausgehenden Nachtrag XV zur Arbeits- ordnung, Teil I, wird Bezug genommen.

Spandau, den 12. 4. 07.

gez. Kronisch
Oberst und Direktor.

Der oben angezogene Nachtrag XV lautet:

Nachtrag XV zur Arbeitsordnung, Teil I.

Zeit mit dem April in Kraft.

Die einzustellenden Arbeiter dürfen nicht sozialdemokratischen Bestrebungen Vorkauf leisten oder sonstige Personen sein, von denen vorausgesetzt werden darf, daß sie den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern oder der Arbeiter unter einander stören wollen.

Nach folgender Bekanntmachung wird es erst recht verständlich, warum und zu welchem Zweck sich vor einiger Zeit ein Herr, angeblich „Ingenieur der Staatswerkstätten“ zum Vorsitzenden des Wahlvereins bemühte, um als Kartenmitglied Aufnahme zu finden. Es wurde dem Herrn bedeutet, daß er Mitglied des Wahlvereins nicht werden könne, hingegen könne er aber, sofern er gewillt sei, die Partei zu unterstützen, eine Karte bekommen, auf welcher die ge- leistete finanzielle Unterstützung der Partei quittiert werde und welche als Ausweis diene. In diesem Zweck möge er sich an den Kassierer wenden. Der Herr ist dann auch zum Kassierer gegangen, die Auskunft resp. der Erfolg dabeilbst hat ihn aber wohl nicht befriedigt, aus welchem Grunde er auch das Wiederkommen verweigert. Kurze Zeit darauf ist der Herr „Ingenieur der Staats- werkstätten“ nach dem zum Wahlkreise Ost-Haveland gehörenden Ort Regin verzoogen. Auch hier fand er sich bald bei dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Wahlvereins ein, mit dem Wunsche, Karten- mitglied zu werden, wobei er sich noch die Frage gestalltete, ob er dann an den internen Sitzungen teilnehmen könne. Auf diese Weise glaubt man die zur Partei gehörigen Staatswerkstättenarbeiter aus- zuspionieren. Wenn selbst Ingenieure dieses Spionagesystem be- zuspionieren und zu diesem Zweck einen Unzug nicht scheuen, so muß doch die Postfische in den Staatswerkstätten schon sehr weit ver- breitet sein. Die sozialdemokratischen Staatswerkstättenarbeiter werden aber auf den neuesten Erlaß, der sie zu Heloten und poli- tische Rechtslosen stempelt, zu parieren wissen. Das System politischer Bevormundung wird beantwortet werden durch eine immer stärkere Verbreitung des sozialistischen Gedankens in ihren Reihen.

Potsdam.

Die Leiche eines 50jährigen Mannes wurde Mittwoch Abend gegen 8 Uhr an der Landenkolonie am Aufgarten unterhalb der Eisenbahnbrücke angelehnt. Der Tote, dessen rechte Schläfe eine Schußwunde aufwies, war durch das lange Liegen im Wasser bis zur Unkenntlichkeit entstellte und konnte bisher nicht rekonstruiert werden. Er trug Winterjacke und braune Weste. In seiner Weste- tasche fand man noch zwei Revolverpatronen. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Montag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr, Andreas-Gefäßstr. 21:

Branchen-Versammlung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Branchenkommission.

Branchen-Versammlung.

Montag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 1):

Branchen-Versammlung.

1. Vortrag des Genossen Düwell über: „Politische Tagesfragen“. 2. Branchenanangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Besuche ersucht.

Branchen-Versammlung.

Montag, den 22. April, abends präzis 8 Uhr, in der Alhambra, Wallnertheaterstraße 15:

Branchen-Versammlung.

1. Unsere Stellungnahme zur Kaiserkrone. Referent: Kollege R. Leopold. 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl zur Branchenkommission. 4. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Am Eingang sind die Mitgliedsbücher vorzulegen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Col I. Um 3, 1239. Charitéstraße 3. Col III. Um 3, 1987.

Versammlung

der Bohrer und Helfer Berlins und Umgegend.

1. Vortrag des Genossen Widj über: „Germanisationspolitik in Ost- und Westpreußen“. 2. Diskussion. 3. Bericht der Agitationskommission. 4. Neuwahl des Branchenvertreter und der Agitationskommission. 5. Verschiedenes.

Branchen-Versammlung

aller in der Metall- und Eisen-Industrie beschäftigten Hobler, Bohrer, Stoßer und Fräser.

1. Vortrag des Genossen G. Zint. 2. Diskussion. 3. Bericht der Agitationskommission. 4. Neuwahl des Branchenvertreter und der Agitationskommission. 5. Verschiedenes.

Folgende Zahlstellen sind neu errichtet: Paul Horsch, Engel-Ufer 15. F. Fröhlich, Muskauerstr. 1. Julius Schmidt, Kieholzstr. 22.

Albert Reuter, Borsigwalde, Schubert- u. Reuschstr. Ecke. Die Ortsverwaltung.

Verband der Hafnarbeiter u. verw. Berufsg.

Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin.

Montag, den 21. April, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Königstadt-Kasino“, Holzmarktstr. 72:

Mitglieder-Versammlung.

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1907. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder. Um rege Beteiligung ersucht.

Restaurant Gewerkschaftshaus.

Heute Frische Blut- und Wurst Leber.

Freitag: in bekannter tadelloser Qualität. Samstag: reichhaltige Abendkarte. Sonntag: Fricassee vom Huhn. Rich. Augustin, Engel-Ufer 15.

Bilz
Sanatorium
„Johanna Löwenthal“
Baden bei
Dresden.
Frühjahrs-
Kuren!
Milde Lage
Sonne, Nizza
Bilz Naturheilbad am 14. April, verp.

Beste Bettenfaltung
nach der vorzüglichsten Methode, sehr
elastisch, sehr dauerhaft.
Monopoldaunen
gerade, geschloßener Pfand mit 2, 5, 8, 11
Pfund gefüllt mit 1. etc. Oberst.
Viel geg. Nachnahme. Verpackung frei.
Gustav Lustig
Berlin S. Prinzenstr. 49
Gutes Billigste-System
gibt es nirgendwo.

Fahrräder! Billig!
N. 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100
Lautsprecher... 1.25, 2.00, 3.00, 4.00
Lichtmaschine... 1.50, 2.00, 3.00, 4.00
Pumpen... 1.00, 1.50, 2.00
Nadeln... 0.50, 1.00, 1.50
Kettenspanner... 0.50, 1.00, 1.50
Zuschauer... 0.50, 1.00, 1.50
REPARATUREN... schnell, sauber
Telefon-Nr. 250
Fahrradweg 17, „Mittelpunkt“ 127
Gefährlich und leicht. Winterverpackung gratis.
Willi Hausscherr
Belle 127 alle Sonntage 10.

Benutzen Sie die nur noch kurze Zeit dauernde Gelegenheit
Zaits Diamanten die weltbekannte Imitation zu 40 Pfg. das Stück
„inclusive Fassung zu kaufen“
Friedrich-Str. 66, Ecke Mohren-Str. Fabisch & Wiesenberger.

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 21. April, abends 8 1/2 Uhr, in Wilke's Lokal, Brunnenstraße 188:

Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Redakteurs Karl Vermuth: „Der Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“. 2. Diskussion. 3. Bericht der Abteilungsleiter. 4. Verschiedenes. Zu recht zahlreichem Besuche laden ein.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, Hof I. - Fernsprecher Amt 3, Nr. 5028.

Sonntag, den 21. April 1907, vormittags 10 Uhr, in den Industriefäßen, Dentschstraße 20:

General-Versammlung

des Vereins der Zimmerer Berlins u. Umgegend.

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1907. 2. Der Schiedsgericht des Einigungsamts, und welche Stellung nehmen wir zu demselben ein? 3. Vereinsangelegenheiten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. - Sektion der Putzer.

Achtung! Putzer! Achtung!

Sonntag, den 21. April, vormittags 10 1/2 Uhr, im Luisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37:

Mitglieder-Versammlung.

1. Kassenbericht vom 1. Quartal. 2. Bericht der Delegierten vom neunten Verbandstage. 3. Wahl einer Schlichtungskommission. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

Achtung! Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Die für Freitag, den 19. April 1907, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer, Koppenstraße 29, anberaumte

Außerordentliche General-Versammlung

fällt umständehalber aus. An deren Stelle findet Montag, den 22. d. Mts., eine

Außerordentliche General-Versammlung

aller zum Zweigverein Berlin gehörigen Zahlstellen und Bezirke der Manree statt. Alles Nähere wird am Sonntag, den 21. d. Mts., durch Annonce im „Vorwärts“ bekannt gegeben. Gleichzeitig geben wir bekannt, daß das Verbandsbureau am Sonnabend nachmittags geschlossen bleibt.

Der Zweigvereinsvorstand. J. H. E. Thies.

Brennabor
bestes RAD
Die schnellsten Rennen der Welt wurden mit diesem Rade gewonnen.
Preisverzeichnis kostenlos. Brennabor-Werke, Brandenburg a. H.

H. Zimmermann
Berlin SO, Jeweller Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 4490L*
Eigene Werkstatt für Reparatur u. Reparatur. Strong reall. - Billigste Preise.

Nettestes Erzahlungs-Geschäft für
Kein Laden. **Brennabor**
Häder. Günstigste Bedingungen.
Louis Barth, Brückenstr. 100 pt.

Billigste Bezugsquelle für
Monats-Garderoben.
Die schönsten Herren-Paletots und Anzüge in getragener, speziell Monatsgarderobe von 9 M. an. Von Kavaliern getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sowie Knaben- und Burschen-Anzüge und Arbeiter-Garderobe sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
H. Kieferbaum, Prinzenstr. 88 zwisch. Moritzplatz und Ritterstraße.
Bitte auf die Hausnummer zu achten.

Arbeiter-Bekleidung
Größtes Spezialgeschäft
Kohnen & Jöring
Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12
zwischen Alexanderpl. u. Jannowitzbr.
2. Geschäft: Landsberger Allee 146,
Ecke Langenbeckstraße.
Berufskleidung
i. alle Zweige d. Industrie u. Gewerks.

Orts-Krankenkasse

der Stadt Schöneberg.

Freitag, 20. April, abends 8 Uhr, bei Obi, Weiningerstr. 81

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Erhaltung des Jahresberichts 1906. 2. Bericht der Prüfungskommission und Erteilung der Entlastung. 3. Wahl eines Vorstandsmitglieds (Kassierers). 4. Beschlußfassung über die Handhabung beim Fortschritt der freiwilligen Krankenkontrolle. 5. Antrag des Generalvereinsvertraters Herrn Dr. Halle bez. Ausführung der freien Krankkassen. 6. Kenntnisnahme vom dem Vorstand des durch den Beschluß der Generalversammlung geänderten Vereinsregulativs. 7. Verschiedenes.

Schöneberg, den 19. April 1907.

Der Vorstand. E. Glumme, Vorsitzender. F. Gell, Schriftführer.

Berliner Spar- und Bauverein

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Sonntag, den 28. April 1907, vormittags 9 Uhr, in den

Sophien-Sälen,

O., Sophienstraße 17/18:

Fünfzehnte ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Erhaltung des Geschäftsberichts unter Vorlegung der Bilanz nach Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1906. 2. Bericht der Revisionskommission. 3. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und die Verteilung des Gewinns. 4. Neuwahl zum Kassierers. 5. Bericht über den Verband der auf der Grundlage des gemeinschaftlichen Eigentums stehenden deutschen Bau-Genossenschaften. 6. Beschlußfassung über den Gesamtbeitrag, welchen die Mitglieder der Genossenschaft und Sparanlagen bei ihr nicht übersteigen sollen. 7. Beschlußfassung über die Mitgliedschaft von auswärtigen Genossen. Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1906 sind in der Geschäftsstelle, Södingstraße 8, einzusehen.

Der Vorstand. 2. Schmidt, Ernst Hofker.

Berliner Arbeiter-Radfabrik-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfabrik-Vereins „Solidarität“.

Touren

Sonntag, den 21. April: 2. Abt. nachmittags 1 1/2 Uhr nach Wiesdorf (Wer). Start: Urbanstraße 7. 3. Abt. früh 6 Uhr nach Bismarck (Saproth). Nachmittags 1 Uhr nach Hennigsdorf (Dreß). Start: Rannensplatz. 4. Abt. nachmittags 1 1/2 Uhr nach Seemühle. Start: Köpferplatz. 5. Abt. früh 7 Uhr nach Strausberg. Nachmittags 1 Uhr nach Wilsberg. 6. Abt. früh 7 Uhr nach Biesenthal-Tempelhof. Nachmittags 1 Uhr nach Gieseler bei Schmalde. Start: Genossenschaft, Oberbergerstraße 30. 7. Abt. früh 7 Uhr nach Biesenthal (Schmalde). Nachmittags 1 Uhr nach Bernau (Stichum). Start: Grenzf. 21, Wegner. 8. Abt. früh 7 Uhr nach Rauen. Nachmittags 1 Uhr nach Falkenhagen. Start: Waldstr. 8, Witte.

Heute abend: Engere Vorstandssitzung bei E. Schmalde, Eisenbahnstr. 31. (Wochenitag.) Die nächste gemeinsame Vorstandssitzung findet erst am Montag, den 29. April, bei Lorenz, Postgrabenstraße 83, statt.

Der tägliche Genuss von

Cacoad

fördert das Wohlbefinden

Ein nahrhaftes wohlschmeckendes Frühstückstrank

Überall zu haben, Originalpaket 1/4 Pfd. 50 Pf., 1/2 Pfd. 1 Mk.

General-Vertreter:
Max Henneking
Pragerstrasse 31
Am Wilhelmsdorfer 2766.



Spezial-Hut-Engros-lager. Neueste Moden der Saison

Begründet 1873. in Filzhüten, Jagdhüten, Zylinderhüten u. Chapeaux claque und Strohhüten.

Einzelverkauf zu außergewöhnlich billigen und streng festen Preisen!

Sonntags geöffnet! **Neue Königstraße 48, 1 Treppe,** drittes Haus vom Alexanderplatz.

Achtung!

Arbeiter, Parteigenossen Berlins u. Umg.!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeneinhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Ausflüchten, die wir als stichhaltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, gegen diese Geschäfte das Mittel des Boykotts in Anwendung zu bringen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschlusse beigetreten.

Wir appellieren deshalb mit Gegenwärtigem an die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgegend, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabengarderobe in Zukunft nachstehende Geschäfte meiden zu wollen:

Osten:

Behrendt, Grimer Weg 84.
Bohne, Landsbergerstr. 79.
Lucian, Landsbergerstr. 56.
Verkaufshalle Vulkan, Große Frankfurterstr. 5.
Verkaufshalle Vulkan, Frankfurter Allee 134.

Süden:

Wormann, Kottbuscher Damm 77.
Kommandithaus Schendel, Draniensstr. 38.
Edders u. Dyckhoff, Draniensstr. 48.
Karl Stier, Draniensstr. 166.
Konfektionshaus Böhm, Stalinerstr. 39.
Schulmeister, Dresdenerstr. 4.

Zentrum:

Weltmann Nachf. Stephan Edders, Kaiser Wilhelmstr. 41.

Die Firma **Leineweber**, Köllnischer Fischmarkt und Draniensstraße, lehnt es ab, die von ihr ausgesperrten Kollegen wieder einzustellen. Die Werkstätte ist mit Streikbrechern besetzt.

Die Firma **Peck u. Cloppenburg** lehnt die Entlassung der Streikbrecher ab. Wir bitten dies in gebührender Weise in Kenntnis zu nehmen.

Alle übrigen Geschäfte sind als frei zu betrachten.

Verband der

Schneider, Schneiderinnen u. verw. Berufsgenossen Deutschlands
Filiale Berlin, Michaelkirchplatz 1, parterre.

120/26*

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, drittes Haus vom Alexanderplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Das größte Brot! 6 Stück 10 Pf.

Albrechts Bäckereien: Krautstr. 19, Wrangelstr. 135, Lausitzerstr. 2, Falckensteinstr. 32, Zentrale: Boxhagenerstr. 13, Pücklerhalle 222/223, Androsahalle 16/18.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stielengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenlehren, Fabriknebelringe Große Frankfurterstr. 9, parterre, kein Laden. Mauerhof. 11
Steppdecken billigst, Febril Große Frankfurterstr. 9, parterre. 11
Gardinen Große Frankfurterstr. 9, parterre. kein Laden. Mauerhof. 11
Teppiche (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Braun, Gadescher Markt 4, Bahnhof Börse. 253/2*
Herberbetten, Stand 10,50, große 16,00, Brautbetten, Bettwäsche, Verwische, Steppdecken, Spottbillig, Hand-Leibhaus, Kärntnerplatz 7. 2346R
Gardinen, Vorhänge, Tischdecken, Wandtapeten, Schmuckkästen, Spottbillig, Hand-Leibhaus, Kärntnerplatz 7. 2345R
Steppdecken spottbillig, Febril Große Frankfurterstr. 9, parterre. 2167R
Wandtreppe, Petroleumlampen ohne Einzahlung, Woche 1,00, Louis Böttcher (selbst), Boxhagenerstr. 32 (Bahnverbindungs-Boxhagenerstr.), Reimendorferstr. 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstr. 81, Rigdort, Kaiser Friedrichstr. 247.
Rohrader, Teilzahlungen, Invalidenstr. 20, Blalierstr. 40. *
Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00, Holz, Blumenstr. 36b.
Wider, Spiegel ohne Einzahlung, Uhren, Steppdecken, Tischdecken, Vorhänge, Gardinen, Teppiche, Polsterwaren, Wandtreppe, Herrenkonfektion, Teilzahlung von 0,50 pro Woche an, Heber Weber, Grenzlerstr. 49. *
Wanderverkauf, Sommerpaletots, Wandtreppe, Raumveränderer, Bettensverkauf, Gardinenverkauf, Ausverkauf, Teppichverkauf, Hand-Leibhaus, Weidenweg 11.
Herrenrad, Damenrad, hochmodern, sofort jeden Preis, Kärntnerplatz 7, 2345R

Kollegen! Nähmaschinen ohne Einzahlung, Spezialgeschäft, Stephanstr. 43. 477*
Wandverkauf! Hermannplatz 10, 11, Extrabilliger Bettensverkauf, Gardinenverkauf, Steppdecken, Ausverkauf, Teppichverkauf, Uhrenverkauf, Schmuckkästen, Sommerpaletots, Badeltanzgänge, Gebrodanzgänge. 1114*
Wandpapiere 300,00 Anzahlung, verkauft Emil Graß, Bernauerstr. 21. 491*
Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00, Hosen von 1,50, Gebrodanzgänge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namend billigen Preisen, aus Wandverkauf verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Roh, Kulackstr. 14. 20575*
Herberbetten, hochfein, Stand 18,00, Reumann, Hornstr. 2. 2971b*
Wandpapiere mit Baum 1100,00, Käfers Restaurant Verlobung bei Sabona. 1127*
Schlafzimmer, Wohnzimmer, Salon, Küche, Büfett, Säulenträume, Laubmöbel, Teppiche spottbillig, Kautionsannahme, Gränerweg 3. 2410R*
Wandverkauf! Inellosgasthof 2,00, Griloffene Spargasthof 5,00, Gasbadbäder 14,00, Gasbädlerapparate! Gasbädler! spottbillig, Bronzegasthof! Gasbädler! 9,00, Wohlfahrt, Wallnerstr. 32. 2415R*
Teppichhaus Emil Veldore, Draniensstr. 158, jetzt Inventur-Räumungspreis. Originalität gratis. 2211R
Wand - Lambrequins, reichgestickt 2,25, Wert 5 Mark, Inventurpreis, Teppichhaus Emil Veldore, Draniensstr. 158. Inventurpreise gratis.
Wand, Spiegel, Polsterwaren, spottbillig, große Auswahl, Möbelverkauf, Saalfeld, Krautstr. 60.
Schlammig verkaufe Säulenträume, Paneele, Salongarnitur, Tischlampen, Bronzelampen, Lederhüte, Wandverkauf 38,00, Bettdecken, Kaiserstr. 63, Restaurant.

Gebrauchte Steppdecken, Betten, Gardinen, Freischwinger, Remontieren, Vorhänge, Bilder, Spiegel, Teppiche, Dörrgläser, Flores, Uhren, spottbillig, Luda, Weidenweg 113.
Wandverkauf Nähmaschinen ohne Einzahlung, wöchentlich 1,00, Reparaturen billig, Wienerstr. 1-6, Warkauerstr. 67, Adlerstr. 111.
Damenhemden, Herbjahres, mit gestickter Kasse 1,25, Herrenhemden 1,30, Ausstattungen sowie elegante Reismuster spottbillig, Wäscheabrik Salomonsh, Dirschenstr. 21, Alexanderplatz. 222/13
Wandverkauf, kleines Saalgeschäft, täglich Besichtigungen, wegen Krankheit der Frau billig zu verkaufen, Offerten A. Z. 99, Postamt 21. 76*
Wandverkauf Salon - Einrichtung, Pianino, Pianoforte, Büfett, Gasföhrer, Zylinderbureau, Gewebe, Gewebeständer, Garderobenschrank, Kleiderkasten, Eisenstr. 17.
Herberbetten, schöne breite, Stand 20 Mark, auch sämtliche Möbel einer großen Wohnung verkauft Dresdenerstr. 38, vorn II links. 30/19*
Wandverkauf, wie neu, verkauft Weigt, Reichenderstr. 102, Hof II.
Wandverkauf, 7 Zahlstellen, zu verkaufen, Käfers Wille, Jägerstr. 31. 15
Wandverkauf umständelicher, billig verkauft, Käfers Raumstr. 5, Schweinskopf. 1108
Wandverkauf, Osten, großes Besetzungszimmer, 4 Herine, großer Kuchenschrank, Brauereihalle 1000, verkauft billig Reduzierstr. 3, Restaurant. 30/20
Wandverkauf, nahe Amtsgericht, billig zu verkaufen, große Zukunft, M. K. Postamt 39. 145
Gebrauchte!!! beim Kaufmann, brauchbare, 5,00, 10,00, 15,00, 20,00, Bobbinringstuhl, Adlerphönix, Garantie, Teilzahlungen 1,-, Fabriknebelringe, Landsbergerstr. 12, Poststr. 12.
Wandverkauf mit Veredelung zu verkaufen, Kichen, Reimendorfer, Weidenweg 28. 2434R

Verschiedenes.

Wandverkauf auf sozialer Grundlage gegründete Möbelabrik, Genossenschaft sucht zum weiteren Ausbau noch mehrere Genossen mit 500 Mark Einzahlung, Gefällige Offerten unter Offerte N. 4, an die Expedition des "Vorwärts". 2949R*
Wandverkauf, großes Festzelt, Ankerstr. 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettfußboden (600 Personen), Sonntags Ball. 2336R
Wandverkauf Möbel, Gölzstr. 94a. 927b*
Wandverkauf Kleiderständer, Kommode, Zylinderbureau, kauft Verwalter, Wallstr. 95. 30/15*
Wandverkauf kauft, beilicht Antiquariat, Kochstr. 56, I. 1872R
Wandverkauf hohe Preise für Details aller Art, Engel, Holzmarktstr. 36a.
Wandverkauf, Sänger jetzt Eidenburgerstr. 23. 477*
Wandverkauf, gegen den Gastwirt Edmund Kordanski, Schöneberg, ausgedehnte Beibehaltung nehme hiermit zurück, Paul Seidel, Schantwitz, Eisenstr. 38. 206
Wandverkauf, 30/19*

Wandverkauf möbliertes Zimmer, Gas, Bad, Rykenstr. 26, 2. Portal IV links. 157
Wandverkauf, Schlafstellen.
Wandverkauf, Schlafstelle für Herrn, Woppe, Friedenstr. 80, vorn. 143*
Wandverkauf, Schlafstelle, bessere, Eppel, Belgerstr. 43. 115
Wandverkauf, Mietsgesuche.
Wandverkauf, Sommerwohnung, Stube, Küche, am Balde gelegen, wird gesucht, Offerten Km. Parteipediton Käfersdorferstr. 3. 132
Wandverkauf, Arbeitsmarkt.
Wandverkauf, Stellengesuche.
Wandverkauf, Kinder Stützlehre bietet um Arbeit, Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert, H. Wälder, Wulackstr. 27. 1468R
Wandverkauf, Stellenangebote.
Wandverkauf, Fahrlehrer verlangt Chauffeurschule Ernst Dommen, Bräudenallee 15 (Vellene), größtes Institut Berlins, 12 eigene Fahrzeuge verschiedener Systeme. 2866R*
Wandverkauf, Radfahrer mit eigenem Fahrrad, 16-17 Jahre alt, finden dauernde und lohnende Stellung, Bräudenallee 15/25, Arbeitszeit: morgens 4-11 1/2, nachmittags 4-7 Uhr, Kautions: 50 Mark. 30/18*
Wandverkauf, Gravitierlehre sucht H. Schuber, Neue Königstr. 2. 220*
Wandverkauf, Tischlerlehre verlangt Holzermeister, Rantensellstr. 22. 44
Wandverkauf, Tischlerlehre verlangt Dutenhof, Rantensellstr. 22. 45
Wandverkauf, Ein tüchtiger Sandhaken auf Grabdenkmäler verlangt K. Adam, Köpenickerstr. 18. 192
Wandverkauf, Versetzte Tailenarbeiterinnen und Quaderarbeiterinnen sucht Narbene, Steglitz, Berlinstr. 2 (am Bahnhof). 2948R

Wandverkauf, Krawatten, Bindemädchen und Lehrmädchen verlangt Gorgi, Reichenderstr. 126. 15
Wandverkauf, Tüchtiges Mädchen für alles verlangt Richter, Landsberger Allee 28.
Wandverkauf, Maschinennählerin verlangt Derrill, Rosenheide 78.
Wandverkauf, Tüchtig Arbeiterinnen zum Sortieren von neuen Papierabfällen sucht Samuel Weger, Lichtenberg, Verbergerstr. 26.
Wandverkauf, Waisefrau verlangt Remederstr. 76. 132*
Wandverkauf, Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.
Wandverkauf, Erfindung Rodarbeiterinnen bei hohem Lohn für sofort gesucht, Kaufhaus des Westens, G. m. b. H., Wulackstr. 3, Etage.
Wandverkauf, Tüchtige 201/15*
Wandverkauf, Kunstschmiede
bei hohem Lohn für dauernde Stellung sofort gesucht, Offerten unter J. N. 546 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Magdeburg.
Wandverkauf, Lehrmädchen
bei monatlicher Vergütung gesucht, Bedingungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr, 4598R*
Wandverkauf, A. Jandorf & Co., Bellealliancestr. 1-2.
Wandverkauf, Achtung! Töpfer! Achtung!
Sämtliche Bauten der Firma Kaufmann Wilhelm Reine, Rigdort, Kaiser Friedrichstr. 20, sind bis auf weiteres als gesperrt zu betrachten, Augenblicklich kommt der Bau Dölggerstr. 10, Ecke Pottentowerstr. an, absehender Töpfermeister Kump, in Betrad. 196/1
Wandverkauf, Die Verbandsleitung,
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW